

Monatsbericht des BMF Juni 2013





Monatsbericht des BMF Juni 2013

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

□ Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Entwicklung der Leistungsbilanzsalden im Euroraum	6
Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität in der Sozialen Marktwirtschaft	17
Privatisierung der TLG Wohnen GmbH und der TLG Immobilien GmbH	27
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	31
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2013	38
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Mai 2013	41
Entwicklung der Länderhaushalte bis einschließlich April 2013	45
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	47
Termine, Publikationen	54
Statistiken und Dokumentationen	54
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	56
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	88
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	95

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Hochwasserkatastrophe hat die Menschen in vielen Regionen Deutschlands schwer getroffen. Neben großem menschlichen Leid hat die Flut hohe wirtschaftliche Schäden angerichtet. Zehntausende Bürger haben ihr Hab und Gut verloren, unzählige Gebäude, Straßen und Schienenwege wurden zerstört oder beschädigt. Auch wenn das genaue Ausmaß der Schäden noch nicht beziffert werden kann, ist schon jetzt klar, dass die Folgen der Hochwasserkatastrophe nur in einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung bewältigt werden können.

Bund, Länder und Gemeinden haben sich am 13. Juni 2013 auf ein Bündel gemeinsamer Maßnahmen zur Bewältigung der Flutkatastrophe verständigt. Die bisherigen Zusagen für die Leistung von unbürokratischen Soforthilfen an die Betroffenen gelten unverändert weiter. An Soforthilfeprogrammen der Länder wird sich der Bund zur Hälfe beteiligen. Für die Aufbauhilfe wird ein nationaler Hilfsfonds mit einem Finanzvolumen von bis zu 8 Mrd. € eingerichtet. Dieser wird gemeinschaftlich je zur Hälfte von Bund und allen Ländern finanziert werden. Im steuerlichen Bereich wird es eine Vielzahl von steuerlichen Verfahrenserleichterungen, insbesondere für die vom Hochwasser unmittelbar Betroffenen, geben.

Dass sich Hilfe zur Selbsthilfe lohnt, wenn alle Beteiligten entschlossen für die gemeinsame Sache einstehen, zeigt sich auch auf europäischer Ebene. Die von der Schuldenkrise betroffenen Staaten des Euroraums haben inzwischen tiefgreifende Strukturreformen eingeleitet. Auch wenn der Weg lang und steinig bleibt, sind doch erste positive



Entwicklungen zu verzeichnen. So nähern sich die Leistungsbilanzsalden der Mitgliedstaaten im Euroraum wieder merklich einander an, nachdem sie bis in das Jahr 2007 erheblich auseinander gedriftet waren.

Vor diesem Hintergrund werden in der vorliegenden Ausgabe des Monatsberichts Analysen der Europäischen Kommission vorgestellt, die die Einflussfaktoren für die Entstehung von Leistungsbilanzdefiziten und überschüssen identifizieren. Ein Ergebnis lautet: Euroländer mit Leistungsbilanzüberschüssen sind für die in den Defizitländern vorhandenen Negativsalden nicht "verantwortlich". Anders als manchmal behauptet, haben die Exporte der Überschussländer die Exporte der Defizitländer nicht verdrängt. Eine Auseinandersetzung mit den Ergebnissen dieser Analysen kann zu einer Versachlichung der Diskussion auf nationaler und internationaler Ebene beitragen.

- 112. J

Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Die deutsche Wirtschaft ist insgesamt gut in das 2. Quartal gestartet. Dies spricht zusammen mit der Stimmungsverbesserung in den Unternehmen für eine allmähliche Erholung nach der wirtschaftlichen Schwächephase im Winterhalbjahr 2012/2013.
- Die Gesamtkonstitution des Arbeitsmarkts ist nach wie vor gut. Witterungsbedingte Einschränkungen und die vorangegangene Konjunkturdelle dämpften allerdings den Beschäftigungsaufbau im April. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl stieg im Mai erneut leicht an. Vorlaufende Indikatoren sprechen für eine Fortsetzung des Beschäftigungsaufbaus im weiteren Jahresverlauf.
- Mit einer jährlichen Veränderungsrate von +1,5 % setzte sich die moderate Entwicklung des Verbraucherpreisniveaus fort.

Finanzen

- Die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Mai 2013 im Vorjahresvergleich um 5,4% gestiegen. Hierzu trugen erneut insbesondere die Ländersteuern mit einem erheblichen Zuwachs von 16% bei. Die gemeinschaftlichen Steuern verzeichneten einen Anstieg von 7%. Das gesamte Steueraufkommen für den Zeitraum Januar bis Mai übertraf erneut das Vorjahresniveau.
- Die Einnahmen des Bundes entwickeln sich weiter positiv und stiegen bis einschließlich Mai gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,2%. Die Ausgaben verzeichnen für den Vergleichszeitraum einen Anstieg von 1,3%. Dieser ist auf die reguläre Bereitstellung einer weiteren Rate zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zurückzuführen. Eine verlässliche Vorhersage zur weiteren Entwicklung des Bundeshaushalts im Jahresverlauf lässt sich jedoch wie bisher weder aus einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo (-24,9 Mrd. €) ableiten.
- Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit bis einschließlich April 2013 unterschreitet den Vorjahreswert um 1,6 Mrd. €. Während die Ausgaben um 3,0 % anstiegen, erhöhten sich die Einnahmen um 5 %.
- Ende Mai betrug die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe 1,47%, die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich auf 0,20%.

Entwicklung der Leistungsbilanzsalden im Euroraum

Entwicklung der Leistungsbilanzsalden im Euroraum

Eine Auswertung von Untersuchungen der Europäischen Kommission ("Surplus Study")

- Eine merkliche Annäherung der Leistungsbilanzpositionen hat im Euroraum bereits stattgefunden. Dahinter steht bislang in erster Linie ein Rückgang der Negativsalden in den Defizitländern. Änderungen in den Überschussländern gehen nicht durchweg in die gleiche Richtung, dürften in Zukunft aber ebenfalls zu einem "Rebalancing" beitragen.
- Leistungsbilanzdefizite oder -überschüsse allein sind kein hinreichendes Indiz für das Vorliegen von (schädlichen) makroökonomischen Ungleichgewichten. Sie sind das Ergebnis einer Vielzahl von Einflussfaktoren und spiegeln nicht zuletzt Unterschiede in den intertemporalen Investitions- und Konsumpräferenzen einzelner Länder wider.
- Der Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands gegenüber den anderen Euroländern hat sich im vergangenen Jahr im Vergleich zu 2007 halbiert. Der Anstieg des deutschen Leistungsbilanzsaldos von 2011 auf 2012 ist allein das Ergebnis von Transaktionen mit Staaten außerhalb des Euroraums gewesen.
- Die Ergebnisse der "Surplus Study" stützen die Position, wonach anhaltende außenwirtschaftliche Überschüsse gerechtfertigt sein können, wenn sie das Ergebnis der Tätigkeit von Unternehmen auf funktionierenden Märkten sind. Nach den von der Kommission durchgeführten Analysen sind Euroländer mit Leistungsbilanzüberschüssen für die in den Defizitländern vorhandenen Negativsalden nicht "verantwortlich".
- Länder mit hohen Aktivsalden in der Leistungsbilanz überhaupt in Augenschein zu nehmen, ist gleichwohl gerechtfertigt, weil Verzerrungen und Rigiditäten bei der Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen und in den notwendigen Rahmenbedingungen für die Finanzmärkte nicht in jedem Fall ausgeschlossen werden können.
- Insgesamt darf die Diskussion um das Entstehen anhaltend hoher Überschüsse und Defizite nicht auf Handelsaspekte allein verengt werden. Die Vorgänge des Sparens und Investierens, die hinter den Leistungsbilanzsalden stehen, müssen mit in den Blick genommen werden.

Annäherung der Leistungsbilanzpositionen: Rückblick und Ausblick	l	Hintergrund	7
Rolle der Überschussländer: Fragen und Antworten			
 Divergenzen in den Leistungsbilanzen - in jedem Fall ein Problem?		<u> </u>	
3.3 Welchen Beitrag zur Anpassung können die Überschussländer leisten?3.4 Leistungsbilanz für den Euroraum insgesamt: Ist ein Saldo von Null zu erwarten?		_	
3.3 Welchen Beitrag zur Anpassung können die Überschussländer leisten?3.4 Leistungsbilanz für den Euroraum insgesamt: Ist ein Saldo von Null zu erwarten?	3.2	Überschüsse hier und Defizite dort: Welche Triebkräfte stehen dahinter?	11
3.4 Leistungsbilanz für den Euroraum insgesamt: Ist ein Saldo von Null zu erwarten?			

Entwicklung der Leistungsbilanzsalden im Euroraum

1 Hintergrund

Über die Entwicklung der Leistungsbilanzsalden in den Mitgliedstaaten des Euroraums, mögliche Ursachen hinter den beobachteten Entwicklungen und daraus abzuleitende Schlussfolgerungen für die Politik wurde und wird auf nationaler wie europäischer Ebene kontrovers diskutiert. Häufig geht es dabei um die Frage, ob nicht nur Defizite, sondern auch Überschüsse als Quelle von Instabilitäten anzusehen sind. Wie groß die Unterschiede in den Meinungen sein können, hat sich nicht zuletzt bei der Einführung des Verfahrens zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte ("Macroeconomic Imbalances Procedure") und bei dessen erstmaliger Anwendung im vergangenen Jahr gezeigt.

Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Kommission im Dezember 2012 einen Bericht¹ vorgelegt, der sich mit den Bestimmungsfaktoren und den Auswirkungen hoher und anhaltender Leistungsbilanzüberschüsse auseinandersetzt und zugleich untersucht, wie insbesondere im Euroraum ein weiterer Abbau außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte erreicht werden könnte.

Ein vertiefter Blick auf diese Untersuchungen ("Surplus Study") kann in Verbindung mit Erkenntnissen über die Leistungsbilanzpositionen am aktuellen Rand und deren Entwicklung in absehbarer Zukunft, wie sie die Europäische Kommission bei der Vorstellung ihrer jüngsten Projektionen² für

¹, Current account surpluses in the EU" verfügbar unter http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2012/current-account-surpluses_en.htm.

die Mitgliedstaaten der EU präsentiert hat, zu einer Versachlichung der Diskussion beitragen. Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse dargestellt und kommentiert. Die Kernbotschaften der Studie und Anmerkungen aus der Frühjahrsprognose sind in einer Reihe von Auszügen an geeigneter Stelle im Text untergebracht und sollen einen direkten Eindruck von den dort vermittelten Einschätzungen ermöglichen.

2 Annäherung der Leistungsbilanzpositionen: Rückblick und Ausblick

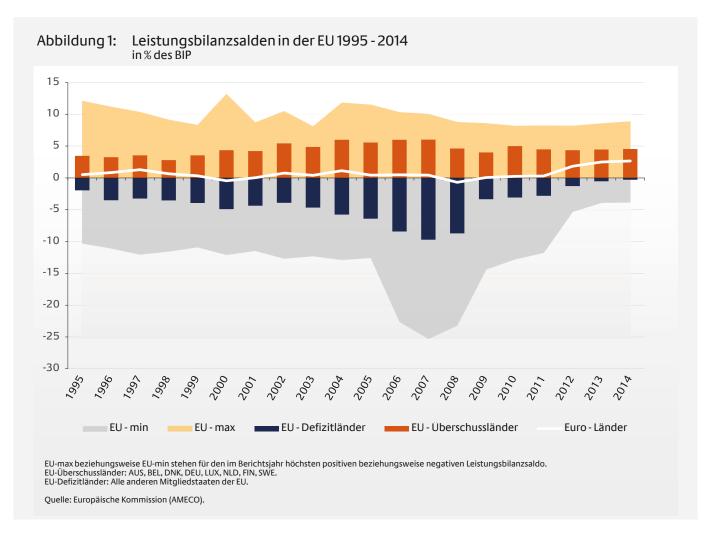
Eine merkliche Anpassung der Leistungsbilanzpositionen hat sich im Euroraum (und in der EU) seit dem Beginn der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise vollzogen. Das Auseinanderdriften von Defiziten und Überschüssen, das die Entwicklung der Leistungsbilanzen bis in das Jahr 2007 hinein prägte, ist von einem Prozess der Annäherung abgelöst worden. Das lässt sich zum Beispiel dann erkennen, wenn die acht von der Kommission wegen anhaltend hoher Leistungsbilanzüberschüsse in der Vergangenheit näher untersuchten EU-Mitgliedstaaten, darunter sechs Euroländer (Österreich, Belgien, Deutschland, Finnland, die Niederlande, Luxemburg) und zwei Nicht-Euroländer (Dänemark und Schweden), zusammen betrachtet und die Veränderungen ihrer Leistungsbilanzposition im Zeitablauf mit dem Ergebnis für alle anderen Mitgliedstaaten verglichen werden (siehe Abbildung 1).

Im Jahr 2012 haben die beiden Ländergruppen mit ihren Leistungsbilanzsalden schon wieder deutlich näher beieinander gelegen, als dies in den Jahren vor der Einführung der gemeinsamen Währung und unmittelbar vor dem Ausbruch der Krise der Fall gewesen ist.

Hinter dem bisher beobachteten Abbau der Unterschiede steht in erster Linie ein Rückgang der Negativsalden in den Defizitländern. Nach den von der Europäischen Kommission im Mai vorgelegten Zahlen ("Frühjahrsprognose

² "European Economic Forecast – Spring 2013" verfügbar unter http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2013/ee2_en.htm.

Entwicklung der Leistungsbilanzsalden im Euroraum



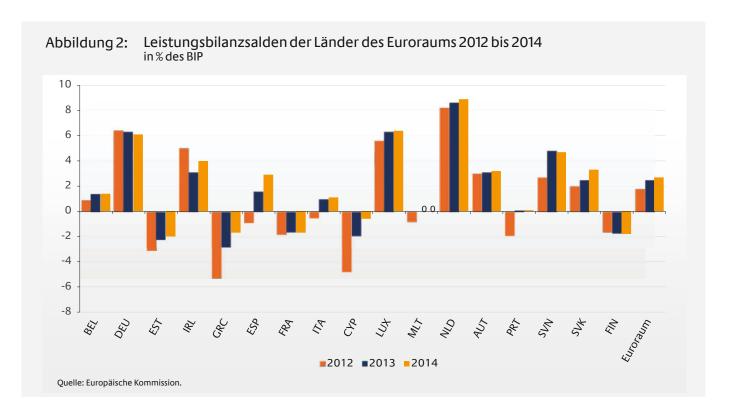
2013") ist davon auszugehen, dass der in Gang gekommene Anpassungsprozess sich in ähnlicher Weise fortsetzen wird. Das bestätigt der Blick auf die in den kommenden Jahren erwartete Entwicklung der Leistungsbilanzsalden für alle Mitglieder der Währungsunion, wonach die Passivsalden der Länder mit einem hohen Defizit weiter stark abnehmen werden (siehe Abbildung 2).

Die Änderungen in den Leistungsbilanzsalden der Überschussländer gehen dagegen nicht durchweg in die gleiche Richtung und sind in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) weniger deutlich ausgeprägt. Sie sollten gleichwohl in der Summe – und gerade auch im Falle Deutschlands – zu einem "Rebalancing" beitragen.

"In 2013, the current account of several vulnerable Member States is expected to turn positive, helped by lower domestic absorption as well as competiveness gains on the back of wage moderation and increased productivity... In surplus countries, more dynamic wage developments herald larger growth contributions from domestic demand going forward."²

Für den Euroraum insgesamt hat sich nach den Schätzungen der EU-Kommission im Jahr 2012 ein Leistungsbilanzüberschuss ergeben, dergemessen am BIP - bei 1,8 % gelegen haben dürfte und in den beiden kommenden Jahren noch weiter ansteigen könnte.

Entwicklung der Leistungsbilanzsalden im Euroraum

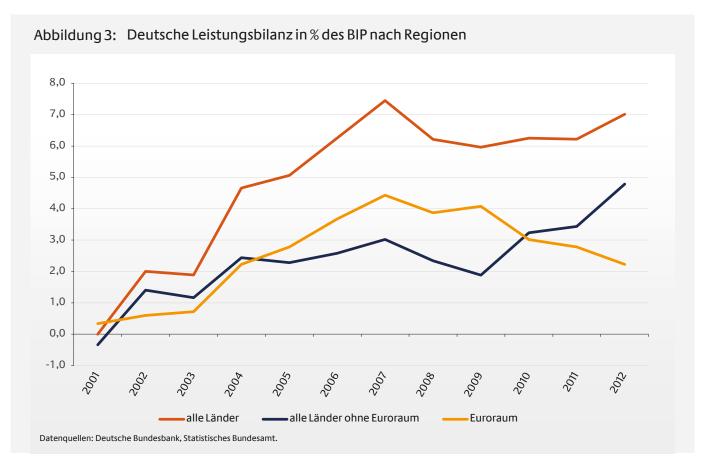


Der Leistungsbilanzüberschuss für Deutschland ist 2012 mit 7% in Relation zum BIP höher ausgefallen, als es viele Konjunkturbeobachter erwartet hatten. Eine Ursache dafür ist, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion, die bei der Bildung dieser Verhältnisgröße im Nenner steht, und damit auch die Importe längst nicht so stark ausgeweitet worden sind wie zuvor angenommen. Darüber hinaus gewinnt der (positive) Saldo der Vermögenseinkommen mit der bereits hohen und weiter wachsenden Nettoauslandsposition Deutschlands für die Entwicklung der Leistungsbilanz immer mehr an Gewicht. Noch im Jahr 2003 war der Saldo bei den Erwerbs- und Vermögenseinkommen mit mehr als – 15 Mrd. € deutlich negativ. Im Jahr 2012 wurde ein Überschuss von mehr als 64 Mrd. € erreicht.

Werden die Salden gegenüber Euroländern und Nicht-Euroländern für sich betrachtet, zeigt sich eine deutlich auseinanderlaufende (scherenartige) Entwicklung. Der Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands gegenüber den anderen Euroländern hat sich im vergangenen Jahr im Vergleich zu 2007 halbiert. Der von 2011 auf 2012 gegenüber dem Ausland insgesamt zu beobachtende Anstieg ist allein das Ergebnis von Transaktionen mit Staaten außerhalb des Euroraums gewesen (siehe Abbildung 3). Die anhaltend hohen Überschüsse in der deutschen Handelsbilanz sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass deutsche Exporteure sich mit ihrem Angebot auf eine Produktpalette (Investitionsgüter, langlebige Konsumgüter) spezialisiert haben, die von den dynamisch wachsenden Schwellenländern vergleichsweise stark nachgefragt werden.

Für das Jahr 2013 rechnen die meisten nationalen und internationalen Institutionen mit einem spürbaren Rückgang des deutschen Leistungsbilanzüberschusses gegenüber dem vergangenen Jahr. So erwartet z. B. die EU-Kommission, dass der positive Saldo Deutschlands sich von 6,3% im Jahr 2013 bis auf 6,1% im Jahr 2014 verringert. Die unterstellte Verringerung ist insbesondere auf eine spürbare Entfaltung der Binnennachfrage zurückzuführen, die sich in steigenden Privaten Konsumausgaben sowie einer

Entwicklung der Leistungsbilanzsalden im Euroraum



wieder anziehenden Investitionstätigkeit widerspiegeln dürfte.

Welche Triebkräfte hinter den im Zeitablauf beobachteten Veränderungen stehen, wird durch eine bloß saldenmechanische Betrachtung der Leistungsbilanzpositionen einzelner Länder oder Ländergruppen nicht aufgedeckt. Dazu sind differenzierte Untersuchungen erforderlich, die – wie die nachstehend vorgestellten Analysen der Kommission – zumindest den Versuch unternehmen, die jeweils wirksamen Einflussfaktoren zu identifizieren und in ihren Konsequenzen für die am Ende sich einstellenden Ergebnisse näher zu verfolgen.

3 Rolle der Überschussländer: Fragen und Antworten

Die Kommission selbst hat sich bei der Vorstellung ihres Berichts zu den Ursachen und Politikimplikationen von hohen und anhaltenden Leistungsbilanzüberschüssen ("Surplus Study") an einer Reihe von Fragen orientiert, die bei der Diskussion über geeignete Wege zum Abbau außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte regelmäßig eine wichtige Rolle spielen. Die in diesem Zusammenhang erörterten Themen werden zur Darstellung der Ergebnisse ihrer Untersuchung auch hier aufgegriffen.

3.1 Divergenzen in den Leistungsbilanzen - in jedem Fall ein Problem?

Die Existenz von Leistungsbilanzsalden allein ist kein hinreichendes Indiz für das Vorliegen von (schädlichen) makroökonomischen Ungleichgewichten, auch wenn eine solche Vorstellung zuweilen mit dem bloßen Vorhandensein eines (positiven oder negativen) Saldos in der außenwirtschaftlichen Position eines Landes oder Wirtschaftraums verbunden wird. Der Leistungsbilanzsaldo ist eine gesamtwirtschaftliche Maßgröße

Entwicklung der Leistungsbilanzsalden im Euroraum

und als solche die Resultante einer Vielzahl von Einflussfaktoren. So spiegeln Leistungsbilanzsalden neben der Wettbewerbsfähigkeit unter anderem auch Unterschiede in den intertemporalen Konsumund Investitionspräferenzen einzelner Länder wider. In einer schnell alternden Bevölkerung können Leistungsbilanzüberschüsse und der damit verbundene Aufbau von Nettoauslandsvermögen sinnvoll sein, um zukünftigen Konsum zu ermöglichen. In Volkswirtschaften mit günstigen Wachstumsaussichten können ausländische Direktinvestitionen – trotz damit tendenziell verbundener Leistungsbilanzdefizite – rentable Anlagen sein und positiv zur Entwicklung des Landes beitragen.

"Current account deficits and surpluses are not necessarily macroeconomic imbalances in the sense of developments which are adversely effecting, or have the potential to affect the proper functioning of economies, of the monetary union, or on a wider scale." ¹

Dieser Erkenntnis tragen die im Rahmen der "Sixpack-Reformen" auf europäischer Ebene eingeführten Instrumente der wirtschaftspolitischen Überwachung ausdrücklich Rechnung. Leistungsbilanzsalden werden danach immer im Kontext verschiedener anderer Indikatoren und mit einem Blick auf die spezielle Situation des jeweils betrachteten Landes analysiert. Hohe und anhaltende Defizite sind dabei kritischer zu bewerten als hohe und anhaltende Leistungsbilanzüberschüsse. Die Begründung dafür liegt in den Risiken für die Stabilität der Währungsunion, die sich aus einer auf Dauer nicht haltbaren Auslandsverschuldung eines Landes und damit verbundenen Problemen auf den Finanzmärkten ergeben können.

Es ist allerdings auch nicht ausgeschlossen, dass Leistungsbilanzüberschüsse, die daraus resultieren, dass ein Land mehr produziert als konsumiert und investiert, sich als Ergebnis von Abläufen einstellen, die von Markt- oder Politikversagen beeinflusst sind. Eine Verbesserung der Bedingungen für eine effiziente Güterproduktion und die Beseitigung vorhandener Verzerrungen lägen dann nicht nur im Fall von Leistungsbilanzdefiziten sondern auch bei Leistungsbilanzüberschüssen im Eigeninteresse der betroffenen Länder.

Wenn die inländische Ersparnis über längere Zeit über den im Inland getätigten Investitionen liegt und sich die Höhe der Forderungen gegenüber dem Ausland über entsprechende Leistungsbilanzsalden beständig erhöht, kann das auch für das Überschüsse erzielende Land selbst Risiken mit sich bringen. Das liegt daran, dass das angesammelte Auslandsvermögen Wertschwankungen unterliegt und negative Bewertungseffekte nicht ausgeschlossen werden können. Die EU-Kommission hat das in ihren Untersuchungen am Beispiel Deutschlands gezeigt.

3.2 Überschüsse hier und Defizite dort: Welche Triebkräfte stehen dahinter?

Es ist faktisch unzutreffend, dass in der Wirtschafts- und Währungsunion die Exporte der Überschussländer die Exporte der Defizitländer verdrängt hätten. Zwischen den Ländern des Euroraums gibt es eine intensive Handelsverflechtung, einen bedeutsamen sonstigen Leistungsaustausch und enge Beziehungen auch über die Finanzmärkte. Gleichwohl lässt sich zwischen dem Leistungsbilanzüberschuss eines Landes und dem Leistungsbilanzdefizit eines anderen Landes kein unmittelbarer (kausaler) Zusammenhang herstellen. Das liegt nicht zuletzt daran, dass der Handel mit Drittstaaten. also mit Ländern außerhalb des Euroraums und Nicht-Mitgliedern der EU, ebenfalls eine wichtige Rolle spielt.

"There is no evidence that the export performance of the surplus countries significantly crowded out the export of the euro-area periphery." ¹

Entwicklung der Leistungsbilanzsalden im Euroraum

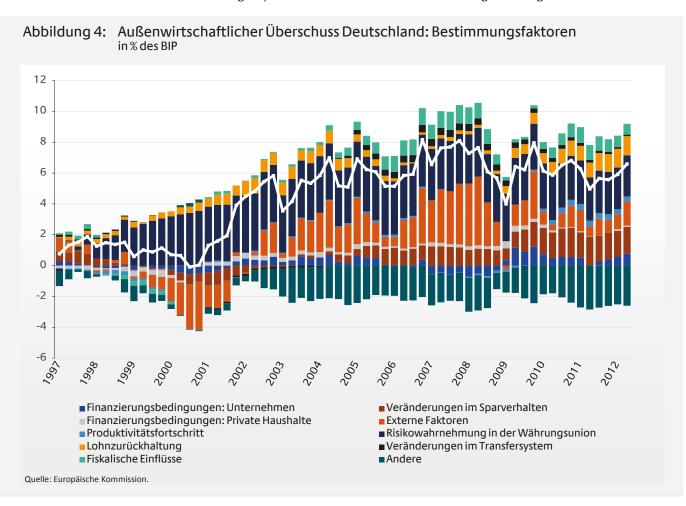
Als hauptsächlichen Erklärungsfaktor für den prägnanten Anstieg der Überschüsse hat die EU-Kommission vielmehr eine im Vergleich zu den Investitionen hohe Ersparnisbildung in Verbindung mit einer unzureichenden Finanzmarktregulierung in den Jahren vor 2008 herausgearbeitet.

Dabei wird als wichtigste Ursache für die unterschiedliche Entwicklung der Salden das Sparverhalten beziehungsweise das Investitionsgeschehen im Privatsektor ausgemacht. Die hohen Ersparnisse der Überschussländer sind in die Defizitländer beziehungsweise in Länder außerhalb der Währungsunion (wie die USA) geflossen. Das Geschehen auf dem Kapitalmarkt dominierte die Entwicklung. In einem Umfeld mit niedriger Risikoaversion und auf der Suche nach hohen Renditen zogen die Akteure auf den Finanzmärkten Auslandsanlagen (in den

Defizitländern) inländischen Anlagen (in den Überschussländern) vor.

Darüber hinaus wird auf die unterschiedliche Entwicklung der Binnennachfrage in den Defizit- und Überschussländern (und die daraus abgeleitete Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen aus dem Ausland) verwiesen. Nicht so sehr "starke Exporte" als vielmehr "schwache Importe" hätten zur Ausweitung der Aktivsalden in den Überschussländern geführt.

Aus einer Analyse speziell für Deutschland (siehe Abbildung 4) kommt die Europäische Kommission zu der Einschätzung, dass die Arbeitsmarktreformen und der niedrige Anstieg der Löhne in den Jahren vor der Krise die außenwirtschaftliche Position Deutschlands nicht sonderlich stark beeinflusst haben. Andere Bestimmungsgründe haben den Modellrechnungen zufolge eine



Entwicklung der Leistungsbilanzsalden im Euroraum

wichtigere Rolle gespielt. Als solche hat die Kommission insbesondere eine veränderte Risikowahrnehmung in der Währungsunion ("EMU risk perception") und Einflüsse von außen ("external shocks") identifiziert. Näher untersucht wurden dabei die Wirkungen eines Abbaus der Zinsaufschläge für einzelne Länder und der Effekt einer sich ausweitenden Nachfrage aus dem Rest der Welt.

"A model-based decomposition of the German trade surpluses indeed confirms that the shock to international financial flows was the main driving force in the build-up of surpluses, while the contribution to the surplus of wage constraint and labour market reforms in Germany was much more moderate." ¹

Auf der Angebotsseite werden die bessere Anpassungsfähigkeit der Überschussländer und ihre auf den Weltmärkten hohe Wettbewerbsfähigkeit als weitere Einflussfaktoren benannt. Die unterschiedliche Entwicklung von Löhnen und Preisen (Termsof-Trade) in den Vergleichsgruppen wird dagegen nicht nur im Falle Deutschlands als eher überbewertet eingestuft. Eine höhere Erklärungskraft weist die Kommission der nicht-preislichen Wettbewerbsfähigkeit (zum Beispiel dem Aspekt der Qualität) und der rascheren Reaktion auf externe Schocks (wie der zunehmenden Konkurrenz der Schwellenländer) zu.

3.3 Welchen Beitrag zur Anpassung können die Überschussländer leisten?

Das neue wirtschaftspolitische Überwachungsverfahren ("Macroeconomic Imbalances Procedure") richtet sich mit seiner Forderung zum Abbau von außenwirtschaftlich bedingten Ungleichgewichten primär an Mitgliedstaaten mit Leistungsbilanzdefiziten, denen an einer Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit gelegen sein muss. Allerdings können auch die Überschussländer einen Beitrag leisten.

Vor einer Überschätzung der möglichen Effekte einer Erhöhung der Binnennachfrage in diesen Ländern auf die Leistungsbilanzpositionen der Defizitländer ist jedoch zu warnen. Zur Illustration der möglichen Effekte greift die Kommission auf eine Modellrechnung für Deutschland zurück. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass eine isolierte Ausweitung der hiesigen Inlandsnachfrage nur zu einem geringen Anstieg der Exporte der südlichen Peripheriestaaten führt. Von dem fiktiven Nachfrageschub würden vorrangig Nachbarländer (die Niederlande, Österreich, Tschechien) profitieren und damit Mitgliedstaaten, die tendenziell selbst Leistungsbilanzüberschüsse aufweisen.

Einen Appell zu einer von der Politik – etwa über staatliche Ausgabenprogramme gesteuerten Ausweitung der Binnennachfrage in den Überschussländern enthält die Studie der Kommission nicht. Wie sich auch aus anderen Untersuchungen ergibt, dürften solche Programme auch nur eine begrenzte - mit Blick auf das langfristige Wachstum womöglich gar negative - Auswirkung haben. Dagegen sieht die Kommission in den meisten Überschussländern inzwischen Kräfte am Werk, die über marktmäßige Prozesse (etwa über die Auswirkungen einer höheren Beschäftigung und dadurch entstehende Engpässe auf dem Arbeitsmarkt) zu einem vergleichsweise stärkeren Anstieg der Löhne und einer Zunahme der Privaten Konsumausgaben beitragen.

"Favourable conditions are in place in most surplus countries. The different paces of fiscal consolidation, and the wage developments in line with the productivity and the economic situation in each country, help in calibrating the contribution to the rebalancing by the core and periphery economies." ¹

Darüber hinaus argumentiert die EU-Kommission in ihrer Studie, dass Wohlfahrtsgewinne für das eigene Land wie für andere Länder über die Umsetzung entsprechender Strukturreformen möglich

Entwicklung der Leistungsbilanzsalden im Euroraum

sind, wenn Bedingungen herrschen, die einer effizienten Allokation der Ressourcen entgegenstehen. Solche strukturellen Schwächen sind daher in allen Ländern anzugehen. Das Augenmerk der Kommission gilt schon seit längerem entsprechenden Rigiditäten bei der Bereitstellung von Dienstleistungen beziehungsweise im Bereich der sogenannten nicht-handelbaren Güter. In der "Surplus Study" unterstreicht sie die Bedeutung einer Beseitigung diesbezüglicher Verzerrungen mit Blick auf das in den Überschussländern mögliche Wirtschaftswachstum und eine weitere Annäherung der Leistungsbilanzpositionen im Euroraum (und in der EU).

"In particular, policy measures aimed at improving the functioning of specific sectors, such as services, financial intermediation (including mortgages) and other non-tradables would improve growth prospects in the surplus countries. While these structural improvements are desirable in their own right, their positive spillover on other euro-area economies could be tangible." ¹

Mit den Politikoptionen, die zu einem Abbau der festgestellten Ungleichgewichte im Euroraum beitragen könnten, haben sich auch Wirtschaftsexperten der OECD in einem in diesem Frühjahr publizierten Arbeitspapier³ auseinander gesetzt. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass neben den hier näher untersuchten Peripherieländern (Griechenland, Portugal, Spanien, Irland, Italien), denen weitere substanzielle Strukturreformen sowie Konsolidierungsmaßnahmen empfohlen werden, die übrigen Mitgliedstaaten der

Währungsunion den Anpassungsprozess unterstützen können. Dazu weisen sie in erster Linie auf die vielfach auch dort notwendige Flexibilisierung der Güter- und Faktormärkte hin. Darüber hinaus könnten von einer Ausweitung der Binnennachfrage und Veränderungen der relativen Preise (darunter dem Zulassen eines vergleichsweise stärkeren Preisanstiegs in den Überschussländern) positive Effekte ausgehen. Allerdings ist das in diesem Fall genutzte Modell vergleichsweise einfach, und es nimmt den gesamten Finanzsektor sowie Rückkopplungen zwischen verschiedenen Politikbereichen nicht in den Blick.

Nach einer Untersuchung des IWF⁴ ist es schwierig, eine unmittelbare Verbindung zwischen der Entwicklung der Leistungsbilanzsalden und den in einzelnen Ländern in der Vergangenheit durchgeführten Strukturreformen herzustellen. Sie können allenfalls das Niveau, nicht aber das Auseinderdriften der Leistungsbilanzsalden vor der Krise erklären. Andere Faktoren ("mainly a booming world economy") dürften für das Entstehen der Ungleichgewichte wichtiger gewesen sein. Das steht im Einklang mit den Analysen der EU-Kommission, die das Geschehen auf den Kapitalmärkten und die damit verbundenen Finanzströme als maßgebliche Einflussgrößen benannt hat.

Die Ergebnisse ihrer eigenen Untersuchungen verknüpft die Kommission mit der Schlussfolgerung, dass Finanzmarktregulierung und -aufsicht auf EU-Ebene wie auch in den Mitgliedstaaten weiter zu verbessern sind. Diesbezügliche Reformen und der Einsatz neuer regulatorischer

³Yvan Guillemette and David Turner (2013), "Policy Options to Durably Resolve Euro Area Imbalances" Economics Department Working Papers No. 1035" verfügbar unter http://www.oecd.org/eco/workingpapers.

⁴ Anna Ivanova (2012), "Current account Imbalances: Can Structural Policies Make a Difference?" IMF Working Paper WP/12/61.

Entwicklung der Leistungsbilanzsalden im Euroraum

Instrumente sollen das Vertrauen der Marktteilnehmer stärken.

"Appropriate financial regulation and supervision, as well as macro-prudential supervision are key in reinstating confidence and preventing the emergence of harmful imbalances." 1

3.4 Leistungsbilanz für den Euroraum insgesamt: Ist ein Saldo von Null zu erwarten?

Ein leichter Leistungsbilanzüberschuss dürfte auf längere Sicht den wirtschaftlichen Grundbedingungen im Euroraum am besten entsprechen. Trotz der Divergenzen in der Leistungsbilanzentwicklung einzelner Länder hatte sich bei einer Betrachtung der Ergebnisse für den Euroraum insgesamt in der Vergangenheit regelmäßig ein Saldo nahe Null eingestellt (siehe Abbildung 1). Demnach war die Leistungsbilanz für den Währungsraum als Ganzes über lange Zeit in etwa ausgeglichen. Eine logische Notwendigkeit dazu bestand und besteht aber nicht. Denn der Euroraum ist keine "geschlossene Volkswirtschaft". Deshalb schlagen sich in der Leistungsbilanz des Euroraums als Ganzes auch die Transaktionen gegenüber dem "Rest der Welt" nieder. Dabei kann sich ein Aktivsaldo beziehungsweise Passivsaldo ebenso wie ein Saldo von Null einstellen.

"The euro-area current account does not need to be balanced and, in fact, its structural characteristics suggest it should have a moderate surplus." ¹

Einen strukturell positiven Saldo, der für einen Überschuss der Ersparnis über die hier getätigten Investitionen steht, hält die Kommission angesichts der wirtschaftlichen Gegebenheiten des Euroraums für gerechtfertigt. Sie weist in diesem Zusammenhang auf die insgesamt zu beobachtende Alterung der Bevölkerung, das vergleichsweise hohe Pro-Kopf-Einkommen und die Notwendigkeit zu einer Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wie einer Verringerung der Verschuldung im Privatsektor in vielen Ländern hin. Der IWF war in seinem "Pilot External Sector Report"⁵ von 2012 zu einer ähnlichen Einschätzung gekommen.

4 Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse der "Surplus Study" stützen die Haltung, wonach auch anhaltende Überschüsse gerechtfertigt sein können, wenn sie das Ergebnis hoher Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in Ländern mit funktionierenden Märkten sind. Der Fokus des in der Europäischen Gemeinschaft eingeführten Verfahrens zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte wird auch weiterhin auf Ländern mit hohen Leistungsbilanzdefiziten und Schwächen in der Wettbewerbsfähigkeit liegen.

Euroländer mit Leistungsbilanzüberschüssen sind für die in den Defizitländern vorhandenen Defizite nicht "verantwortlich". Die vielfach geforderte Ausweitung der Binnennachfrage in den Überschussländern ist kein Allheilmittel für die Probleme der Länder mit hohen Leistungsbilanzdefiziten und einer nicht tragfähigen Auslandsverschuldung. Erstens geht dies nicht per Dekret, zweitens könnte eine mittels fiskalischer Impulse in Gang gesetzte Stimulierung unerwünschte Implikationen mit sich bringen, und drittens wären die Effekte für die mit besonderen Problemen kämpfenden Länder bestenfalls begrenzt.

⁵Verfügbar unter http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2012/070212.pdf

Entwicklung der Leistungsbilanzsalden im Euroraum

Länder mit hohen Aktivsalden in der Leistungsbilanz überhaupt in Augenschein zu nehmen, ist gleichwohl gerechtfertigt, da Verzerrungen und Rigiditäten bei der Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen und in den notwendigen Rahmenbedingungen für das Handeln der Akteure auf den Finanzmärkten auch in Überschussländern nicht von vornherein ausgeschlossen werden können.

Die Ergebnisse der "Surplus Study" lassen es als dringend geboten erscheinen, die Diskussion um das Entstehen anhaltend hoher Überschüsse und Defizite nicht auf Handelsaspekte allein zu verengen. Um den Abläufen genauer auf die Spur zu kommen, müssen die Vorgänge des Sparens und Investierens, die hinter den Leistungsbilanzsalden stehen, mit in den Blick genommen werden.

In einer Währungsunion sind Änderungen in der Preis- und Kostenentwicklung auf den nationalen Güter- und Faktormärkten auf Dauer der Schlüssel realwirtschaftlicher Angleichungsprozesse. Der Produktivitätsfortschritt der Volkswirtschaften rückt ins Zentrum der Diskussion um den Abbau vorhandener Ungleichgewichte und bei der langfristigen Anpassung der Wohlstandsniveaus. Sind die Unterschiede in der Ausgangslage erheblich, ist mit entsprechend langen Anpassungszeiträumen zu rechnen, da eine Anhebung der Produktivität Zeit braucht. Strukturreformen, die die Effektivität beim Einsatz von Produktionsfaktoren steigern und den technologischen Fortschritt vorantreiben, ebnen den Weg für die nachhaltige Konvergenz innerhalb der Währungsunion.

WACHSTUM, WOHLSTAND UND LEBENSQUALITÄT IN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität in der Sozialen Marktwirtschaft

Die Ergebnisse der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags aus finanzpolitischer Sicht

- Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) allein gilt nach vielfacher Meinung als nicht zureichend für die Messung des Wohlstands einer Gesellschaft. Die Enquete-Kommission wurde deshalb mit dem Ziel eingesetzt, ein neues Indikatorensystem für die Messung von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität zu entwickeln. Dieses sollte möglichst einfach und gut verständlich sein, gleichzeitig aber die komplexen Zusammenhänge der verschiedenen Wohlstandsdimensionen abbilden.
- In ihrem am 3. Mai 2013 veröffentlichten Abschlussbericht schlägt die Enquete-Kommission einen Satz von zehn Einzelindikatoren aus den drei Wohlstandsbereichen Materieller Wohlstand, Soziales und Teilhabe sowie Ökologie vor.
- Eine tragfähige Finanzpolitik und eine effektive Regulierung der Finanzmärkte sieht die Enquete-Kommission als wichtige Voraussetzungen für die nachhaltige Entwicklung des Wohlstands und der Lebensqualität in Deutschland. Zur Erreichung dieser Ziele schlägt sie konkrete Maßnahmen vor.
- Die Bundesregierung hat auf nationaler und europäischer Ebene bereits umfassende
 Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die langfristige Tragfähigkeit der Staatsfinanzen und die Stabilität der Finanzmärkte zu sichern.

1	Einführung	18
2	Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität	18
2.1	Wie wird Wohlstand gemessen?	18
2.2	Problematik der Messung von Wohlstand	19
3	Die Wohlstandsindikatoren der Enquete-Kommission	20
3.1	Die W3-Indikatoren	20
3.2	Die Tragfähigkeitslücke als Indikator	21
3.3	Empfehlung der Enquete-Kommission zur Umsetzung der Indikatoren	21
4	Finanzpolitische Empfehlungen der Enquete-Kommission	22
4.1	Zukunftsfähige Finanzpolitik	22
4.2	Regulierung der Finanzmärkte	23
5	Maßnahmen der Bundesregierung für eine nachhaltige Finanzpolitik	23
5.1	Sicherung der langfristigen Tragfähigkeit der Staatsfinanzen	23
5.2	Stabilisierung der Finanzmärkte	25

WACHSTUM, WOHLSTAND UND LEBENSQUALITÄT IN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

1 Einführung

Im Dezember 2010 beschloss der Deutsche Bundestag die Einsetzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft". Aufgabe der Enquete-Kommission war es, die öffentliche Diskussion über eine nachhaltige Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft aufzugreifen und parteienübergreifend Handlungsmöglichkeiten für Gesetzgeber, Wirtschaft und Gesellschaft aufzuzeigen.

Die Finanzmarktkrise, die in Schieflage geratenen öffentlichen Haushalte im Euroraum, die Herausforderungen durch den demografischen Wandel und den Klimawandel sowie die gesellschaftliche Debatte über die Verteilungsgerechtigkeit bildeten den Rahmen der ambitionierten Kommissionsarbeit. Die Enquete-Kommission setzte sich aus insgesamt 34 Mitgliedern zusammen; 17 Mitglieder des Deutschen Bundestags und 17 Sachverständige bearbeiteten in fünf Projektgruppen die unterschiedlichen Themen.

Im Zentrum stand dabei der Auftrag, die Eignung des BIP als Indikator für gesellschaftlichen Wohlstand zu untersuchen und gegebenenfalls geeignete Alternativen vorzuschlagen. Daneben wurden vielfältige gesellschaftspolitische Themenkomplexe untersucht, die für die Erreichung von nachhaltigem Wohlstand von Bedeutung sind.

Im Mai 2013 hat die Enquete-Kommission einen umfangreichen Endbericht vorgelegt.¹

Er enthält Analysen und Handlungs-

¹Schlussbericht der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft", Deutscher Bundestag, Drucksache 17/13300.

empfehlungen für die Politik. Bei Themen, in denen kein fraktionsübergreifender Konsens erreicht werden konnte, wurden Sondervoten in den Bericht aufgenommen. Der Artikel gibt im Folgenden einen Überblick über die Ergebnisse der Enquete-Kommission aus finanzpolitischer Sicht.

2 Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität

2.1 Wie wird Wohlstand gemessen?

Traditionell wird der Wohlstand in einer Gesellschaft am BIP bemessen, also am Wert aller in einer Periode produzierten und am Markt gehandelten Waren und Dienstleistungen für den Endverbrauch in einer Volkswirtschaft. Das BIP ist somit vorrangig Ausdruck der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Die Interpretation dieses Indikators als Wohlstandsmesser wird jedoch vielfach kritisiert. Auf politischer wie auf wissenschaftlicher Ebene herrscht weitgehende Einigkeit, dass das BIP als Maßzahl für Wohlstand, Lebensqualität und gesellschaftlichen Fortschritt allein nicht zureichend ist.

Marktferne Dienstleistungen wie z. B.
Hausarbeit und Kinderbetreuung in der
Familie finden im BIP keine Berücksichtigung.
Ebenso wenig gehen bei der Produktion
entstehende Umweltschäden und der
Ressourcenverbrauch nicht nachwachsender
Rohstoffe in die Berechnung des BIP ein. Auch
zu Verteilungsfragen und nicht-materiellem
Wohlstand liefert das BIP keine Aussage.
Gerade die nachhaltige Entwicklung des
gesellschaftlichen Wohlstands wird folglich
nicht durch das BIP abgebildet.

Die Debatte über die Unzulänglichkeit des BIP als Wohlstandindikator ist nicht neu. Auch wurden bereits verschiedene alternative Wohlstandsindikatoren entwickelt. Dazu gehört der 1990 von den Vereinten Nationen entwickelte Human Development

WACHSTUM, WOHLSTAND UND LEBENSQUALITÄT IN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Index (HDI), der Einzelindikatoren der Bereiche Lebenserwartung, Bildung und materieller Wohlstand zu einem Gesamtmaß aggregiert. In Deutschland wurde der Nationale Wohlfahrtsindex (NWI) entwickelt, der neben materiellen und sozialen Aspekten auch ökologische Entwicklungen und marktferne Arbeit in einem Indikator zusammenfassend abbildet. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht zudem im Bericht zur Nachhaltigen Entwicklung in Deutschland regelmäßig eine Auswahl von Einzelindikatoren zu wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Themen. Darüber hinaus wurde eine Reihe weiterer Indikatoren und Indikatorensätze von Wissenschaftlern. internationalen Institutionen und Organisationen vorgeschlagen.

Die Enquete-Kommission hatte gemäß Einsetzungsbeschluss die Aufgabe, ein Wohlstandsmaß zu entwickeln, das für Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit gleichermaßen verständlich, relevant und aussagekräftig ist.

2.2 Problematik der Messung von Wohlstand

Wohlstand hat viele Dimensionen, Hierzu werden unter anderem materieller Wohlstand. Verteilungsgerechtigkeit, eine saubere Umwelt und eine hohe Lebenserwartung gezählt. Um den Wohlstand in einem Land beziehungsweise die Lebensqualität messen zu können, muss sich eine Gesellschaft zunächst auf die Faktoren einigen, die die Lebensqualität bestimmen. Dann muss jeweils eine messbare Größe gefunden werden, die die Faktoren und ihren Wohlstandsbeitrag adäguat darstellt. Manche Wohlstandsaspekte sind jedoch nur schwer zu messen, wie etwa die Arbeitszufriedenheit. Soll der Wohlstand in einem einzigen Indikator zum Ausdruck kommen, müssen die vielfältigen Wohlstandsdimensionen darüber hinaus nach ihrer Relevanz bewertet und gewichtet werden.

Was von einem Menschen als Bestandteil beziehungsweise als Steigerung der Lebensqualität empfunden wird, ist zu einem großen Teil subjektiver Natur. Die Auswahl von Indikatoren zur Wohlstandsmessung ist daher stets eine normative Entscheidung. Die Gesellschaft muss deshalb einen Konsens darüber finden, welche Werte dieser Auswahl zugrunde liegen sollen und wie diese Werte zu gewichten sind.

Ein Charakteristikum des BIP ist, dass es nur einen Ausschnitt aus den von vielen Menschen als wohlstandssteigernd empfundenen Entwicklungen beschreibt. Der entscheidende Vorteil des BIP als Maßgröße liegt darin, dass keine normative Gewichtung anderer Wohlstandsfaktoren nötig und ein Vergleich mit anderen Ländern aufgrund der hohen Verbreitung und Standardisierung des Indikators problemlos möglich ist. Im Gegensatz dazu kann ein aggregierter Indikator wie der NWI zwar ein breiteres Spektrum von Wohlstandsfaktoren abbilden. Dies geht jedoch auf Kosten der internationalen Vergleichbarkeit, wenn der aggregierte Indikator nur für wenige Länder zur Verfügung steht, und auf Kosten der Objektivität, nicht zuletzt, weil die berücksichtigten Einzelindikatoren gewichtet werden müssen.

Eine Alternative zu einem aggregierten Gesamtindikator ist die Erstellung eines Indikatorensatzes, bei dem die unterschiedlichen Dimensionen gleichberechtigt nebeneinander stehen und nicht zu einem einzelnen Wert zusammengefasst werden. In der Öffentlichkeit dürfte ein "Indikatorenkorb" allerdings schwieriger zu kommunizieren sein als eine einzelne Kenngröße. Die Enquete-Kommission stand daher bei der Entwicklung eines neuen Indikators vor dem Zielkonflikt, ein möglichst einfaches Indikatorensystem zu gestalten und gleichzeitig die komplexen Zusammenhänge der Wohlstandsdimensionen angemessen abzubilden.

WACHSTUM, WOHLSTAND UND LEBENSQUALITÄT IN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

3 Die Wohlstandsindikatoren der Enquete-Kommission

3.1 Die W3-Indikatoren

Die Enquete-Kommission empfiehlt in ihrem Abschlussbericht einen Indikatorensatz von zehn Indikatoren. Diese Leitindikatoren sind drei Dimensionen des Wohlstands zugeordnet: (1) Materieller Wohlstand,

(2) Soziales und Teilhabe sowie (3) Ökologie.
Der Indikatorensatz soll unter dem Namen
"W3-Indikatoren" der Öffentlichkeit bekannt
gemacht werden. Die Bezeichnung W3 soll
das gleichrangige Nebeneinander der drei
Wohlstandsdimensionen verdeutlichen.
Hierbei wurden Indikatoren ausgewählt, die
bereits von nationalen und internationalen
Institutionen erhoben werden und eine

hohe Datenqualität aufweisen. So sind eine gute Vergleichbarkeit mit anderen Ländern sowie die Analyse der Entwicklung in Deutschland im Zeitverlauf gewährleistet. Das Bruttoinlandsprodukt ist weiterhin integraler Bestandteil der Wohlstandsmessung, eingebettet in ein System mit neun weiteren Leitindikatoren.

Neben diesen Leitindikatoren schlägt die Enquete-Kommission weitere neun Zusatzindikatoren in Form von Warnlampen vor. Diese sollen nicht regelmäßig veröffentlicht werden, sondern nur bei Überschreitung von kritischen Werten auf mögliche Fehlentwicklungen aufmerksam machen. Warnlampen gibt es für die Nettoinvestitionsquote, die Vermögensverteilung, Nachhaltigkeit des privaten Finanzsektors, die

Abbildung 1: Leitindikatoren Materieller Wohlstand Soziales und Teilhabe Treibhausgas-BIP/BIP pro Kopf Beschäftigungsquote **Emission** Einkommensverteilung nationale Bilduna: Abschlussauote Stickstoffbilanz Sekundarstufe 2 Schuldenstandsquote/ Artenvielfalt: Tragfähigkeitslücke nationaler Vogelindex Lebenserwartung Freiheit: Weltbankindikator "Voice und Accountability"

WACHSTUM, WOHLSTAND UND LEBENSQUALITÄT IN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Unterbeschäftigungsquote, gesunde Lebensjahre, die Fort- und Weiterbildungsquote, die weltweite Rate des Biodiversitätsverlusts, die weltweite Stickstoffbilanz sowie die globale Artenvielfalt. Eine Hinweislampe für nicht marktvermittelte Produktion wie etwa Hausarbeit, die Pflege von Angehörigen und Kinderbetreuung soll zusätzlich auf kritische Entwicklungstendenzen in diesem Bereich hinweisen, auch wenn bislang keine regelmäßigen statistischen Erhebungen dazu vorliegen.

Aus Sicht der Finanzpolitik sind insbesondere folgende Indikatoren von Interesse:

- Das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, sowohl in absoluten Werten als auch in Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr ausgedrückt.
- Die Beschäftigungsquote als prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren.
- 3. Die Einkommensverteilung innerhalb der Gesellschaft, ausgedrückt als Verhältnis des 80 %-Perzentils zum 20 %-Perzentil der Einkommensverteilung. Für Deutschland betrug der Wert 2,17 für das Jahr 2008. Eine relativ wohlhabende Person verfügte somit über das 2,17-Fache Einkommen einer Person aus unteren Einkommensverhältnissen.
- 4. Ergänzend zum Maastricht-Kriterium der Schuldenstandsquote (Bruttoschulden des Staates in Relation zum BIP) wurde als Indikator für die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen die sogenannte Tragfähigkeitslücke aufgenommen.

3.2 Die Tragfähigkeitslücke als Indikator

Die Enquete-Kommission hat die Tragfähigkeitslücke in ihr Indikatorenset integriert, um langfristige finanzpolitische Herausforderungen und daraus resultierenden Reformbedarf deutlicher abzubilden. Während die Schuldenstandsquote Hinweise für die zukünftigen Zinslasten aufgrund der bestehenden Schulden aus bisherigen Kreditaufnahmen, d. h. der expliziten Verbindlichkeiten, gibt, bezieht das Konzept der Tragfähigkeitslücke auch zukünftige Ausgaben oder "Zahlungsversprechen", etwa für die Systeme der Rentenversicherung, Krankenversicherung, Beamtenversorgung und für Bildungsausgaben, also die sogenannten impliziten Verbindlichkeiten, ein. Der Indikator zeigt an, welche Anpassung des Primärsaldos, d. h. des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos abzüglich der Zinskosten, sofort und auf Dauer erforderlich wäre, um allen expliziten und impliziten Verbindlichkeiten in der Zukunft nachkommen zu können.

3.3 Empfehlung der Enquete-Kommission zur Umsetzung der Indikatoren

Nach Vorschlag der Enquete-Kommission sollte die Bundesregierung in regelmäßigen Abständen zur Entwicklung der Leitindikatoren sowie eventuell "aufleuchtender Warnlampen" Stellung nehmen. Der Stellungnahme soll eine wissenschaftliche Vorbereitung durch die Sachverständigenräte zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) und für Umweltfragen vorausgehen. Weitere Räte, Beiräte und Berichte könnten

WACHSTUM, WOHLSTAND UND LEBENSQUALITÄT IN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

zur Bewertung herangezogen werden. Für die Schaffung zusätzlicher Institutionen sieht die Enquete-Kommission mehrheitlich keine Notwendigkeit.

Die Enquete-Kommission sieht die Verankerung der W3-Indikatoren in der öffentlichen Diskussion und der medialen Berichterstattung als zentralen Bestandteil des Projekts. Sie schlägt dazu insbesondere vor, die Indikatoren auf einer eigens eingerichteten Internetseite bekannt zu machen, die durch das Statistische Bundesamt betreut werden sollte.

4 Finanzpolitische Empfehlungen der Enquete-Kommission

Neben der Entwicklung des Indikatorensatzes nennt und bewertet die Enquete-Kommission in ihrem Bericht auch politische Maßnahmen, die zu einer aus ihrer Sicht nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands beitragen könnten. Zu diesen Fragen bestanden unterschiedliche Vorstellungen in der Enquete-Kommission, sodass der Bericht neben der Mehrheitsmeinung auch mehrere Sondervoten enthält. Dies offenbart nicht allein die grundsätzlichen politischen Diskussionen im Deutschen Bundestag, sondern spiegelt auch die in der Öffentlichkeit kontrovers geführte Debatte zu Wachstumskonzepten, Wohlstand und ökologischen Erfordernissen wider. Im Weiteren wird ausschließlich auf mehrheitlich beschlossene Empfehlungen der Enquete-Kommission eingegangen.

4.1 Zukunftsfähige Finanzpolitik

Zur Verringerung der "impliziten" Verschuldung (der zukünftigen staatlichen Nettoverbindlichkeiten, d. h. der die zukünftigen Einnahmen übersteigenden

zukünftigen Ausgaben des Staates aufgrund von Verpflichtungen gegenüber privaten Haushalten und Unternehmen) werden von der Enquete-Kommission Reformen vorgeschlagen, um die fiskalischen Effekte einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung zu finanzieren. Dabei nimmt die Enquete-Kommission die Argumentation des SVR auf, nach der die Rente mit 67 Jahren zunächst erhalten und in der Zukunft angehoben werden sollte. So könnte nach Berechnungen des SVR ein schrittweiser Anstieg des Renteneintrittsalters ab 2029 auf 69 Jahre im Jahr 2060 die Tragfähigkeitslücke der öffentlichen Haushalte um 0,7 Prozentpunkte reduzieren. Weiterhin empfiehlt die Enquete-Kommission in ihrem Bericht die Koppelung des Renteneintrittsalters an die durchschnittliche Lebenserwartung, die Förderung von Zuwanderung, die weitere Steigerung der Frauenerwerbsquote und die verstärkte Unterstützung von über 55-jährigen Arbeitnehmern.

Die Politik solle zudem die Rahmenbedingungen für Unternehmensinvestitionen, Humankapitalinvestitionen und Investitionen in Forschung und Entwicklung verbessern, um die gesellschaftlichen Produktivkräfte und damit das Produktionspotenzial zu steigern. Staatliche Investitionen seien Staatskonsum vorzuziehen. Von kurzfristigen Investitionsprogrammen, die lediglich konjunkturelle Strohfeuer erzeugen, sollte Abstand genommen werden.

Nach Auffassung der Enquete-Kommission sind alle genannten Maßnahmen vermutlich nicht ausreichend, um die fiskalische Tragfähigkeitslücke zu schließen. Daher sollen Haushaltsspielräume, wenn möglich, regelmäßig zur Schuldenreduzierung genutzt werden.

WACHSTUM, WOHLSTAND UND LEBENSQUALITÄT IN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

4.2 Regulierung der Finanzmärkte

Die Enquete-Kommission sieht in der unzureichenden Regulierung der Finanzmärkte eine wichtige strukturelle Ursache für den Ausbruch der Finanzkrise. Daher fordert sie umfassende Reformen im Finanzsektor, um die Finanzstabilität zu erhöhen und damit die Grundlagen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu verbessern.

Der Bericht nimmt Bezug auf die bereits angestoßenen Initiativen der Europäischen Union, der G20-Staaten und Deutschlands. Die Ausrichtung der Maßnahmen sei zutreffend, die Umsetzung bisher jedoch zu zaghaft. So stehe die Entscheidung für ein europaweites Bankeninsolvenzrecht, die Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen der Banken nach Basel III sowie eine europäische Richtlinie zur Regulierung von Finanzinstrumenten noch aus. Das politische Ziel der G20, dass kein Finanzmarkt, kein Finanzmarktakteur und kein Finanzprodukt unreguliert bleiben dürfe, sei noch nicht erreicht.

Die Regulierungsvorschläge der Enquete-Kommission orientieren sich an zwei Leitlinien. Zum einen empfiehlt sie die Durchsetzung eines fundamentalen Haftungsprinzips, zum anderen sollen die Maßnahmen antizyklisch im Konjunkturverlauf wirken. Die Maßnahmenvorschläge sind im Einzelnen:

- Steigerung der Eigenkapitalanforderungen über das nach Basel III beschlossene Niveau hinaus.
- Stabilisierung des Finanzsystems durch weitere antizyklische Maßnahmen, die über den in Basel III vorgesehenen antizyklischen Kapitalpuffer von 2,5 % hinausgehen.
- Erhöhung der Transparenz der Vergütungssysteme im Bankensektor.
- Verschärfte Regulierung von Schattenbanken. Diese sollen ebenfalls

Eigenkapitalanforderungen unterliegen. Das Vorgehen gegen unregulierte Offshore-Zentren sollte forciert werden.

- Schaffung von mehr Transparenz im Finanzmarkthandel und bei Finanzprodukten.
- Aufbau einer effektiven europäischen Bankenaufsicht sowie eines Kriseninterventionsmechanismus mit weitgehenden Rechten zur Abwicklung von insolventen Banken.

5 Maßnahmen der Bundesregierung für eine nachhaltige Finanzpolitik

Mit ihrer wirtschafts- und finanzpolitischen Strategie begegnet die Bundesregierung den Herausforderungen der Finanzmarktkrise, der in Schieflage geratenen öffentlichen Haushalte im Euroraum, des demografischen Wandels sowie den Fragen sozialer Gerechtigkeit und des Klimawandels.

Im Rahmen eines umfassenden Berichtswesens bezieht die Bundesregierung zu den Problemen Stellung, die von der Enquete-Kommission thematisiert wurden. So veröffentlicht die Bundesregierung in regelmäßigen Abständen den Armuts- und Reichtumsbericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Berichte zur Nachhaltigkeits- und Demografiestrategie nehmen weitere Teilgebiete der von der Enquete-Kommission behandelten Themen in den Fokus.

5.1 Sicherung der langfristigen Tragfähigkeit der Staatsfinanzen

Die Sicherung der langfristigen Tragfähigkeit der Staatsfinanzen ist zentrales Ziel der Finanzpolitik der Bundesregierung. Mit der neuen Schuldenregel wurde das Prinzip einer nachhaltigen Finanzpolitik im Grundgesetz verankert. Die Regel stellt sicher, dass weder Ausgabenerhöhungen noch Steuersenkungen

WACHSTUM, WOHLSTAND UND LEBENSQUALITÄT IN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

dauerhaft über Kreditaufnahme finanziert werden dürfen. Damit zielt die Schuldenregel auf strukturelle Verbesserungen in den öffentlichen Haushalten ab. Zugleich wirkt die Regel über den Konjunkturverlauf symmetrisch und ermöglicht ein Atmen der Haushalte mit der Konjunktur – die sogenannten automatischen Stabilisatoren können wirken. So werden in konjunkturell günstigen Zeiten die Defizitgrenzen reduziert, während sie in konjunkturell schlechten Zeiten ausgeweitet werden. Die langfristige Einhaltung der Schuldenregel bei Bund und Ländern sowie gesamtstaatlich die Einhaltung des im des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt verankerten mittelfristigen Haushaltsziels - nämlich eines strukturell zumindest nahezu ausgeglichenen Haushalts - sichern eine nachhaltige Rückführung der staatlichen Schuldenstandsquote.

Eng mit der neuen Schuldenregel verknüpft ist die Einführung eines bundesstaatlichen Frühwarnsystems zur Vermeidung künftiger Haushaltsnotlagen. Hierzu wurde der Stabilitätsrat errichtet, der 2010 seine Arbeit aufgenommen hat. Dem Rat gehören die Finanzminister des Bundes und der Länder sowie der Bundeswirtschaftsminister an. Kernaufgabe des Stabilitätsrates ist es, die Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern regelmäßig zu überwachen und mit den Gebietskörperschaften, denen eine Haushaltsnotlage droht, Sanierungsmaßnahmen zu vereinbaren, die die drohende Haushaltsnotlage abwenden und zu einer dauerhaften Sanierung ihrer Haushalte führen. Dem Stabilitätsrat kommt mit der regulären Haushaltsüberwachung und dem Instrument der Sanierungsprogramme eine zentrale Rolle bei der Stärkung der Haushaltsdisziplin im Bund und in den Ländern zu. Darüber hinaus obliegt dem Stabilitätsrat die Koordinierung der Haushaltsund Finanzplanungen der föderalen Ebenen auch mit Blick auf die Einhaltung der Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

Das mit dem Bundeshaushalt 2012 eingeführte Top-Down-Verfahren führt zudem dazu, dass politische Prioritäten frühzeitig festgelegt werden müssen und erleichtert damit, innerhalb festgelegter Obergrenzen gezielt wachstumsfördernde Ausgabenschwerpunkte zu setzen. Gerade vor dem Hintergrund der Schuldenbremse kommt der Effizienz des Mitteleinsatzes und der Setzung wachstumsfreundlicher Schwerpunkte eine zunehmende Bedeutung zu, wie auch die Enquete-Kommission feststellt.

Das BMF hat ferner die langfristigen Herausforderungen des demografischen Wandels für die öffentlichen Finanzen im Blick und erstattet einmal pro Legislaturperiode einen Bericht über die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen². Der aktuelle dritte Tragfähigkeitsbericht wurde im Herbst 2011 veröffentlicht und umfasst einen Projektionshorizont bis in das Jahr 2060. Die dem Bericht zugrunde liegenden Modellrechnungen wurden mit Unterstützung externer Wissenschaftler erstellt. Die Berechnungen sind nicht als Prognosen zu verstehen, sondern sind Fortschreibungen unter der Annahme, dass die gegenwärtige Politik fortgeführt wird. Sie dienen somit als Frühwarnmechanismus. Der Bericht weist die auch auf europäischer Ebene verwendeten Tragfähigkeitsindikatoren aus und kommt, je nachdem, ob eher optimistische oder eher pessimistische Annahmen zugrunde gelegt werden, auf eine Tragfähigkeitslücke (S2-Indikator) von 0,9 % bis 3,8 % des BIP. Dieses Ergebnis deckt sich mit den Ergebnissen der von der Enquete-Kommission zitierten SVR-Expertise, deren Berechnungen eine vergleichbare Methodik zugrunde liegt.

Die Ergebnisse des dritten Tragfähigkeitsberichts belegen, dass sich die Erhöhung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre bei einer entsprechenden

² siehe unter http://www.bundesfinanzministerium. de/Content/DE/Standardartikel/Themen/ Oeffentliche_Finanzen/Tragfaehige_ Staatsfinanzen/2011-10-19-3-tragfaehigkeitsbericht. html

WACHSTUM, WOHLSTAND UND LEBENSQUALITÄT IN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Verhaltensänderung positiv auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen auswirken wird. Sie war deswegen ein wichtiger und erforderlicher Reformschritt. Zum jetzigen Zeitpunkt kommt es insbesondere darauf an, diese Reform wie geplant und konsequent umzusetzen. Weitere relevante politische Stellschrauben für eine Verbesserung der Tragfähigkeit sind nach den Ergebnissen des dritten Tragfähigkeitsberichts im Einklang mit den Empfehlungen der Enquete-Kommission ein weiterer Abbau der strukturellen Erwerbslosigkeit, eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und die Verlängerung der Lebensarbeitszeit innerhalb der Rente mit 67, eine Erhöhung der Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte sowie Bildung und Qualifizierung, um die Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven zu verbessern.

Mit verschiedenen Maßnahmen, z. B. der Einführung der Blue Card, dem Gesetz zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie, der Erleichterung der Verfahren zur Bewertung und Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen und der finanziellen Unterstützung von Ländern und Kommunen beim Ausbau der Kindertagesbetreuung, setzt sich die Bundesregierung bereits jetzt für eine verstärkte Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte, die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen sowie älterer Personen und einen weiteren Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit ein.

5.2 Stabilisierung der Finanzmärkte

Auch im Bereich der Finanzmarktregulierung hat die Bundesregierung bereits wichtige Reformen umgesetzt, wie sie die Enquete-Kommission jetzt vorgeschlagen hat. Die im Bericht der Enquete-Kommission geforderte europäische Bankenaufsicht wurde mit dem einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) auf den Weg gebracht. Damit erhält die Europäische Zentralbank (EZB) die direkte Aufsicht über "bedeutende" Kreditinstitute in den am SSM teilnehmenden Mitgliedstaaten. Die EZB wird die Aufsichtstätigkeit voraussichtlich im 3. Quartal 2014

übernehmen. Darüber hinaus wird die Europäische Kommission im Laufe des Jahres 2013 einen Vorschlag für einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus für die am SSM teilnehmenden Mitgliedstaaten vorlegen. Dieser soll einen wirksamen Rahmen zur Abwicklung von Finanzinstituten bieten und die Steuerzahler im Falle von Bankenkrisen schützen. Zudem soll er auf Beiträgen des Finanzsektors basieren und eine geeignete Letztsicherung einschließen, die mittelfristig haushaltsneutral sein soll. In den Verhandlungen wird sich die Bundesregierung für die Einhaltung einer Haftungsstruktur einsetzen, die mit der Eigenverantwortung der Finanzinstitute konsistent ist und den jeweiligen Mitgliedstaat einbezieht.

Die Bundesregierung setzt sich aktiv für angemessene, transparente und auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtete Vergütungssysteme im Finanzsektor ein. Zum Schutz von Solvenz und Finanzmarktstabilität wurden in Deutschland bereits im Jahr 2010 Sonderregelungen für das Management und die Mitarbeiter von Banken und Versicherungen eingeführt, die u. a. Vorgaben für ein angemessenes Verhältnis zwischen fixer und variabler Vergütung sowie eine Pflicht zur Offenlegung der Ausgestaltung von Vergütungssystemen enthalten. Zudem hat die Bundesregierung am 8. Mai 2013 im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zur Änderung des Aktiengesetzes (Aktienrechtsnovelle 2012) beschlossen, die Eigentümerrechte durch größere Vergütungstransparenz und Übertragung von Entscheidungs- und Kontrollkompetenz auf die Hauptversammlung zu stärken. Auf europäischer Ebene wird im Rahmen der Umsetzung der Bankenregulierung nach Basel III mit der Richtlinie über Eigenkapitalanforderungen im Bankenbereich erstmals eine Begrenzung der gesamten variablen Vergütung auf die Höhe des Festgehalts eingeführt.

Die Bundesregierung befürwortet die Trennung risikoreicher Geschäfte vom Einlagen- und Kundengeschäft und

WACHSTUM, WOHLSTAND UND LEBENSQUALITÄT IN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

hat am 6. Februar 2013 den Entwurf eines Gesetzes zur Abschirmung von Risiken und zur Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Finanzgruppen beschlossen. Die vorgesehenen Regelungen erhalten das Universalbanksystem. Der Gesetzentwurf folgt weitgehend den Erkenntnissen und Empfehlungen für strukturelle Reformen zur Stärkung des Finanzsystems einer EU-Expertengruppe unter Leitung des finnischen Notenbankpräsidenten Errki Liikanen vom Oktober 2012. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass bei systemrelevanten Banken das Kundengeschäft von den Risiken aus spekulativen Geschäften abgeschirmt wird.

Banken, die bestimmte Schwellenwerte überschreiten, müssen insbesondere das Eigengeschäft, also den Handel mit Finanzinstrumenten auf eigene Rechnung, der nicht Dienstleistung für andere ist, abtrennen. Die Pflicht zur Abschirmung soll ab 1. Juli 2016 gelten.

Die Enquete-Kommission hat mit ihrem Bericht einen wichtigen Beitrag zur Debatte über die Bedeutung gesunder öffentlicher Finanzen für Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität geleistet. Das BMF wird die dazu formulierten Vorschläge intensiv prüfen sowie die weitere Diskussion zur Umsetzung begleiten.

PRIVATISIERUNG DER TLG WOHNEN GMBH UND DER TLG IMMOBILIEN GMBH

Privatisierung der TLG WOHNEN GmbH und der TLG IMMOBILIEN GmbH

- Mit dem Verkauf der TLG WOHNEN GmbH und der TLG IMMOBILIEN GmbH ist dem Bund die größte Unternehmensprivatisierung der vergangenen fünf Jahre gelungen.
- Der Bundeshaushalt konnte dank der Privatisierungserlöse um gut 800 Mio. € entlastet werden.
- Die Privatisierung erfolgte sozialverträglich. Die Wohnungsmieter sind durch eine Sozialcharta geschützt, deren Einhaltung von einer unabhängigen Ombudsstelle überwacht wird.

1	Einleitung	27
	Hintergrund	
	Privatisierungs entscheidung	
	Vorbereitung des Verkaufsverfahrens	
	Ablauf des Privatisierungsverfahrens	
	Zuschlagsentscheidung	
	Mieterschutz	
	Rewerting	30

1 Einleitung

Ende 2012 ist es dem BMF in der größten Unternehmensprivatisierung seit fünf Jahren gelungen, die TLG WOHNEN GmbH an die börsennotierte TAG Immobilien AG und die TLG IMMOBILIEN GmbH an einen Fonds eines Privat-Equity-Unternehmens zu verkaufen. Es handelte sich zugleich um die größte Immobilientransaktion in Deutschland im Jahr 2012. Mit dem Verkauf dieser beiden führenden ostdeutschen Immobilienunternehmen konnte ein Kapitel "Aufbau Ost" erfolgreich abgeschlossen werden. Eine von einer unabhängigen Ombudsstelle überwachte Sozialcharta stellt sicher, dass die Interessen der Wohnungsmieter gewahrt werden.

2 Hintergrund

Die TLG IMMOBILIEN ist aus der Treuhandanstalt hervorgegangen; 1995 wurde der Bund Alleingesellschafter. Sie feierte 2011 ihr 20-jähriges Bestehen. Die TLG IMMOBILIEN

übernahm von der Treuhandanstalt über 100 000 sogenannte nicht betriebsnotwenige Grundstücke ehemals volkseigener Betriebe in den neuen Ländern. Bis zum Jahr 2000 bestand ihr Auftrag darin, Immobilien an Alteigentümer zurückzugeben sowie an Investoren zu verkaufen. Die TLG IMMOBILIEN hat hierdurch in erheblichem Umfang dazu beigetragen, dass Investitionen in die neuen Länder fließen konnten und Arbeitsplätze erhalten oder geschaffen wurden. Im Jahr 2000 wurde die TLG IMMOBILIEN strategisch neu ausgerichtet. Sie ist seither als aktiver Portfoliomanager mit den Kernkompetenzen Vermietung, Entwicklung sowie An- und Verkauf tätig gewesen. Seit 2002 erwirtschaftete sie durchgängig Gewinne. Sie entwickelte sich in der Folge zum führenden Immobilienunternehmen in Ostdeutschland. 80% ihres Gewerbeportfolios befinden sich in den ostdeutschen Wachstumsregionen Ostseeküste, Metropolregion Berlin sowie dem mitteldeutschen Kernraum mit der Region entlang der Bundesautobahn A 4 und der Region Halle/Leipzig. Zu ihrem Bestand gehören so bekannte Adressen wie die Kulturbrauerei in Berlin und das Hotel

PRIVATISIERUNG DER TLG WOHNEN GMBH UND DER TLG IMMOBILIEN GMBH

de Saxe an der Frauenkirche in Dresden. Die TLG IMMOBILIEN ist besonders stark in den Segmenten Einzelhandel und Büro aufgestellt. Hier verfügt sie etwa über zahlreiche Discounter-Märkte, die überwiegend von führenden Einzelhandelsketten betrieben werden.

3 Privatisierungsentscheidung

2008 musste ein erster Anlauf zur Privatisierung der TLG IMMOBILIEN auf dem Höhepunkt der Finanzkrise abgebrochen werden, weil Banken seinerzeit nicht in der Lage waren, den Bietern die erforderlichen Finanzierungen zur Verfügung zu stellen. Im Sommer 2011 entschied das BMF, die TLG IMMOBILIEN erneut zum Verkauf auszuschreiben. Da nach der Umgestaltung der TLG IMMOBILIEN zu einem "normalen" Immobilienunternehmen kein Bundesinteresse mehr an einer Beteiligung bestand, war der Bund nach der Bundeshaushaltsordnung zum Verkauf verpflichtet. Aufgrund der großen Nachfrage von in- und ausländischen Investoren nach deutschen Immobilien erhoffte sich das BMF einen attraktiven Kaufpreis.

4 Vorbereitung des Verkaufsverfahrens

Zur Verbesserung der Vermarktungschancen wurden Anfang 2012 rund 11 500 Wohnungen von der TLG IMMOBILIEN auf die neu gegründete TLG WOHNEN abgespalten, deren Alleingesellschafter ebenfalls der Bund war. Die TLG IMMOBILIEN wurde hierdurch zu einem reinen Gewerbeimmobilienunternehmen mit Schwerpunkten in den Segmenten Einzelhandel, Büro, Hotels und Pflegeheime. Die Kompetenzen im Segment Wohnen wurden in der TLG WOHNEN gebündelt. Dies ermöglichte es dem Bund, neben der TLG-Gruppe als ganze alternativ die Wohnimmobilien-

und die Gewerbeimmobiliengesellschaft getrennt anzubieten. Diese Entscheidung hat sich als richtig erwiesen. Auf diese Weise ist es gelungen, im Vergleich zum ersten Privatisierungsanlauf im Jahr 2008 das Bieterfeld zu verbreitern und den Wettbewerb zu erhöhen. Hierdurch wurde strategischen Investoren eine Beteiligung am Verkaufsverfahren ermöglicht. Das BMF wurde im Privatisierungsverfahren von der Barclays Bank, Frankfurt, als Transaktionsberater und von der Anwaltskanzlei White & Case, Berlin, als Rechtsberater unterstützt.

5 Ablauf des Privatisierungsverfahrens

Im März 2012 wurden die TLG IMMOBILIEN und die TLG WOHNEN weltweit zum Verkauf ausgeschrieben. Eine große Zahl von Investoren bekundete Interesse. In einem gestuften Verfahren wurde das Teilnehmerfeld sukzessive auf die Bieter mit den größten Erwerbschancen reduziert. Von Juli bis September 2012 konnten die attraktivsten Bieter im Rahmen einer sogenannten Due Diligence eine eingehende Prüfung der Unternehmen durchführen. Im Vorfeld wurde hierfür ein umfangreicher elektronischer Datenraum errichtet, der mehrere 100 000 Seiten umfasste. Zudem stellte das BMF den Bietern von unabhängigen Dienstleistern erstellte sogenannte Vendor-Due-Diligence-Berichte zur Verfügung. Diese enthielten Informationen zur finanziellen und wirtschaftlichen Situation, zu rechtlichen und steuerlichen Risiken, zu Umweltrisiken und zum Zustand der Immobilien beider Gesellschaften. Nach Abschluss der Due Diligence und weiterer Begrenzung des Bieterfelds führte das BMF im Oktober 2012 parallele Kaufvertragsverhandlungen mit mehreren Bietern. Hieran schlossen sich im November 2012 wirtschaftliche Verhandlungen an. Dem BMF gelang es, bis zum Abschluss des Verfahrens die weiterbestehende Wettbewerbssituation zu nutzen und die Bieter zu einer Nachbesserung ihrer Kaufpreisangebote zu bewegen.

PRIVATISIERUNG DER TLG WOHNEN GMBH UND DER TLG IMMOBILIEN GMBH

6 Zuschlagsentscheidung

Nach Abschluss der Verhandlungen traf das BMF die Entscheidung, die TLG IMMOBILIEN und die TLG WOHNEN getrennt zu verkaufen, da sich hierdurch ein deutlich höherer Kaufpreis als bei einem Gesamtverkauf der TLG-Gruppe erzielen ließ. Den Zuschlag für die TLG WOHNEN erhielt die TAG Immobilien AG mit Sitz in Hamburg, die bereits zuvor über einen großen Wohnungsbestand in den neuen Bundesländern verfügte. Für diese Entscheidung spielten, neben dem attraktiven Kaufpreis, der gute Ruf der TAG Immobilien AG und die Bereitschaft zum Abschluss einer umfangreichen Sozialcharta eine wichtige Rolle. Die TAG Immobilien AG bot 471 Mio. € (einschließlich übernommener Verbindlichkeiten von 256 Mio. €); hiervon flossen 218 Mio. € in den Bundeshaushalt. Als Bestandshalter ist die TAG Immobilien AG an guten und langfristigen Beziehungen zu ihren Mietern interessiert. Die im MDAX notierte TAG Immobilien AG finanzierte den Erwerb über eine Kapitalerhöhung.

Den Zuschlag für die TLG IMMOBILIEN erhielt der Fonds eines Private-Equity-Unternehmens. Dieser bot rund 1,1 Mrd. €.
Nach Abzug der Verbindlichkeiten flossen rund 594 Mio. € in den Bundeshaushalt.
Lone Star ist es in einem nach wie vor nicht leichten Finanzierungsumfeld für Gewerbeimmobilienportfolien dieser Größe gelungen, die Unterstützung eines Bankenkonsortiums für die Finanzierung des Erwerbs zu erhalten. Der Bund musste weder bei dem Verkauf der TLG IMMOBILIEN noch der TLG WOHNEN ein Finanzierungsrisiko tragen.

Der Verkauf der TLG entlastet den Bundeshaushalt um mehr als 800 Mio. €. Hinzu kommen Ausschüttungen der TLG IMMOBILIEN von rund 120 Mio. €, die seit 2009 in den Bundeshaushalt geflossen sind.

7 Mieterschutz

Zugleich ist die Bundesregierung ihrer sozialen Verantwortung für die Wohnungsmieter gerecht geworden. Sie hat damit im Vorfeld aus dem politischem Raum geäußerten Befürchtungen und Kritik widerlegt. Die mit der TAG Immobilien AG vereinbarte Sozialcharta schützt die Bestandsmieter der TLG WOHNEN (nunmehr umbenannt in TAG Wohnen GmbH) über den gesetzlichen Mieterschutz hinaus vor Verschlechterungen. Schwerbehinderte sowie Mieter über 60 Jahre erlangen ein lebenslanges Wohnrecht, wenn sie weiterhin ihre Vertragspflichten erfüllen. Mieterhöhungen wegen Luxussanierungen sind ausgeschlossen. Bei Umwandlung in Eigentumswohnungen erhalten die Bestandsmieter ein Vorkaufsrecht. Diese und andere Regelungen zum Schutz der Bestandsmieter sind inzwischen ergänzend in die Mietverträge aufgenommen worden. Auf diese Weise wird verhindert, dass sie durch Gestaltungsmöglichkeiten (wie z. B. Umwandlungen oder Weiterverkäufe) umgangen werden können. Darüber hinaus hat sich die TAG Immobilien AG zur Fortsetzung der bisherigen Instandhaltungspolitik verpflichtet. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass der gute Zustand der TLG-Wohnungen erhalten bleibt.

Eine unabhängige und aus dem Bundeshaushalt finanzierte Ombudsstelle

PRIVATISIERUNG DER TLG WOHNEN GMBH UND DER TLG IMMOBILIEN GMBH

wacht über die Einhaltung der Sozialcharta. Die Bestandsmieter der TLG WOHNEN können sich bei Verstößen gegen die Sozialcharta an die Ombudsstelle wenden, die für sie kostenlos tätig wird. Ihre Aufgabe ist es, die Interessen der Mieter gegenüber dem Vermieter durchzusetzen. Gelingt dies nicht, wird die Ombudsstelle das BMF informieren. Dieses kann dann empfindliche Vertragsstrafen geltend machen und auf Einhaltung der Sozialcharta klagen. Darüber hinaus ist die TAG Immobilien AG verpflichtet, einen jährlichen Bericht zur Einhaltung der Sozialcharta vorzulegen, welcher von der Ombudsstelle auf Richtigkeit zu prüfen ist. Sowohl durch die Mieterbeschwerden als auch den Jahresbericht ist sichergestellt, dass das BMF von Verstößen gegen die Sozialcharta Kenntnis erlangt und für Abhilfe sorgen kann. Bisher sind dem BMF

keine Verstöße gegen die Sozialcharta bekannt geworden.

8 Bewertung

Dem BMF ist es gelungen, die Privatisierung der TLG IMMOBILIEN und der TLG WOHNEN erfolgreich abzuschließen. Hierbei wurden alle Privatisierungsziele erreicht. Beide Gesellschaften konnten zu einem ordentlichen Preis verkauft werden, ohne dass der Bund Finanzierungsrisiken übernehmen musste. Daneben wurde mit dem Abschluss einer Sozialcharta und der Errichtung einer unabhängigen Ombudsstelle sichergestellt, dass die Interessen der Wohnungsmieter gewahrt werden.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die industrielle Produktion ist im April den dritten Monat in Folge angestiegen. Die Auftragseingänge sind trotz Rückgangs im aussagekräftigeren Zweimonatsvergleich weiterhin aufwärtsgerichtet. Zusammen mit der jüngsten Stimmungsverbesserung spricht dies für ein Anziehen der Industriekonjunktur im 2. Quartal.
- Der Arbeitsmarkt befindet sich insgesamt in einer guten Verfassung, obwohl der Beschäftigungsaufbau zuletzt nahezu stagnierte und die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl im Mai erneut leicht anstieg.
- Die moderate Preisniveauentwicklung setzte sich im Mai fort. Die j\u00e4hrliche Teuerungsrate liegt weiterhin deutlich unterhalb der Zwei-Prozent-Marke.

Die deutsche Wirtschaft ist gut in das 2. Quartal gestartet. Zusammen mit der Stimmungsverbesserung in den Unternehmen deuten die Konjunkturindikatoren darauf hin, dass die wirtschaftliche Schwächephase des Winterhalbjahrs 2012/2013 im laufenden Quartal überwunden werden dürfte.

Im 1. Quartal stabilisierte sich die gesamtwirtschaftliche Aktivität mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um preis-, kalender- und saisonbereinigt 0,1% gegenüber dem Vorquartal. Das Wachstum wurde allerdings durch den kalten und langen Winter gedämpft, sodass die konjunkturelle Grundtendenz höher zu veranschlagen ist. Positive Wachstumsimpulse kamen vor allem von der Zunahme der Privaten Konsumausgaben um 0,8 % gegenüber dem Vorquartal. Dies ist der höchste Anstieg seit dem 3. Quartal 2011. Hierzu dürfte die Zunahme der realen Nettolöhne beigetragen haben, die von Tariflohnsteigerungen, Beschäftigungsaufbau sowie von der deutlichen Verlangsamung des Preisniveauanstiegs profitierten. Zudem wirkte sich die Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung positiv auf die Nettolöhne und -gehälter aus. Auf der außenwirtschaftlichen Seite

schlug zu Buche, dass die Exporttätigkeit der deutschen Unternehmen durch die rückläufige wirtschaftliche Aktivität im Euroraum beeinträchtigt wurde. Da in realer Rechnung die Importe stärker zurückgegangen waren als die Exporte, kam es rein rechnerisch gleichwohl zu einem leicht positiven Impuls von den Nettoexporten. Die Ausrüstungsinvestitionen nahmen zum Jahresbeginn insgesamt zwar weiter ab (- 0,6 % gegenüber dem Vorquartal). Differenziert nach Sektoren steht dahinter jedoch ein sehr unterschiedliches Bild. Während die Ausrüstungsinvestitionen des Staates stark zurückgegangen waren, stabilisierte sich die Investitionstätigkeit der nichtstaatlichen Sektoren (+0,5% gegenüber Vorquartal), die im Verlauf des Jahres 2012 deutlich rückläufig gewesen waren. Dies könnte ein erstes Signal dafür sein, dass sich die mit der Schuldenkrise im Euroraum in Zusammenhang stehende abwartende Haltung der Investoren im Unternehmensbereich allmählich löst. Bei den Bauinvestitionen, die im 1. Quartal um 2,1% zurückgingen, sind die witterungsbedingten Beeinträchtigungen insbesondere bei den Nichtwohnbauten des Staatssektors (vor allem Tiefbau) zu erkennen, die im 1. Vierteljahr stark eingebrochen waren (- 22,0 % gegenüber Vorquartal).

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Am aktuellen Rand hat sich die Außenhandelstätigkeit Deutschlands zu Beginn des 2. Vierteljahres wieder etwas erholt. So stiegen die nominalen Warenexporte im April gegenüber dem Vormonat merklich an und zeigen nunmehr im aussagekräftigeren Zweimonatsvergleich (März/April gegenüber Januar/Februar) eine leichte Aufwärtsbewegung. Nach Ursprungswerten lag das nominale Ausfuhrergebnis von Januar bis April 2013 ebenfalls leicht über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Dabei nahmen die Ausfuhren in Drittländer und in die EU-Länder außerhalb des Euroraums zu (+3,1% beziehungsweise +1,7), während sich die Exporte in den Euroraum (-2,0%) spürbar verringerten.

Die nominalen Warenimporte verzeichneten im April ebenfalls einen spürbaren Anstieg und sind damit im Zweimonatsvergleich nunmehr nahezu seitwärtsgerichtet. Im Zeitraum Januar bis April gingen die Einfuhren nach Ursprungswerten gegenüber dem Vorjahr jedoch merklich zurück. Am stärksten war dabei der Importrückgang aus Drittländern (-4,8%), der insbesondere von den stark gesunkenen Einfuhrpreisen vor allem für Mineralölprodukte und Metalle – beeinflusst worden sein dürfte. Die Verringerung von Importen aus Drittländern trug auch zu einem Rückgang der Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer um 9,8 % im Zeitraum Januar bis Mai gegenüber dem entsprechenden Vorjahresniveau bei. Demgegenüber verzeichneten die Wareneinfuhren aus den EU-Ländern außerhalb des Euroraums einen deutlichen Anstieg (+3,5%), während die Importe aus den Ländern des Euroraums moderat zurückgingen (- 0,7%).

Die Handelsbilanz wies nach Ursprungswerten im Zeitraum von Januar bis April 2013 einen Überschuss von 67,4 Mrd. € aus und nahm damit um 7,5 Mrd. € gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zu. Der Leistungsbilanzüberschuss lag mit 62,7 Mrd. € ebenfalls merklich oberhalb des Vorjahresniveaus (gegenüber Januar bis April 2012: +5,0 Mrd. €).

Insgesamt signalisieren die vorlaufenden Indikatoren, dass sich die Außenhandelstätigkeit im weiteren Jahresverlauf wieder moderat beleben dürfte. So weisen der leichte Anstieg des OECD Composite Leading Indicator und der des globalen Einkaufsmanagerindex darauf hin, dass die Weltwirtschaft langsam wieder an Fahrt gewinnen könnte. Dabei kommen positive Konjunktursignale vor allem aus den Vereinigten Staaten und aus Japan. Die wirtschaftliche Schwäche in den Ländern des Euroraums dürfte den deutschen Außenhandel jedoch auch weiterhin belasten. Dafür sprechen die Abwärtskorrektur der jüngsten Wachstumserwartungen der OECD, der Deutschen Bundesbank sowie ein gemäß ifo Umfrage unverändert eingetrübtes Wirtschaftsklima im Euroraum. Vor diesem Hintergrund signalisieren auch die vorlaufenden Indikatoren für Deutschland eine eher verhaltene Exportentwicklung. So sind die Exporterwartungen der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe (ifo Umfrage) zuletzt leicht gesunken, und die vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) befragten Unternehmen erwarten zwar eine im weiteren Verlauf robuste Exporttätigkeit, aber keine hohe Dynamik.

Nach der bereits leichten Erholung im 1. Quartal ist die deutsche Industrie wieder schwungvoller ins 2. Quartal gestartet. Dabei stieg die Industrieproduktion im April bereits den dritten Monat in Folge an. Dies war insbesondere auf einen kräftigen Anstieg der Investitionsgüterproduktion zurückzuführen (+4,0%). Insbesondere die Produktion von Kraftwagen- und Kraftwagenteilen sowie die Herstellung im Maschinenbau wurden im April deutlich ausgeweitet. Die Herstellung von Vorleistungsgütern war im April hingegen leicht rückläufig, während die Konsumgüterproduktion nahezu auf dem Niveau des Vormonats verharrte. Im Zweimonatsvergleich ist die industrielle

$\ \ \square$ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Finanz politisch wichtige Wirtschafts daten

	2012				Veränderung ir	% gegenüb	er		
Gesamtwirtschaft/Einkommen	Mrd.€	ggü. Vorj. in%	Vorpe	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
	bzw. Index		3.Q.12	4.Q.12	1.Q.13	3.Q.12	4.Q.12	1.Q.13	
Bruttoinlandsprodukt									
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	111,0	+0,7	+0,2	-0,7	+0,1	+0,4	+0,0	-1,4	
jeweilige Preise	2 644	+2,0	+0,6	-0,4	+1,2	+1,8	+1,5	+0,7	
Einkommen									
Volkseinkommen	2 035	+2,5	-0,1	-0,5	+2,1	+1,9	+1,3	+0,8	
Arbeitnehmerentgelte	1 378	+3,7	+0,6	+1,0	+0,6	+3,8	+3,7	+3,4	
Unternehmens- und									
Vermögenseinkommen	657	+0,1	-1,3	-3,7	+5,6	-1,2	-4,4	-3,8	
Verfügbare Einkommen									
der privaten Haushalte	1 668	+2,3	+0,2	+0,6	+0,5	+1,6	+1,7	+0,5	
Bruttolöhne ugehälter	1 127	+4,0	+0,5	+0,9	+0,9	+3,9	+3,9	+3,6	
Sparen der privaten Haushalte	175	+1,6	-1,6	-1,9	-0,2	+1,5	-1,9	-3,3	
<u> </u>		2012			Veränderung ir	n%gegenüb	er		
Außenhandel/Umsätze/Produktion/Auf	f		Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr ¹			
tragseingänge	Mrd. € bzw. Index	ggü.Vorj. in%	Mrz 13	Apr 13	Zweimonats- durchschnitt	Mrz 13	Apr 13	Zweimonats	
in jeweiligen Preisen									
Außenhandel (Mrd. €)									
Waren-Exporte	1 097	+3,4	+0,5	+1,9	+0,9	-4,2	+8,5	+1,7	
Waren-Importe	909	+0,7	+0,7	+2,3	-0,1	-7,0	+5,2	-1,2	
in konstanten Preisen von 2010									
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)	105,8	-0,4	+1,2	+1,8	+2,4	-2,4	+1,0	-0,8	
Industrie ²	106,8	-0,6	+1,2	+1,5	+2,4	-1,6	+1,5	-0,1	
Bauhauptgewerbe	105,9	-1,0	-4,2	+6,7	-1,8	-11,9	-0,2	-6,1	
Umsätze im produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)									
Industrie ²	105,9	-0,6	+1,4	+1,1	+2,2	-1,9	+0,9	-0,6	
Inland	104,8	-1,6	+1,3	-1,0	+0,6	-3,3	-2,6	-3,0	
Ausland	107,0	+0,4	+1,6	+3,4	+3,9	-0,4	+4,6	+1,9	
Auftragseingang (Index 2010 = 100)									
Industrie ³	103,2	-3,8	+2,3	-2,3	+2,3	-0,3	-0,4	-0,3	
Inland	100,8	-5,6	+2,0	-3,2	+1,4	-1,0	-3,1	-2,0	
Ausland	105,1	-2,3	+2,7	-1,5	+3,0	+0,2	+2,0	+1,0	
Bauhauptgewerbe	105,4	+4,4	-5,5		+6,1	-5,3		-2,8	
Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)									
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	101,1	+0,0	-0,1	-0,4	-0,7	-2,5	+1,8	-0,4	

☐ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2012		Veränderung in Tausend gegenüber					
Arbeitsmarkt	Personen Mio.	ggü. Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt Vorjahr					
			Mrz 13	Apr 13	Mai 13	Mrz 13	Apr13	Mai 13
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,90	-2,6	+12	+6	+21	+70	+57	+82
Erwerbstätige, Inland	41,62	+1,1	+20	+1		+300	+277	
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29,00	+1,8	-6			+368		
	2012		Veränderung in % gegenüber					
Preisindizes 2005=100		ggü. Vorj. in %	Vorperiode			Vorjahr		
2003 100	Index	ggu. vorj. III //s	Mrz 13	Apr 13	Mai 13	Mrz 13	Apr 13	Mai 13
Importpreise	119,4	+2,1	-0,1	-1,4		-2,3	-3,2	
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	118,3	+2,1	-0,2	-0,2		+0,4	+0,1	
Verbraucherpreise ³	104,1	+2,0	+0,5	-0,5	+0,4	+1,4	+1,2	+1,5
ifo Geschäftsklima	saisonbereinigte Salden							
gewerbliche Wirtschaft	Okt 12	Nov 12	Dez 12	Jan 13	Feb 13	Mrz 13	Apr 13	Mai 13
Klima	-6,8	-4,0	-2,1	+1,4	+7,3	+6,0	+1,5	+4,1
Geschäftslage	+3,5	+5,0	+3,2	+5,0	+9,1	+8,5	+3,5	+8,6
Geschäftserwartungen	-16,5	-12,5	-7,3	-2,2	+5,6	+3,6	-0,5	-0,4

¹Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bau saisonbereingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

Erzeugung jedoch in allen drei Gütergruppen aufwärtsgerichtet.

Auch der Umsatz in der Industrie stieg im April merklich an. Dabei nahmen die Auslandsumsätze um saisonbereinigt 3,4% kräftig zu, während die Inlandsumsätze zurückgingen. Insgesamt ist die industrielle Umsatzentwicklung der Tendenz nach deutlich aufwärtsgerichtet.

Das Bestellvolumen ging im April zwar – nach zwei Anstiegen in Folge – spürbar zurück.
Dabei fiel der Rückgang der inländischen Auftragseingänge etwas stärker aus als die Abnahme der Auslandsorder. Der Rückgang der Bestellungen war jedoch ausschließlich auf das unterdurchschnittlich niedrige Volumen an Großaufträgen zurückzuführen. So nahmen die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe - um Großaufträge bereinigt - auch im April merklich zu. Im aussagekräftigeren

Zweimonatsvergleich ist das Bestellvolumen insgesamt und in allen drei Gütergruppen aufwärtsgerichtet.

Insgesamt steht die positive Entwicklung der Industrieindikatoren am aktuellen Rand im Einklang mit der jüngsten Stimmungsaufhellung im Verarbeitenden Gewerbe (ifo und markit-Umfrage) und deutet darauf hin, dass im 2. Quartal wieder mit einer günstigeren Industriekonjunktur zu rechnen sein dürfte. Die temporäre Schwächephase in der Industrie könnte somit allmählich überwunden sein.

Auch die Bauproduktion erholte sich am aktuellen Rand wieder, nachdem diese aufgrund des ungewöhnlich kalten und langen Winters in den Vormonaten deutlich rückläufig gewesen war. Darauf deutet auch die jüngst wieder etwas positivere Lagebeurteilung im Bauhauptgewerbe hin.

³Ohne Energie.

⁴Index 2010 = 100.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Mit Blick auf die kommenden sechs Monate sind die Unternehmen im Bauhauptgewerbe (ifo Umfrage) zwar weniger zuversichtlich als noch im vorangegangen Monat. Der entsprechende Teilindikator befindet sich jedoch auch weiterhin deutlich oberhalb seines langjährigen Durchschnitts.

Nach einem deutlichen Anstieg der Privaten Konsumausgaben im 1. Quartal dieses Jahres sprechen die vorlaufenden Stimmungsindikatoren für eine weiterhin günstige Entwicklung des privaten Konsums im 2. Quartal, wenngleich der Einzelhandelsumsatz ohne Kfz im April leicht rückläufig war. So setzte sich der Aufwärtstrend der von der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) ermittelten Verbraucherstimmung im Verlauf des 2. Quartals fort. Insbesondere die Einkommenserwartung und die Anschaffungsneigung legten auf bereits hohem Niveau nochmals zu. Aus dem Beschäftigungsaufbau und den Tariflohnerhöhungen resultierende Einkommensverbesserungen und die moderate Preisniveauentwicklung begünstigen die Kaufkraft der Konsumenten. Dies dürfte die Bereitschaft der Verbraucher, größere Anschaffungen zu tätigen, erhöht haben. Zudem wollen die Konsumenten offenbar angesichts des weiterhin niedrigen Zinsniveaus weniger sparen, wie der erneute Rückgang der Sparneigung zeigt. Das niedrige Zinsniveau trägt damit ebenfalls zu einer höheren Anschaffungsneigung bei. Auch die Einzelhändler schätzten im April und Mai ihre Lage etwas optimistischer ein als im jeweiligen Vormonat.

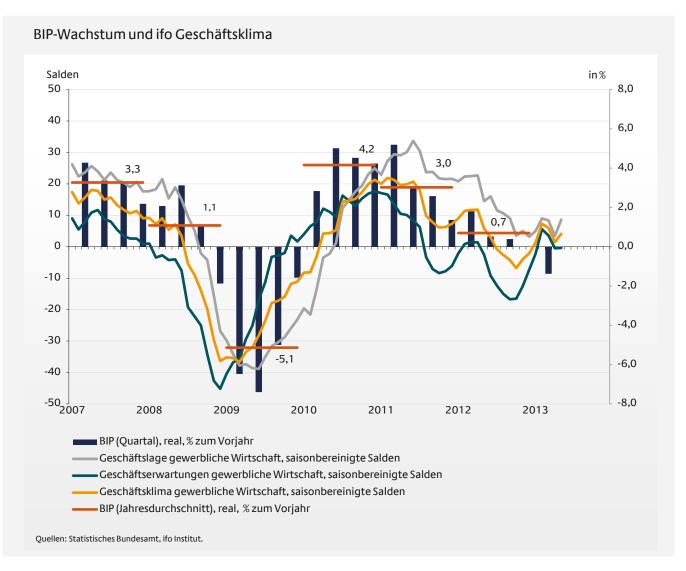
Bis in den April reichende witterungsbedingte Einschränkungen und die vorangegangene Konjunkturdelle beeinträchtigten hingegen die aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt etwas. So stieg die saisonbereinigte Zahl der arbeitslosen Personen im Mai zum vierten Mal in Folge leicht an. Die Zahl registrierter Arbeitsloser (nach Ursprungszahlen) betrug im Mai 2,9 Millionen Personen, womit das Vorjahresniveau um 82 000 Personen überschritten wurde. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag mit 6,8 % geringfügig höher als vor einem Jahr (+ 0,1 Prozentpunkte).

Die Erwerbstätigenzahl (Inlandskonzept) stieg nach Ursprungswerten im April im Vergleich zum Vorjahr um 0,7% an und erreichte nunmehr ein Niveau von 41,7 Millionen Personen. Die weiterhin günstige Beschäftigungsentwicklung im Vorjahresvergleich begünstigte auch die Einnahmen aus Lohnsteuern. So lag das Bruttoaufkommen (vor Abzug des Kindergeldes und der Altersvorsorgezulage) für den Zeitraum Januar bis Mai 2013 um 5,4% über dem entsprechenden Vorjahresniveau. In saisonbereinigter Rechnung stagnierte die Zahl der Erwerbstätigen im April nahezu.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sank im März 2013 (nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit) saisonbereinigt marginal (-6000 Personen). Dieser Rückgang ist vor allem auf eine Verringerung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Baugewerbe um 10 000 Personen zurückzuführen. Auch im Vorjahresvergleich (nach Ursprungswerten) gab es im Baugewerbe Beschäftigungsverluste (-4000 Personen), nachdem sie im Februar noch um 17 000 Personen angestiegen waren. Insgesamt war jedoch weiterhin ein deutlicher Beschäftigungsanstieg zu verzeichnen (+368 000 Personen gegenüber dem Vorjahr). Dabei setzte sich der Beschäftigungsaufbau im Bereich der Wirtschaftlichen Dienstleistungen (+ 150 000 Personen ohne Arbeitnehmerüberlassungen), im Gesundheitsund Sozialwesen (+95 000 Personen) sowie im Verarbeitenden Gewerbe (+ 56 000 Personen) nahezu unvermindert fort. Deutliche Beschäftigungsverluste gab es erneut vor allem im Bereich Arbeitnehmerüberlassungen (-56 000 Personen).

Insgesamt befindet sich der Arbeitsmarkt weiterhin in einer guten Verfassung. Es zeigen sich jedoch allmählich Bremsspuren infolge der konjunkturellen

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT



Schwäche der vorangegangenen Quartale. Darüber hinaus dürften auch Einschränkungen aufgrund der bis in den April hineinreichenden außergewöhnlich kalten Witterungsverhältnisse die Lage auf dem Arbeitsmarkt belastet haben. Dafür spricht zumindest der Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Baugewerbe - sowohl im Vergleich zum Vormonat als auch zum Vorjahr. Auch die sich auf einem vergleichsweise normalen Niveau befindliche Inanspruchnahme von konjunkturellem Kurzarbeitergeld deutet darauf hin, dass weniger konjunkturell bedingte Ursachen, sondern eher die witterungsbedingten Einschränkungen eine Rolle bei der aktuellen leichten Dämpfung auf dem Arbeitsmarkt gespielt haben.

Der Beschäftigungsaufbau dürfte sich im weiteren Jahresverlauf fortsetzen. Es ist allerdings zu erwarten, dass angesichts des bereits erreichten sehr hohen Beschäftigungsniveaus – der Bedarf an Arbeitskräften nicht mehr in dem Maße zunimmt wie in den vergangenen beiden Jahren. Für einen moderaten Beschäftigungsaufbau sprechen auch die vorlaufenden Stimmungsindikatoren. So waren die vom ifo Institut befragten Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes zuletzt hinsichtlich ihres Personalaufbaus etwas weniger zurückhaltend als einen Monat zuvor. Auch laut DIHK-Umfrage vom Frühsommer 2013 wollen die Unternehmen weiterhin Beschäftigung aufbauen. Dabei ist jedoch derzeit keine zunehmende Dynamik

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

zu erwarten. In diese Richtung deutet auch die Entwicklung des Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit, die seit Anfang 2012 in der Tendenz zwar rückläufig ist, sich aber dennoch auf einem hohen Niveau befindet.

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland überschritt im Mai das Vorjahresniveau um 1,5 %. Die Teuerungsrate fiel im Mai damit zwar etwas höher als im Vormonat aus. Insgesamt ist die Preisniveauentwicklung jedoch moderat, und die Zunahme des Verbraucherpreisniveaus liegt weiterhin deutlich unterhalb der Zweiprozentmarke. Der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus war im Mai in hohem Maße auf höhere Preise bei Nahrungsmitteln zurückzuführen (+ 5,4%). Auch die meisten Haushaltsenergieprodukte waren wesentlich teurer als vor einem Jahr, während sich die Mineralölprodukte wie Kraftstoffe und Heizöl deutlich verbilligten.

Der Preisauftrieb auf den vorgelagerten Preisstufen hat sich währenddessen am aktuellen Rand spürbar abgeschwächt. So unterschritt der Importpreisindex im April das Vorjahresniveau um 3,2%. Damit verbilligten sich die Einfuhrpreise im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat das vierte Mal in Folge. Dabei kosteten Importe von Mineralölerzeugnissen 14,1% weniger als vor einem Jahr. Ohne Rohöl und Mineralölerzeugnisse unterschritten die Importpreise das Vorjahresniveau um 1,4%. Aber auch einige nichtenergetische Rohstoffe waren wesentlich billiger als vor einem Jahr. Dagegen war Getreide teurer als im April 2012. Der Anstieg des Erzeugerpreisniveaus flachte sich ebenfalls weiter ab. Mit + 0,1% gab es die niedrigste Jahresveränderungsrate seit März 2010 (-1,5%). Mineralölerzeugnisse verbilligten sich dabei gegenüber dem Vorjahr um 8,3%. Ohne die Berücksichtigung der Energiekomponente überschritten die Erzeugerpreise das Vorjahresniveau um 0,4%.

In dem insgesamt gemäßigten Preisklima spiegelt sich die bisher verhaltene globale wirtschaftliche Entwicklung wider. Für den weiteren Jahresverlauf wird in den meisten Prognosen nationaler und internationaler Institutionen zwar mit einer allmählich zunehmenden Dynamik der Weltwirtschaft gerechnet. Im Zusammenspiel der Nachfrageund Angebotsverhältnisse in Deutschland ist gleichwohl damit zu rechnen, dass in Deutschland die Preisniveauentwicklung ruhig bleibt. Dies erwarten auch die Verbraucher in der jüngsten Umfrage der GfK zum Konsumklima.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2013

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2013

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Mai 2013 im Vorjahresvergleich um 5,4% gestiegen. Neben den gemeinschaftlichen Steuern (+7,0%) verzeichneten auch die Ländersteuern (+16,0%) einen Zuwachs; die Bundessteuern unterschritten das Vorjahresniveau hingegen um 1,7%. Der Bund erzielte Mehreinnahmen von 3,1%. Die Länder verbuchten Zuwächse von 6,8% gegenüber dem Vorjahresvergleichsmonat.

Kumuliert für den Zeitraum Januar bis Mai 2013 konnten alle Ebenen das entsprechende Vorjahresniveau übertreffen. Dies gilt auch für den Anteil der Gemeinden an den Gemeinschaftsteuern (+ 8,1%). Die EU-Eigenmittel weisen mit 11,4% den höchsten Zuwachs in diesem Zeitraum auf. Damit im Zusammenhang steht die geringe Zuwachsrate des Bundes, der aufgrund des Anstiegs der EU-Abführungen nur eine Steigerung des Aufkommens um 1,4% zu verzeichnen hat. Die Entwicklung der Steuereinnahmen der Länder (+ 3,2%) wies hingegen wegen der gesunkenen Bundesergänzungszuweisungen eine geringere Dynamik auf.

Die Kasseneinnahmen der Lohnsteuer lagen im Mai 2013 um 8,0 % über dem Ergebnis vom Mai 2012. Die aus dem Aufkommen der Lohnsteuer zu leistenden Zahlungen von Kindergeld (+0,9%) und Altersvorsorgezulage (-0,8%) blieben nahezu unverändert. Das Volumen der Lohnsteuer vor Abzug des Kindergelds und der Altersvorsorgezulage erhöhte sich um 5.4 %. Damit scheint zwar auf den ersten Blick der seit Jahresbeginn zu beobachtende Trend zur Abschwächung der monatlichen Zuwachsraten des Bruttoaufkommens gestoppt. Allerdings mag hierbei auch die schwache Basis im Vorjahreszeitraum eine Rolle gespielt haben. In den Monaten Januar bis Mai 2013 übertrafen die Kasseneinnahmen das Niveau des Vorjahreszeitraums um 6,8 %.

Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer erhöhte sich im Mai 2013 gegenüber dem Vorjahresmonat von 0,1 Mrd. € auf 0,4 Mrd. €. Die veranlagte Einkommensteuer brutto weist mit 12,5 % deutliche Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahresmonat aus. Diese positive Entwicklung ist insbesondere auf den Anstieg der Nachzahlungen für das Veranlagungsjahr 2011 zurückzuführen. Die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG gingen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 4,5 % zurück. Für den Zeitraum Januar bis Mai 2013 ergibt sich für die veranlagte Einkommensteuer in der Kasse ein Zuwachs von 29,2%.

Die kassenmäßigen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer weisen im Berichtsmonat Mai 2013 ein Defizit von 0,4 Mrd. € aus; dies ist ein Rückgang gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,5 Mrd. €. Die Mindereinnahmen beruhen zum größten Teil auf Erstattungen im Rahmen des normalen Veranlagungsgeschäfts. Hier war es im Vormonat noch zu entsprechenden Mehreinnahmen gekommen, sodass von den üblichen Einnahmeschwankungen im Jahresverlauf ausgegangen werden kann. Diese Schwankungen stehen nicht im Zusammenhang mit der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung. Im kumulierten Zeitraum Januar bis Mai 2013 wurde das Aufkommen des Vorjahreszeitraums um rund 0,6 Mrd. € beziehungsweise 10,0 % übertroffen.

Die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag brutto nahmen im Mai gegenüber dem Vorjahresmonatsergebnis um 43,8 % zu. Die starke Aufkommensvolatilität der vergangenen drei Monate (März: - 46,8 %; April: + 45,7 %) kann zum überwiegenden Teil

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2013

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

		Veränderung		Veränderung	Schätzungen	Veränderun
2013	Mai	ggü. Vorjahr	Januar bis Mai	ggü. Vorjahr	für 2013 ⁴	ggü. Vorjah
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	11 827	+8,0	61 078	+6,8	157 150	+5,4
veranlagte Einkommensteuer	428	+223,8	12 020	+29,2	40 400	+8,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	2 892	+47,0	7314	-8,5	15 835	-21,1
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	454	-13,6	4 607	+0,0	8 360	+1,5
Körperschaftsteuer	-378	Х	5 752	+10,0	18 860	+11,4
Steuern vom Umsatz	17 370	+3,2	80 549	-0,4	198 200	+1,8
Gewerbesteuerumlage	194	+6,7	1 055	+1,2	3 8 6 0	+0,8
erhöhte Gewerbesteuerumlage	64	+11,6	865	-2,9	3 2 7 9	-0,9
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	32 852	+7,0	173 241	+3,6	445 944	+2,9
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 178	-1,8	10 658	-1,4	39 500	+0,5
Tabaksteuer	1 189	+1,9	4 655	-0,8	13 950	-1,4
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	182	+2,5	902	-0,0	2 100	-1,0
Versicherungsteuer	829	+3,8	6 9 2 5	+4,3	11350	+1,9
Stromsteuer	575	+4,4	2 978	+5,0	7 000	+0,4
Kraftfahrzeugsteuer	770	-3,6	3 925	+0,7	8 500	+0,7
Luftverkehrsteuer	62	-15,9	324	-4,3	960	+1,2
Kernbrennstoffsteuer	0	X	0	Х	1 400	-11,2
Solidaritätszuschlag	1 052	+2,1	5 438	+4,9	14000	+2,8
übrige Bundessteuern	126	+8,1	636	-2,0	1 522	+0,0
Bundessteuern insgesamt	7 964	-1,7	36 440	+0,5	100 282	+0,5
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	404	+17,6	1 801	+3,8	4235	-1,6
Grunderwerbsteuer	675	+18,5	3 473	+15,9	8 260	+11,8
Rennwett- und Lotteriesteuer	140	+11,1	712	+17,2	1 560	+9,0
Biersteuer	58	-3,4	253	-5,1	665	-4,5
Sonstige Ländersteuern	24	+7,3	225	+2,9	382	+0,7
Ländersteuern insgesamt	1 301	+16,0	6 465	+11,0	15 102	+6,3
EU-Eigenmittel						
Zölle	333	+2,2	1 680	-6,7	4500	+0,8
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	171	+18,0	1 196	+7,7	2 150	+6,0
BNE-Eigenmittel	1 693	+16,0	12 596	+14,8	23 960	+20,9
EU-Eigenmittel insgesamt	2 197	+13,8	15 473	+11,4	30 610	+16,3
Bund ³	19 821	+3,1	94 617	+1,4	258 709	+0,9
Länder ³	18 191	+6,8	94 611	+3,2	241 917	+2,4
EU	2 197	+13,8	15 473	+11,4	30 610	+16,3
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 239	+8,7	13 125	+8,1	34 592	+5,4
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	42 449	+5,4	217 826	+3,2	565 828	+2,5

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 $^{^2\,}Nach\,Abzug\,der\,Kindergelder stattung\,durch\,das\,Bundeszentralamt\,f\"ur\,Steuern.$

 $^{^3}$ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2013.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2013

auf die Fluktuation der Ausschüttungstermine zurückgeführt werden – von einer wesentlichen Erhöhung der Dividenden ist hingegen nicht auszugehen. Die Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern gingen um 12,3 % zurück. Die Entwicklung des Kassenaufkommens verzeichnet einen Anstieg um 47,0 %. Im Zeitraum Januar bis Mai gingen die Kasseneinnahmen insgesamt um 8,5 % zurück.

Das Volumen der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge reduzierte sich gegenüber dem Mai 2012 deutlich um 13,6 %. Im kumulierten Zeitraum Januar bis Mai 2013 wurde jedoch aufgrund der guten Entwicklung im aufkommensstarken Monat Januar noch Stagnation gegenüber der Vorjahresperiode erreicht.

Die Steuern vom Umsatz lagen im Berichtsmonat Mai 2013 um 3,2 % über dem Ergebnis des Vorjahresvergleichsmonats. Von den beiden Komponenten der Steuern vom Umsatz wies die Einfuhrumsatzsteuer einen Rückgang um 8,6 % auf. Dieser ergibt sich - ausgehend von einem hohen Vorjahresniveau – aus den stark gesunkenen Einfuhrpreisen vor allem für Mineralölprodukte und Metalle aus Drittländern; auch die deutlich rückläufigen Importvolumina aus diesen Ländern belasteten die Einnahmen. Hingegen stieg das Aufkommen aus der (Binnen-) Umsatzsteuer um 7,9 %. Das kumulierte Aufkommen Januar bis Mai 2013 der Steuern vom Umsatz unterschreitet das Niveau des Vorjahreszeitraums trotz des guten Mai-Ergebnisses immer noch um 0,4%. Aufgrund der erwarteten Zunahme der für das Aufkommen relevanten Aggregate

der Inlandsnachfrage kann weiterhin im Jahresverlauf von einer Verbesserung der Aufkommenssituation bei den Steuern vom Umsatz ausgegangen werden.

Die reinen Bundessteuern verzeichneten im Mai 2013 im Vorjahresvergleich Mindereinnahmen von 1,7 %. Zum überwiegenden Teil ist dieser Rückgang auf die Entwicklung bei der Energiesteuer (-1,8%) und der Kraftfahrzeugsteuer (-3,6%) zurückzuführen. Auch das Aufkommen aus der Luftverkehrsteuer unterschritt das Voriahresergebnis um 15.9 %. Kernbrennstoffsteuer fiel im Mai 2013 nicht an, während hier im Mai 2012 noch Einnahmen in Höhe von 0,1 Mrd. € erzielt worden waren. Das Tabaksteueraufkommen weist hingegen einen Anstieg von 1,9 % auf. Zuwächse sind ebenfalls bei der Versicherungsteuer (+ 3,8 %), der Stromsteuer (+4,4%) und dem Solidaritätszuschlag (+2,1%) zu vermelden. Im Zeitraum Januar bis Mai 2013 wurden bei den Bundessteuern insgesamt Mehreinnahmen von 0,5 % verbucht.

Die reinen Ländersteuern überschritten im Berichtsmonat das Vorjahresniveau um 16,0 %. Getragen wird dieses Ergebnis insbesondere von der positiven Entwicklung bei der Grunderwerbsteuer (+ 18,5 %) – welche bereits in den vergangenen Monaten stark anstieg – und bei der Erbschaftsteuer (+ 17,6 %). Aber auch die Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 11,1 %) und die Feuerschutzsteuer (+ 8,5 %) übertrafen das Vorjahresniveau. Lediglich bei der Biersteuer (- 3,4 %) waren Mindereinnahmen zu verbuchen. Im Zeitraum Januar bis Mai 2013 liegt das Aufkommen der Ländersteuern bei + 11,0 %.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Mai 2013

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Mai 2013

Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich von Januar bis einschließlich Mai 2013 auf 128,9 Mrd. €. Sie lagen um 1,6 Mrd. € (+1,3%) über dem Ergebnis des Vergleichszeitraums des Vorjahres. Die auf Grundlage des ESM-Vertrags erfolgte Bereitstellung einer weiteren Rate (4,3 Mrd. €) des deutschen Anteils am Grundkapital des Europäischen Stabilitätsmechanismus wirkt sich hier ausgabensteigernd aus. Dem stehen Minderausgaben in anderen Bereichen entgegen, wie zum Beispiel der angesichts der positiven Beitragsentwicklung der Bundesagentur für Arbeit nicht mehr notwendigen Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung (- 3,4 Mrd. €).

Einnahmenentwicklung

Die Einnahmen des Bundes übertrafen bis einschließlich Mai mit 103,9 Mrd. € das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums um 2,2 Mrd. € (+2,2%). Die Steuereinnahmen beliefen sich auf 93,9 Mrd. €. Sie stiegen im Vorjahresvergleich um 1,3 Mrd. € (+1,4%) an. Die Verwaltungseinnahmen lagen mit 10,0 Mrd. € um 9,8 % über dem Ergebnis bis einschließlich Mai 2011.

Finanzierungssaldo

Die Aussagekraft der Zahlen zum jetzigen Zeitpunkt ist noch wenig belastbar. Der unterjährige Finanzierungssaldo und der jeweilige Kapitalmarktsaldo sind grundsätzlich keine Indikatoren, aus denen sich die erforderliche Nettokreditaufnahme am Jahresende belastbar hochrechnen lässt. Die Höhe der Kassenmittel unterliegt im Laufe des Haushaltsjahres starken Schwankungen und beeinflusst somit den Kapitalmarktsaldo ungleichmäßig. Erst im Verlauf des späteren Haushaltsjahres sind Tendenzaussagen zur voraussichtlichen Höhe der Nettokreditaufnahme möglich. Im Mai 2013 betrug der Finanzierungssaldo - 24,9 Mrd. €.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	lst 2012	Soll 2013	Ist - Entwicklung ¹ Mai 2013
Ausgaben (Mrd. €)	306,8	302,0	128,9
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			1,3
Einnahmen (Mrd. €)	284,0	284,6	103,9
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			2,2
Steuereinnahmen (Mrd. €)	256,1	260,6	93,9
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			1,4
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-22,8	-17,4	-24,9
Finanzierung durch:	22,8	17,4	24,9
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	22,7
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,3	0,1
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo² (Mrd. €)	22,5	17,1	2,2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

¹Buchungsergebnisse.

²(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Mai 2013

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	So	II	Ist-Entwicklung
	201	3	Januar bis Mai 2013
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €
Allgemeine Dienste	72 949	24,2	30 055
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6 181	2,0	2 372
Verteidigung	32 807	10,9	12 923
Politische Führung, zentrale Verwaltung	13 329	4,4	5 8 6 1
Finanzverwaltung	3 878	1,3	1 541
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	18 952	6,3	6 964
Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 675	0,9	1 230
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 459	3,5	3 023
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 124	48,1	65 903
Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	98 861	32,7	47 137
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	0	0,0	- 32
Arbeitsmarktpolitik	31 925	10,6	13 672
darunter: Arbeitslosengeld II nach SGB II	18 960	6,3	8 426
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4 700	1,6	2 101
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 475	2,1	2 740
Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 432	0,8	1 020
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 740	0,6	570
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 315	0,8	848
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1714	0,6	792
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	975	0,3	171
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 589	1,5	1 838
Regionale Förderungsmaßnahmen	601	0,2	142
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 576	0,5	1 220
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 707	5,5	4 691
Straßen	7 196	2,4	1 886
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 498	1,5	1 332
Allgemeine Finanzwirtschaft	38 649	12,8	17 965
Zinsausgaben	31 596	10,5	30 487
Ausgaben zusammen	302 000	100,0	128 869

Aufgrund der Anwendung des neuen Funktionenplans beim Bund für den Bundeshaushalt 2013 ist ein Vergleich mit dem Vorjahr nicht sinnvoll. Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Mai 2013

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	ls	t	So	II	Ist - Entw	icklung	Unterjährige
	20	12	20	13	Januar bis Mai 2012	Januar bis Mai 2013	Veränderunggü. Vorjah
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mi	o.€	in%
Konsumtive Ausgaben	270 451	88,2	267 599	88,6	119 867	117 787	-1,
Personalausgaben	28 046	9,1	28 478	9,4	12 005	12 466	+3,
Aktivbezüge	20 619	6,7	20 825	6,9	8 734	9 046	+3,
Versorgung	7 427	2,4	7 653	2,5	3 272	3 420	+4,
Laufender Sachaufwand	23 703	7,7	24 642	8,2	7 858	7 905	+0,
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1384	0,5	1 343	0,4	460	551	+19
Militärische Beschaffungen	10 287	3,4	10 396	3,4	3 097	2 556	-17
Sonstiger laufender Sachaufwand	12 033	3,9	12 903	4,3	4301	4799	+11,
Zinsausgaben	30 487	9,9	31 596	10,5	15 536	15 178	-2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 734	61,2	182 271	60,4	84 256	81 987	-2
an Verwaltungen	17 090	5,6	19419	6,4	5 9 5 4	7370	+23
an andere Bereiche	170 644	55,6	162 852	53,9	78 349	74 649	-4
darunter:							
Unternehmen	24 225	7,9	25 872	8,6	10319	10820	+4
Renten, Unterstützungen u. a.	26307	8,6	26 456	8,8	11516	11714	+1
Sozialversicherungen	113 424	37,0	103 453	34,3	53 485	48 997	-8
Sonstige Vermögensübertragungen	480	0,2	612	0,2	211	250	+18
nvestive Ausgaben	36 324	11,8	34 804	11,5	7 391	11 082	+49
Finanzierungshilfen	28 564	9,3	26 556	8,8	5 674	9 563	+68
Zuweisungen und Zuschüsse	15 524	5,1	14692	4,9	4897	4731	-3
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 736	0,9	3 002	1,0	777	432	-44
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	10304	3,4	8 862	2,9	0	4 400	
Sachinvestitionen	7 760	2,5	8 248	2,7	1 717	1 519	-11
Baumaßnahmen	6 147	2,0	6 703	2,2	1 399	1 227	-12
Erwerb von beweglichen Sachen	983	0,3	964	0,3	255	239	-6
Grunderwerb	629	0,2	581	0,2	62	52	-16
Globalansätze	0	0,0	- 402	-0,1	0	0	
Ausgaben insgesamt	306 775	100,0	302 000	100,0	127 258	128 869	+1

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

$\ \ \square$ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Mai 2013

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist		Sol	I	Ist - Entw	ricklung	Unterjährige
	201	2	201	3	Januar bis Mai 2012	Januar bis Mai 2013	Veränderung ggü. Vorjahi
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mi	o.€	in%
I. Steuern	256 086	90,2	260 611	91,6	92 576	93 892	+1,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	205 843	72,5	213 154	74,9	78 645	81 185	+3,
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	101 092	35,6	104528	36,7	35 019	37 757	+7,
davon:							
Lohnsteuer	63 136	22,2	66 768	23,5	22 523	24 300	+7
veranlagte Einkommensteuer	15 838	5,6	16 852	5,9	3 954	5 106	+29
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	10028	3,5	7 742	2,7	3 899	3 447	-11,
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 623	1,3	4 141	1,5	2 028	2 027	-0
Körperschaftsteuer	8 467	3,0	10 285	3,6	2 615	2 876	+10
Steuern vom Umsatz	103 165	36,3	107 020	37,6	43 194	42 990	-0
Gewerbesteuerumlage	1 587	0,6	1 606	0,6	433	437	+0
Energiesteuer	39 305	13,8	40 270	14,2	10 813	10 658	-1
Tabaksteuer	14 143	5,0	14 450	5,1	4 692	4 655	-0
Solidaritätszuschlag	13 624	4,8	14 050	4,9	5 183	5 438	+4
Versicherungsteuer	11 138	3,9	11 115	3,9	6 643	6 925	+4
Stromsteuer	6 973	2,5	6 400	2,2	2 837	2 978	+5
Kraftfahrzeugsteuer	8 443	3,0	8 305	2,9	3 898	3 925	+0
Kernbrennstoffsteuer	1577	0,6	1 400	0,5	319	0	-100
Branntweinabgaben	2 123	0,7	2 101	0,7	903	903	+0
Kaffeesteuer	1 054	0,4	1 045	0,4	435	420	-3
Luftverkehrsteuer	948	0,3	970	0,3	338	324	-4
Ergänzungszuweisungen an Länder	-11 621	-4,1	-10842	-3,8	-2812	-2 448	-12
BNE-Eigenmittel der EU	-19826	-7,0	-23 950	-8,4	-10973	-12 596	+14
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 027	-0,7	-2 150	-0,8	-1 111	-1 196	+7
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 085	-2,5	-7 191	-2,5	-2 952	-2 996	+1
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,2	-4496	-4 496	+0
II. Sonstige Einnahmen	27 870	9,8	23 979	8,4	9 115	10 011	+9
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 5 6 0	1,6	5 5 1 1	1,9	2 058	2 113	+2
Zinseinnahmen	263	0,1	400	0,1	98	42	-57
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 183	1,8	5 640	2,0	1 259	2 063	+63
Einnahmen zusammen	283 956	100,0	284 590	100,0	101 691	103 903	+2

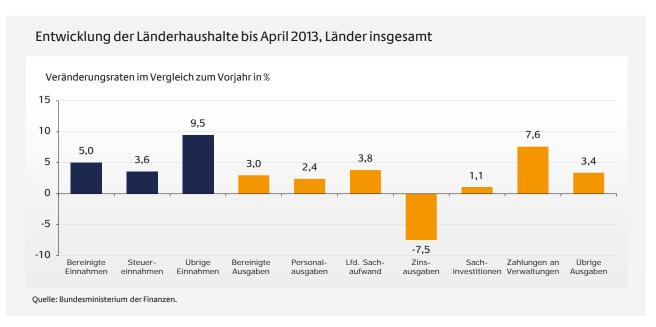
Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

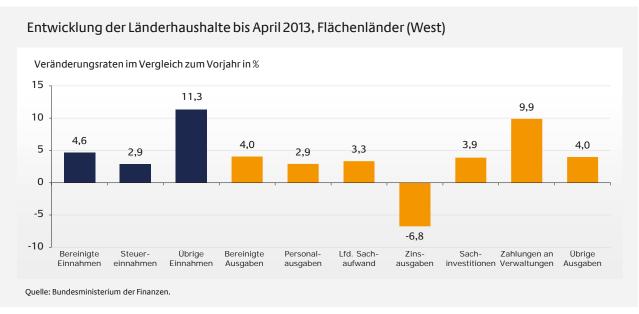
Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2013

Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2013

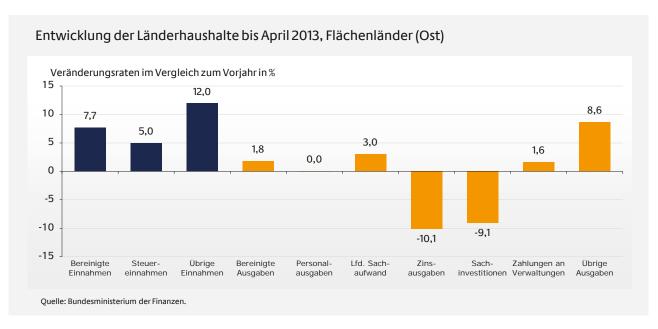
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich April 2013 vor.

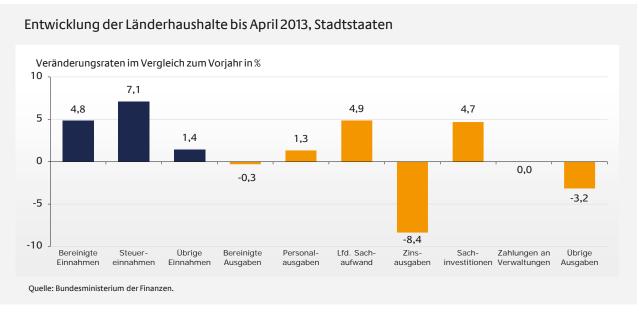
Die Ausgaben der Länder insgesamt stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 3,0 %, während die Einnahmen um 5,0 % zunahmen. Die Steuereinnahmen erhöhten sich um 3,6 %. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit fällt mit rund 6,9 Mrd. € um rund 1,6 Mrd. € günstiger aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Derzeit planen die Länder insgesamt für das Jahr 2013 ein Finanzierungsdefizit von rund 12,6 Mrd. €.





Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2013





FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Mai durchschnittlich 2,61% (2,76 % im April).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Mai 1,47 % (1,19 % Ende April).

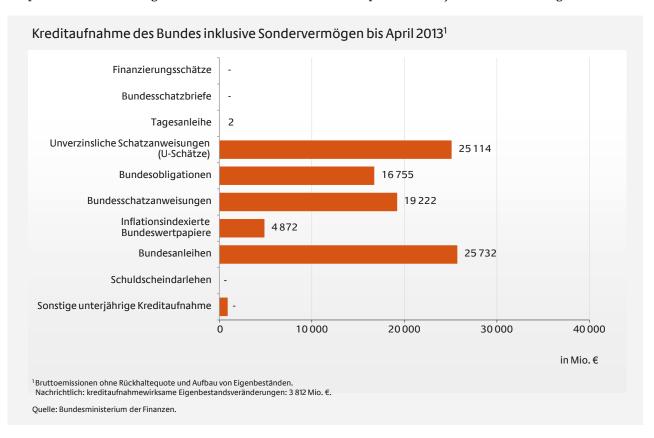
Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende Mai auf 0,20 % (0,21% Ende April).

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in der EZB-Ratssitzung am 6. Juni 2013 beschlossen, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,50 %, 1,00 % beziehungsweise 0,00 % zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 8 349 Punkte am 31. Mai (7 914 Punkte am 30. April). Der Euro Stoxx 50 stieg von 2 712 Punkten am 30. April auf 2 770 Punkte am 31. Mai.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im April bei 3,2 % nach 2,6 % im März und 3,1 % im Februar. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 blieb in der Zeit von Februar bis April 2013 mit 3,0 % unverändert gegenüber der Vorperiode. Die jährliche Änderungsrate der



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum blieb mit - 0,9 % gegenüber dem Vormonat unverändert.

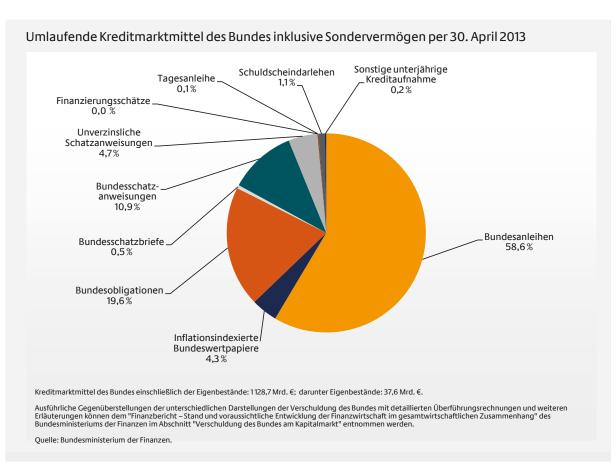
In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 0,85 % im April gegenüber 0,84 % im März.

Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

Bis einschließlich April 2013 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 92,6 Mrd. €. Davon entfielen auf festverzinsliche Bundeswertpapiere 84,0 Mrd. €, auf inflationsindexierte Bundeswertpapiere 4,0 Mrd. € und auf sonstige Instrumente 0,9 Mrd. €. Zur Deckung des Bruttokreditbedarfs wurden ferner netto 3,8 Mrd. € Bundeswertpapiere am Sekundärmarkt verkauft. Die Übersicht "Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal" zeigt die Kapitalund Geldmarktemissionen im Rahmen des Kalenders sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 114,8 Mrd. € (davon 99,6 Mrd. € Tilgungen und 15,2 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 22,2 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 85,5 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushalts und im Umfang von 7,3 Mrd. € für die Finanzierung des Finanzmarktstabilisierungsfonds eingesetzt. Der Investitions- und Tilgungsfonds gab 0,2 Mrd. € Finanzierungen an den Bundeshaushalt und den Finanzmarktstabilisierungsfonds wieder ab.



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2013 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd. €	€					
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	-	-	-	11,0									11,0
Anleihen	24,0	-	-	-									24,0
Bundesobligationen	-	-	-	17,0									17,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	18,0	-									18,0
U-Schätze des Bundes	7,0	7,0	7,0	7,0									28,0
Bundesschatzbriefe	0,2	0,1	0,2	0,2									0,7
Finanzierungsschätze	0,0	0,0	0,0	0,0									0,1
Tagesanleihe	0,1	0,0	0,0	0,0									0,2
Schuldscheindarlehen	-	-	0,0	-									0,0
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,6	-									0,6
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	-0,0	-0,0	0,0									-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	31,3	7,2	25,9	35,3									99,6

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2013 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul in Mrd.	Aug €	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	10,8	0,8	0,1	3,5									15,2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2013 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Bundesobligation ISIN DE0001141653 WKN 114165	Aufstockung	3. April 2013	5 Jahre/fällig 23. Februar 2018 Zinslaufbeginn 11. Januar 2013 erster Zinstermin 23. Februar 2014	4 Mrd.€	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137412 WKN113741	Aufstockung	10. April 2013	2 Jahre/fällig 13. März 2015 Zinslaufbeginn 15. Februar 2013 erster Zinstermin 13. März 2014	5 Mrd. €	5 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001102309 WKN 110230	Aufstockung	17. April 2013	10 Jahre/fällig 15. Februar 2023 Zinslaufbeginn 18. Januar 2013 erster Zinstermin 15. Februar 2014	4 Mrd.€	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135481 WKN 113548	Aufstockung	24. April 2013	30 Jahre/fällig 4. Juli 2044 Zinslaufbeginn 27. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	2 Mrd.€	2 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141661 WKN 114166	Neuemission	8. Mai 2013	5 Jahre/fällig 13. April 2018 Zinslaufbeginn 13. April 2013 erster Zinstermin 13. April 2014	5 Mrd.€	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137420 WKN113742	Neuemission	15. Mai 2013	2 Jahre/fällig 12. Juni 2015 Zinslaufbeginn 17. Mai 2013 erster Zinstermin 12. Juni 2014	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102317 WKN 110231	Neuemission	22. Mai 2013	10 Jahre/fällig 15. Mai 2023 Zinslaufbeginn 15. Mai 2013 erster Zinstermin 15. Mai 2014	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141661 WKN 114166	Aufstockung	5. Juni 2013	5 Jahre/fällig 13. April 2018 Zinslaufbeginn 13. April 2013 erster Zinstermin 13. April 2014	ca. 5 Mrd. €	
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137420 WKN113742	Aufstockung	12. Juni 2013	2 Jahre/fällig 12. Juni 2015 Zinslaufbeginn 17. Mai 2013 erster Zinstermin 12. Juni 2014	ca. 4 Mrd. €	
Bundesanleihe ISIN DE0001102317 WKN 110231	Aufstockung	19. Juni 2013	10 Jahre/fällig 15. Mai 2023 Zinslaufbeginn 15. Mai 2013 erster Zinstermin 15. Mai 2014	ca.5 Mrd.€	
			2. Quartal 2013 insgesamt	44 Mrd. €	

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2013 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119808 WKN 111980	Neuemission	8. April 2013	6 Monate/fällig 16. Oktober 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119816 WKN 111981	Neuemission	29. April 2013	12 Monate/fällig 30. April 2014	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119824 WKN 111982	Neuemission	13. Mai 2013	6 Monate/fällig 13. November 2013	4 Mrd. €	4 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119832 WKN 111983	Neuemission	27. Mai 2013	12 Monate/fällig 28. Mai 2014	3 Mrd. €	3 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119840 WKN 111984	Neuemission	10. Juni 2013	6 Monate/fällig 11. Dezember 2013	ca. 4 Mrd. €	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119857 WKN 111985	Neuemission	24. Juni 2013	12 Monate/fällig 25. Juni 2014	ca. 3 Mrd. €	
			2. Quartal 2013 insgesamt	21 Mrd. €	

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2013 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Inflations indexierte Bundes obligation ISIN DE000103534 WKN 103053	Aufstockung	9. April 2013	7 Jahre/fällig 15. April 2018 Zinslaufbeginn 15. April 2011 erster Zinstermin 15. April 2012	2 - 3 Mrd. €/ 1,0 Mrd. €	1,0 Mrd.€
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE000103542 WKN 103054	Aufstockung	7. Mai 2013	10 Jahre/fällig 15. April 2023 Zinslaufbeginn 23. März 2012 erster Zinstermin 15. April 2013	2 - 3 Mrd. €/ 1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €
			2. Quartal 2013 insgesamt	2 - 3 Mrd.€/ 2,0 Mrd. €	2,0 Mrd. €

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

20./21. Juni 2013	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
27./28. Juni 2013	Europäischer Rat in Brüssel
8./9. Juli 2013	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
19. Juli 2013	Treffen der G20-Finanz- und -Arbeitsminister in Moskau
19./20. Juli 2013	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Moskau
5./6. September 2013	G20-Gipfel in Sankt Petersburg
13./14. September 2013	Informeller ECOFIN in Litauen

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2014 und des Finanzplans bis 2017

16. Januar 2013	Vorstellung Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
13. März 2013	Kabinettsitzung für Eckwertebeschluss
25. April 2013	Projektion zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
6. bis 8. Mai 2013	Steuerschätzung in Weimar
Ende Mai 2013	Sitzung des Stabilitätsrats
26. Juni 2013	Kabinettsitzung für Regierungsentwurf
9. August 2013	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
3. September 2013	1. Lesung Bundestag
20. September 2013	1. Durchgang Bundesrat

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Juli 2013	Juni 2013	22. Juli 2013
August 2013	Juli 2013	22. August 2013
September 2013	August 2013	20. September 2013
Oktober 2013	September 2013	21. Oktober 2013
November 2013	Oktober 2013	21. November 2013
Dezember 2013	November 2013	20. Dezember 2013

¹Nach IWF-Special Data Dissemination Standard (SDDS), siehe http://dsbb.imf.org.

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805/77 80 90¹ Telefax: 01805/77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Minute aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Über	sichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	56
1	Kreditmarktmittel	56
2	Gewährleistungen	
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund	
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund	
5	Bundeshaushalt 2008 bis 2013	
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	02
	2008 bis 2013	63
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen,	
	Ist 2012	
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013	69
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
12	Entwicklung der Staatsquote	
13	Schulden der öffentlichen Haushalte	
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	81
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	82
16	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich	84
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	85
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich	86
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012	87
Über	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	88
_		
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis April2013 im Vergleich zum Jahressoll 2013	
Abb.	Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2012/2013	88
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	00
2	Länder bis April 2013.	
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2013	90
Kenn	zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	95
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	95
2	Preisentwicklung	
3	Außenwirtschaft	
4	Einkommensverteilung	
	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	
5	Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten	
6	Produktionspotenzial und -lücken	
7	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	
	Potenzialwachstum	. 102
8	Bruttoinlandsprodukt	
9	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	. 105
10	Kapitalstock und Investitionen	. 109
11	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	110

12	Preise und Löhne	111
13	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	113
14	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	114
15	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	115
16	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	116
17	Übersicht Weltfinanzmärkte	117
Abb.	Entwicklung von DAX und Dow Jones	118
18	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	119
19	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	123

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

in Mio. €

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:					
	31. März 2013	Zullallille	Abrianine	30. April 2013					
Gliederung nach Schuldenarten									
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	58 000	1 000	11 000	48 000					
Anleihen ¹	655 000	6 000	0	661 000					
Bundesobligationen	234 000	4 000	17 000	221 000					
Bundesschatzbriefe ²	6 3 5 4	0	228	6 126					
Bundesschatzanweisungen	118 000	5 000	0	123 000					
Unverzinsliche Schatzanweisungen	56 222	4 000	6 998	53 224					
Finanzierungsschätze ³	170	0	24	146					
Tagesanleihe	1 580	0	27	1 553					
Schuldscheindarlehen	12 022	0	0	12 022					
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	2 579	0	0	2 579					
Kreditmarktmittel insgesamt	1 143 928			1 128 651					

	Stand: 31. März 2013	Zunahme	Abnahme	Stand: 30. April 2013					
Gliederung nach Restlaufzeiten									
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	216 723			204592					
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	368 251			372 173					
langfristig (mehr als 4 Jahre)	558 954			551 886					
Kreditmarktmittel insgesamt	1 143 928			1 128 651					

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

¹10- und 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

 $^{^2\,\}mathrm{Bundesschatzbriefe}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Typen}\,\mathrm{A}\,\mathrm{und}\,\mathrm{B}.$

 $^{^3}$ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2013 Belegung am 31. März 2013		Belegung am 31. März 2012
		in Mrd. €	
Ausfuhren	145,0	128,7	120,3
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	60,0	42,8	40,7
FZ-Vorhaben	12,5	4,9	3,8
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	160,0	108,3	108,6
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,2	55,9
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	6,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	211,0	100,1	95,3

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

				Central Governn	nent Operations		
		Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
		Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
				in Mio	. €/€ m		
2013	Dezember	-	-	-	-	-	-
	November	-	-	-	-	-	-
	Oktober	-	-	-	-	-	-
	September	-	-	-	-	-	-
	August	-	-	-	-	-	-
	Juli	-	-	-	-	-	-
	Juni	-	-	-	-	-	-
	Mai	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176
	April	104 661	83 276	-21 371	-34 642	- 58	13 213
	März	79 772	60 452	-19 306	-24 193	- 107	4780
	Februar	59 487	35 678	-23 786	-24 082	- 128	168
	Januar	37510	17 690	-19 803	-23 157	- 132	3 222
2012	Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480
	November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749
	Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178
	September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697
	August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379
	Juli	184344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408
	Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16515
	Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195
	April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	- 1	1 298
	März	82 673	58 613	-24 040	-21711	- 77	-2 406
	Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	-98	-10 254
	Januar	42 651	18 162	-24 484	-24 357	- 123	- 250
	Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343
	November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280
	Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712
	September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244
	August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851
	Juli	185 285	150 535	-34 709	-4344	162	-30 202
	Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335
	Mai	129 439	102 355	-27 051	9300	94	-36 257
		109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544
	April	83 915	58 442	-25 449	-8 936	-41	-16 554
	März	63 623	34 012	-29 593	-17 844	-93	-11 841
	Februar Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	- 90	-3 861

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

			Central Governr	nent Operations		
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financi market balance/Net borrowing
			in Mio	. €/€ m		
2010 Dezember	303 658	259 293	-44 323	0	311	-44 011
November	278 005	217 455	-60 499	-8 629	136	-51 733
Oktober	254 887	200 042	-54 793	-15 223	149	-39 421
September	230 693	181 230	-49 412	-8 532	125	-40 755
August	209 871	160 620	-49 202	-7736	125	-41 341
Juli	188 128	143 120	-44 982	-14368	142	-30 471
Juni	155 292	122 389	-32 877	4 465	78	-37 264
Mai	129 243	94 005	-35 209	7 707	45	-42 870
April	107 094	74930	-32 137	-2 388	-38	-29 788
März	81 856	53 961	-27 883	3 657	- 93	-31 633
Februar	60 455	31 940	-28 499	- 653	- 115	-27 962
Januar	40 352	16 498	-23 844	-14862	- 137	-9 118
2009 Dezember	292 253	257 742	-34 461	0	313	-34 148
November	270 186	223 109	-47 010	-2 761	166	-44 083
Oktober	243 983	204784	-39 150	-14 675	188	-24 287
September	218 608	187 996	-30 571	-11 194	174	-19 203
August	196 426	166 640	-29 747	-8 420	151	-21 176
Juli	176517	148 441	-28 039	-9 391	134	-18 514
Juni	141 466	126 776	-14 658	11 937	112	-26 483
Mai	120 470	102 330	-18 112	-8 023	67	-10 022
April	101 674	79 274	-22 381	-27 150	-2	4767
März	78 026	60 667	-17 355	-18 273	-87	832
Februar	57 615	36 464	-21 152	-19 760	- 122	-1 513
Januar	39 796	17 472	-22 323	-22 607	- 117	167

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

		Central Government Debt									
		Kr	editmarktmittel, Glie	derung nach Restlaufz	eiten	6					
			Outsta	nding debt		Gewährleistungen					
		Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed					
		Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	-					
			in Mrd. €/€ bn								
2013	Dezember	-	-	-	-	-					
	November	-	-	-	-	-					
	Oktober	-	-	-	-	-					
	September	-	-	-	-	-					
	August	-	-	-	-	-					
	Juli	-	-	-	-	-					
	Juni	-	-	-	-	-					
	Mai		-	-	-	-					
	April	204 592	372 173	551 886	1 128 651	-					
	März	216 723	368 251	558 954	1 143 928	472					
	Februar	219 648	378 264	549 986	1 147 897	-					
	Januar	219 615	357 434	554 028	1 131 078	-					
2012	Dezember	219 752	356 500	563 082	1 139 334	470					
2012	November	220 844	367 559	563 217	1 151 620	_					
	Oktober	217 836	362 636	549 262	1 129 734	_					
		216 883	357 763	555 802	1 130 449	508					
	September	221 918	369 000	540 581	1 131 499	-					
	August	221 482	364 665	532 694	1 118 841	_					
	Juli 	226 289	358 836	542 876	1 128 000	459					
	Juni	226 511	367 003	535 842	1 129 356	433					
	Mai	226 581	362 000	524 423	1 113 004						
	April					454					
	März	214 444	351 945	545 695	1 112 084	454					
	Februar	217 655	364 983	535 836	1 118 475	-					
	Januar	219 621	344 056	542 868	1 106 545	-					
2011	Dezember	222 506	341 194	553 871	1 117 570	378					
	November	228 850	353 022	549 155	1 131 028	-					
	Oktober	232 949	346 948	536 229	1 116 125	-					
	September	239 900	341 817	545 495	1 127 211	376					
	August	237 224	357 519	534 543	1 129 286	-					
	Juli	239 195	350 434	528 649	1 118 277	-					
	Juni	238 249	351 835	538 272	1 128 355	361					
	Mai	232 210	364 702	534 474	1 131 385	-					
	April	236 083	357 793	523 533	1 117 409	-					
	März	240 084	349 779	525 593	1 115 457	348					
	Februar	234 948	362 885	514 604	1 112 437	-					
	Januar	239 055	338 972	522 579	1 100 606	-					

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

			Central Government D	ebt			
	Kr	editmarktmittel, Glie	derung nach Restlaufz	eiten	Gewährleistungen		
		Outstanding debt					
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed		
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt			
		in M	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn		
2010 Dezember	234986	335 073	534991	1 105 505	343		
November	231 952	347 673	526 944	1 106 568	-		
Oktober	232 952	341 728	515 041	1 089 721	-		
September	233 889	336 633	526 289	1 096 811	336		
August	233 001	346 511	513 508	1 093 020	-		
Juli	232 000	339 551	507 692	1 079 243	-		
Juni	227 289	332 426	517873	1 077 587	335		
Mai	232 294	341 244	512 071	1 085 609	-		
April	238 248	334 207	499 124	1 071 579	-		
März	240 583	326 118	502 193	1 068 193	311		
Februar	242 829	335 135	491 171	1 069 135	-		
Januar	245 822	328 119	480 327	1 054 268	-		
2009 Dezember	243 437	320 444	489 805	1 053 686	341		
November	251 872	329 401	487 457	1 068 730	-		
Oktober	254 058	323 454	476 480	1 053 992	-		
September	257 522	315 355	483 546	1 056 424	328		
August	251 615	320 988	471 494	1 044 097	-		
Juli	248 055	320 433	465 971	1 034 460	-		
Juni	250 611	318 393	482 266	1 051 270	325		
Mai	239 984	330 289	469 327	1 039 601	-		
April	229 180	322 200	456 371	1 007 751	-		
März	214171	306 352	482 537	1 003 060	319		
Februar	211 359	313 238	470 572	995 170	-		
Januar	202 507	323 261	464 608	980 375	-		

¹ Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2008 bis 2013 Gesamtübersicht

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll
			Mr	d.€		
1. Ausgaben	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	302,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	+4,4	+3,5	+3,9	-2,4	+3,6	- 1,6
2. Einnahmen ¹	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	284,6
Veränderung gegen Vorjahr in %	+5,8	- 4,7	+0,6	+7,4	+2,0	+0,2
darunter:						
Steuereinnahmen	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	260,6
Veränderung gegen Vorjahr in %	+4,0	- 4,8	-0,7	+9,7	+3,2	+1,8
3. Finanzierungssaldo	-11,8	-34,5	-44,4	-17,7	-22,8	-17,4
in % der Ausgaben	4,2	11,8	14,6	6,0	7,4	5,8
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme ² (-)	229,6	269,0	288,2	274,2	249,3	249,8
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	0,5	-6,4	5,0	3,1	5,7	-0,3
6. Tilgungen (+)	216,2	228,5	239,2	260,0	232,6	232,4
7. Nettokreditaufnahme	-11,5	-34,1	-44,0	17,3	22,5	17,1
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	34,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 7,2	+11,5	-3,8	-2,7	+43,0	- 4,1
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,5	2,2	0,6	1,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Stand: Januar 2013.

¹Gemäß BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

 $^{^2\,} Nach\, Abzug\, der\, Finanzierung\, der\, Eigenbestandsveränderung.$

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Ausgabeart	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll
			in Mi	o.€		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	27 012	27 939	28 196	27 856	28 046	28 478
Aktivitätsbezüge	20 298	20 977	21 117	20 702	20619	20 825
Ziviler Bereich	8 870	9 2 6 9	9 443	9 2 7 4	9 2 8 9	10 501
Militärischer Bereich	11 428	11 708	11 674	11 428	11 331	10324
Versorgung	6714	6 9 6 2	7 079	7 154	7 427	7 653
Ziviler Bereich	2 416	2 462	2 459	2 472	2 538	2 651
Militärischer Bereich	4 298	4500	4 620	4 682	4889	5 003
Laufender Sachaufwand	19 742	21 395	21 494	21 946	23 703	24 642
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 421	1 478	1 544	1 545	1 384	1 343
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	9 622	10 281	10 442	10 137	10 287	10396
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 699	9 635	9 508	10 264	12 033	12 903
Zinsausgaben	40 171	38 099	33 108	32 800	30 487	31 596
an andere Bereiche	40 171	38 099	33 108	32 800	30 487	31 596
Sonstige	40 171	38 099	33 108	32 800	30 487	31 596
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	40 127	38 054	33 058	32 759	30 446	31 554
an Ausland	3	3	8	-0	-	-
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	168 424	177 289	194 377	187 554	187 734	182 271
an Verwaltungen	12930	14396	14114	15 930	17 090	19 419
Länder	8 341	8 754	8 579	10 642	11 529	13 498
Gemeinden	21	18	17	12	8	9
Sondervermögen	4568	5 624	5518	5 2 7 6	5 552	5 9 1 2
Zweckverbände	0	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	155 494	162 892	180 263	171 624	170 644	162 852
Unternehmen	22 440	22 951	24212	23 882	24225	25 872
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 120	29 699	29 665	26 718	26307	26 456
an Sozialversicherung	99 123	105 130	120 831	115 398	113 424	103 453
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 099	1 249	1 3 3 6	1 665	1 668	1 697
an Ausland	3 708	3 858	4216	3 958	5017	5 372
an Sonstige	4	5	3	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	255 350	264 721	277 175	270 156	269 971	266 987

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013

	2008	2009	2010	2011	2012	2013				
Ausgabeart	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll				
	in Mio. €									
Ausgaben der Kapitalrechnung										
Sachinvestitionen	7 199	8 504	7 660	7 175	7 760	8 248				
Baumaßnahmen	5 777	6830	6 2 4 2	5814	6147	6 703				
Erwerb von beweglichen Sachen	918	1 030	916	869	983	964				
Grunderwerb	504	643	503	492	629	581				
Vermögensübertragungen	16 660	15 619	15 350	15 284	16 005	15 304				
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14018	15 190	14944	14589	15 524	14 692				
an Verwaltungen	5 713	5 852	5 209	5 243	5 789	4 800				
Länder	5 654	5 8 0 4	5 142	5 178	5 152	4737				
Gemeinden und Gemeindeverbände	59	48	68	65	56	62				
Sondervermögen		-	-	-	581	1				
an andere Bereiche	8 305	9 338	9 735	9 3 4 6	9 735	9 892				
Sonstige - Inland	5 836	6 462	6 599	6 0 6 0	6 2 3 4	6 396				
Ausland	2 469	2 876	3 136	3 287	3 501	3 497				
Sonstige Vermögensübertragungen	2 642	429	406	695	480	612				
an andere Bereiche	2 642	429	406	695	480	612				
Unternehmen - Inland	2 267	-	-	260	4	42				
Sonstige - Inland	149	148	137	123	129	146				
Ausland	225	282	269	311	348	424				
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 099	3 409	3 473	3 613	13 040	11 864				
Darlehensgewährung	2 3 9 5	2 490	2 663	2 8 2 5	2736	3 002				
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1				
Länder	1	1	1	1	1	1				
an andere Bereiche	2 3 9 5	2 490	2 662	2 825	2 735	3 001				
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	922	872	1 075	1115	1 070	1 380				
Ausland	1 473	1 618	1 587	1710	1 666	1 62				
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	704	919	810	788	10304	8 8 6 2				
Inland	26	13	13	0	0	175				
Ausland	678	905	797	788	10304	8 687				
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 958	27 532	26 483	26 072	36 804	35 415				
Darunter: Investive Ausgaben	24316	27 103	26077	25 378	36324	34804				
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	-	- 402				
Ausgaben zusammen	282 308	292 253	303 658	296 228	306 775	302 000				

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2012

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe		3	i	in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	66 542	50 596	25 197	18 867	-	6 532
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	5 921	5 640	3 535	1 298	-	808
2	Auswärtige Angelegenheiten	19 251	4536	505	173	-	3 858
3	Verteidigung	33 247	32986	16219	15 764	-	1 003
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 791	3 434	2 179	984	-	272
5	Rechtsschutz	405	392	268	100	-	24
6	Finanzverwaltung	3 925	3 605	2 491	547	-	567
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	17 668	14 442	559	884	-	12 999
13	Hochschulen	3 978	2989	11	10	-	2968
14	Förderung von Schülern, Studenten	2 435	2 435	-	-	-	2 435
15	Sonstiges Bildungswesen	663	587	10	62	-	515
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	9844	7 897	537	808	-	6 5 5 2
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion1	748	534	1	4	-	529
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	153 929	152 494	235	597	-	151 662
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	108 688	108 688	56	-	-	108 632
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.ä.	8 129	8 129	-	2	-	8 127
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 394	2 044	-	29	-	2014
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	32 268	32 158	47	313	-	31 798
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	317	317	-	-	-	317
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	2 133	1 159	133	252	-	774
3	Gesundheit und Sport	1 398	906	301	313	-	292
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	464	393	167	179	-	47
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	464	393	167	179	-	47
32	Sport	130	116	-	4	-	112
33	Umwelt- und Naturschutz	397	245	86	71	-	89
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	407	152	48	60	-	44
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 089	873	-	40	-	833
41	Wohnungswesen	1 391	835	-	1	-	833
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	5	-	-	-	-	-
44	Städtebauförderung	693	38	-	38	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	909	464	30	167	-	268
52	Verbesserung der Agrarstruktur	560	150	-	1	-	149
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	118	118	-	70	-	48
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	118	118	-	70	-	48
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	231	196	30	96	-	71

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2012

Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragung en	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
0	Allgemeine Dienste	940	2 835	12 171	15 946	15 924
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	264	17	-	281	281
2	Auswärtige Angelegenheiten	93	2 653	11969	14715	14714
3	Verteidigung	212	49	-	261	239
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	241	116	-	357	357
5	Rechtsschutz	13	-	-	13	13
6	Finanzverwaltung	119	0	202	320	320
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	151	3 075	-	3 226	3 226
13	Hochschulen	1	988	-	989	989
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	76	-	76	76
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	149	1 798	-	1 947	1 947
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	213	-	214	214
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	8	1 426	1	1 435	981
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.ä.	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	349	1	351	3
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	4	105	-	110	4
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3	972	-	974	974
3	Gesundheit und Sport	313	179	-	492	492
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	59	12	-	71	71
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	59	12	-	71	71
32	Sport	-	14	-	14	14
33	Umwelt- und Naturschutz	9	143	-	151	151
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	246	10	-	255	255
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 215	1	1 216	1 216
41	Wohnungswesen	-	555	1	556	556
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	5	-	5	5
44	Städtebauförderung	-	655	-	655	655
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5	440	0	445	445
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	410	0	410	410
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	-	-	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	5	30	-	35	35

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2012

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe			iı	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 179	2 327	63	509	-	1 755
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	794	638	-	385	-	253
621	Kernenergie	315	224	-	-	-	224
622	Erneuerbare Energieformen	70	32	-	3	-	29
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	409	383	-	383	-	-
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 384	1 369	-	0	-	1 369
64	Handel	58	58	-	7	-	52
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	817	9	-	8	-	1
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 126	252	63	109	-	80
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 110	4 147	1 067	2 009	-	1 071
72	Straßen	7 443	1 093	-	946	-	147
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 745	971	524	376	-	70
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	315	4	-	-	-	4
	Luftfahrt	180	178	47	19	-	113
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 426	1 901	496	668	-	736
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 385	12 194	-	1	-	12 193
81	Wirtschaftsunternehmen	11 201	7 020	-	1	-	7018
832	Eisenbahnen	4165	72	-	0	-	71
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	7 036	6 948	-	1	-	6 947
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 184	5 174	-	-	-	5 174
873	Sondervermögen	5 174	5 174	-	-	-	5 174
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	10	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	31 565	31 526	593	316	30 487	130
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	168	129	-	-	-	129
92	Schulden	30 491	30 491	-	4	30 487	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	906	906	593	312	-	0
Summe al	ller Hauptfunktionen	306 775	269 971	28 046	23 703	30 487	187 734

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, 1st 2012

		Sachin- vestitionen	Vermögens- übertragung en	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	118	867	867	1 852	1 852
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	92	64	-	156	156
621	Kernenergie	92	-	-	92	92
622	Erneuerbare Energieformen	-	38	-	38	38
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	26	-	26	26
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	15	-	15	15
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	26	782	-	807	807
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	6	867	874	874
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 215	1 748	-	7 963	7 963
72	Straßen	4934	1 416	-	6 3 5 0	6 3 5 0
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	774	-	-	774	774
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	311	-	311	311
75	Luftfahrt	2	-	-	2	2
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	505	20	-	525	525
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	10	4 181	-	4 191	4 187
81	Wirtschaftsunternehmen	-	4181	-	4181	4 177
832	Eisenbahnen	-	4 0 9 3	-	4 093	4093
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	88	-	88	84
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	10	-	-	10	10
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	10	-	-	10	10
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	0	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	0	0	0
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe a	iller Hauptfunktionen	7 760	16 005	13 040	36 804	36 324

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
Gegenstand del Nachweisung				Ist-Erge	bnisse				
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+8,6	+12,7	+37,5	+2,1	+0,0	- 1,4	- 1,0	+ 3
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+17,9	+0,2	+6,0	+5,0	+0,0	- 1,5	-0,1	+7
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	-31
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	-27,1	- 11,4	-23,9	- 25,6	- 23,8	-31
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1	- (
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-		-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+12,4	+5,9	+6,5	+3,4	+4,5	+0,5	- 1,7	
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	1
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+14,3	+23,1	+24,1	+5,1	+6,7	- 6,2	- 4,7	+:
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58
öffentl. Gesamthaushalts ³									
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	2.
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+10,2	+11,0	- 4,4	- 0,5	+8,4	+8,8	- 1,7	+
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	!
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	19
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+18,7	+0,5	+6,0	+4,6	+4,7	-3,4	+3,3	+
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	7:
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	4
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	-23,8	-3
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	1.
Anteil a.d. investiven Ausgaben des	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	13
Bundes	76	0,1	111,2	00,2	07,0		10,3	04,4	13
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	5
nachrichtlich: Schuldenstand ³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1 210,9	1 48
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	90:

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Gegenstand del Nacriweisung				Ist-Ergel	onisse				Soll
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	302
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	- 2,4	3,6	- 1
Einnahmen	Mrd.€	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	284
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,9	9,8	5,8	- 4,7	0,6	7,4	2,0	(
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 22,8	- 17
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 1
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,3	-0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- (
Rücklagenbewegung	Mrd.€	_	-	-		_	-	_	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-		-	
II. Finanzwirtschaftliche									
Vergleichsdaten		26.1	26.0	27.0	27.0	20.2	27.0	20.0	-
Personalausgaben	Mrd.€	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,9	28,0	2
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	0,9	- 1,2	0,7	
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	
Anteil a. d. Personalausgaben des	%	14,9	14,8	15,0	14,4	14,2	13,1	12,9	1
öffentl. Gesamthaushalts ³ Zinsausgaben	Mrd.€	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	32,8	30,5	3
_	wiid.e	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 13,1	- 0,9	- 7,1	
Veränderung gegenüber Vorjahr									
Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Zinsausgaben des	%	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,1	9,9	1
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	57,9	58,6	59,7	61,0	55,5	43,1	40,9	4
Investive Ausgaben	Mrd.€	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 4,4	15,4	- 7,2	11,5	- 3,8	- 2,7	43,1	_
Anteil an den Bundesausgaben	%	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	8,6	11,8	1
Anteil a. d. investiven Ausgaben des									
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	33,7	39,9	37,1	25,3	29,5	27,0	39,5	3
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	26
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,2	12,8	4,0	- 4,8	-0,7	9,7	3,2	
Anteil an den Bundesausgaben	%	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	83,7	83,5	8
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,1	90,2	9
Anteil am gesamten	%	41,7	42,8	42,6	43,5	42,6	43,3	42,5	4
Steueraufkommen ³	76	41,7	42,0	42,0	43,5	42,0	43,3	42,5	
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 1
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	5,9	7,3	
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	68,3	61,9	4
Anteil am Finanzierungssaldo des	%	- 68,8	-2 254,1	- 111,2	- 37,1	- 54,5	- 67,9	-84,9	- 8
öffentl. Gesamthaushalts ³	70	00,0	2 2 3 1,1	111,2	31,1	3 1,3	01,5	0 1,5	
nachrichtlich: Schuldenstand ³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 545,4	1 552,4	1 577,9	1 694,4	2 011,5	2 030,0		
darunter: Bund	Mrd.€	950,3	957,3	985,7	1 053,8	1 287,5	1 282,0		

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

 $^{^2\,}Ab\,1991\,Gesamt deutschland.$

³ Stand Dezember 2012; 2012, 2013 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
				in Mrd-€			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	638,0	649,2	679,2	716,5	717,4	772,3	777,1
Einnahmen	597,6	648,5	668,9	626,5	638,8	746,4	750,7
Finanzierungssaldo	-40,5	-0,6	-10,4	-90,0	-78,7	-25,9	-26,3
davon:							
Bund ²							
Kernhaushalt							
Ausgaben	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8
Einnahmen	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0
Finanzierungssaldo	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	75,4	60,5
Einnahmen	-	-	-	-	-	80,6	64,9
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	5,3	4,4
Bund insgesamt ¹							
Ausgaben	-	-	-	-	-	357,0	349,9
Einnahmen	-	-	-	-	-	344,5	331,5
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	-12,4	-18,4
Länder ³							
Kernhaushalt							
Ausgaben	260,0	265,5	277,2	287,1	287,3	296,7	299,3
Einnahmen	250,1	273,1	276,2	260,1	266,8	286,4	293,3
Finanzierungssaldo	-10,1	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-10,2	-6,0
Extrahaushalte							
Ausgaben		_	_	-	_	48,4	47,9
Einnahmen	_	_	_	-	_	48,0	45,5
Finanzierungssaldo	_	_	_	-	_	-0,4	-2,4
Länder insgesamt ¹						-, -	_,.
Ausgaben	_	_	_	-	_	319,6	327,6
Einnahmen	_	_	_	_	_	308,9	318,8
Finanzierungssaldo	_	_	_	_	_	-10,6	-8,8
Gemeinden ⁴						. 0,0	0,0
Kernhaushalt							
Ausgaben	157,4	161,5	168,0	178,3	182,3	185,3	187,0
Einnahmen	160,1	169,7	176,4	170,8	175,4	183,6	188,8
Finanzierungssaldo	2,8	8,2	8,4	-7,5	-6,9	-1,7	1,8
Extrahaushalte	2,0	0,2	0,7	-1,5	-0,3	-1,7	1,0
Ausgaben	_		_		_	12,3	12,2
Einnahmen	-	-	-		-		11,3
	-		-			11,1	
Finanzierungssaldo	-	-	-		-	-1,2	12,2
Gemeinden insgesamt ¹						1043	2.0
Ausgaben	-	-	-	-	-	194,2	-0,9
Einnahmen	-		-	-	-	191,3	197,5
Finanzierungssaldo	-	-	-	-		-2,9	0,9

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
			Veränderun	gen gegenüber	Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,8	1,7	4,6	5,5	0,1	7,7	0,6
Einnahmen	4,1	8,5	3,2	-6,3	2,0	16,8	0,6
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6
Einnahmen	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-19,7
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-19,5
Bund insgesamt							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-2,0
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-3,8
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	0,0	2,1	4,4	3,6	0,1	3,3	0,9
Einnahmen	5,4	9,2	1,1	-5,8	2,6	7,4	2,4
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-1,
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-5,2
Länder insgesamt							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	2,!
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	3,2
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,8	2,6	4,0	6,1	2,2	1,7	0,9
Einnahmen	6,0	6,0	3,9	-3,2	2,7	4,7	2,8
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-0,9
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	1,7
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	1,2
Einnahmen	_	-	_	-	-		1,7

¹ Bund, Länder, Gemeinden und ihre jeweiligen Extrahaushalte. Der Öffentliche Gesamthaushalt ist um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnet sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

 $^{^{\}mathrm{2}}$ Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

³ Kernhaushalte; bis 2010 Rechnungsergebnisse; 2011 und 2012: Kassenergebnisse.

⁴ Kernhaushalte; bis 2010 Rechnungsergebnisse; 2011 und 2012: Kassenergebnisse. Stand: Juni 2013.

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

			Steueraufkommen							
			dav	on						
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern					
Jahr	in Mrd. € in %									
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990						
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4					
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7					
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2					
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7					
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4					
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2					
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5					
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7					
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2					
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3					
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1					
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0					
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7					
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9					
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6					
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5					
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3					
		Bundesrepublil	Deutschland							
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1					
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0					
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8					
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7					
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2					
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8					
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6					
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0					
 1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1					

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steueraufl	kommen		
	inagaaamt		dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
		Bundesrepublik	Deutschland		
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012 ²	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4
2013 ²	615,2	314,3	300,9	51,1	48,9
2014 ²	638,5	330,7	307,8	51,8	48,2
2015 ²	661,9	347,8	314,1	52,6	47,4
2016 ²	683,7	363,2	320,5	53,1	46,9
2017 ²	704,5	378,6	325,9	53,7	46,3

Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zuckerund Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 6. bis 8. Mai 2013.

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Vo	lkswirtschaftlichen (Gesamtrechnungen ²	Abgre	enzung der Finanzst	atistik ³
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote
Jahr			in Relation z	um BIP in %		
1960	33,4	23,0	10,3			
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9
1991	38,9	22,0	16,8	38,0	22,0	16,0
1992	39,6	22,3	17,2	39,2	22,7	16,4
1993	40,1	22,4	17,7	39,6	22,6	16,9
1994	40,5	22,3	18,2	39,7	22,5	17,2
1995	40,5	21,9	18,5	40,2	22,5	17,6
1996	41,0	21,8	19,2	40,0	21,8	18,1
1997	41,0	21,5	19,5	39,5	21,3	18,2
1998	41,3	22,1	19,2	39,6	21,7	17,9
1999	42,3	23,3	19,0	40,4	22,6	17,7
2000	42,1	23,5	18,6	40,3	22,8	17,5
2001	40,2	21,9	18,4	38,5	21,3	17,2
2002	39,9	21,5	18,4	38,0	20,7	17,3
2003	40,1	21,6	18,5	38,0	20,6	17,4
2004	39,2	21,1	18,1	37,2	20,2	17,0
2005	39,2	21,4	17,9	37,1	20,3	16,8
2006	39,5	22,2	17,3	38,1	21,1	17,0
2007	39,5	23,0	16,5	37,6	22,2	15,4
2008	39,7	23,1	16,5	38,1	22,7	15,4
2009	40,4	23,1	17,3	38,3	22,1	16,2
2010	38,9	22,0	16,9	37,1	21,3	15,8
2011	39,6	22,7	16,9	38,0	22,1	15,9
2012	40,4	23,4	17,0	38 1/2	22 1/2	16

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2009 bis 2011: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012. 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2013.

 $^{^{\}rm 3}$ Bis 2010: Rechnungsergebnisse. 2011: Kassenergebnisse. 2012: Schätzung.

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

		Ausgaben des Staates	
		darunte	21
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³
		in Relation zum BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1985	45,2	27,8	17,4
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,2	28,2	18,0
1992	47,1	27,9	19,2
1993	48,1	28,2	19,9
1994	48,0	28,0	20,0
1995 ⁴	48,2	27,7	20,6
1995	54,9	34,3	20,6
1996	49,1	27,6	21,4
1997	48,2	27,0	21,2
1998	48,0	26,9	21,1
1999	48,2	27,0	21,3
2000 ⁵	47,6	26,4	21,2
2000	45,1	23,9	21,2
2001	47,6	26,3	21,4
2002	47,9	26,2	21,7
2003	48,5	26,4	22,0
2004	47,1	25,8	21,3
2005	46,9	26,0	20,9
2006	45,3	25,4	19,9
2007	43,5	24,5	19,0
2008	44,1	25,0	19,1
2009	48,2	27,1	21,1
2010	47,7	27,4	20,3
2011	45,3	25,7	19,6
2012	45,1	25,5	19,5

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

²⁰⁰⁹ bis 2011: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012.

^{2012:} Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2013.

 $^{^{\}rm 3}$ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	hulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 36
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 81
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959918	991 28
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 73
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	1754
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	59 53
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 53
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 99
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	52674
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 34
Kreditmarktmittel iwS	414952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 00
Kassenkredite	8714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte	-	-	-	996	1 124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1124	1 3 2 5	20 82
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 864	11381
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 03
Kreditmarktmittel iwS	84 069	84257	83 804	81 877	79 239	76381	76 38
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	3465
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 77
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 626	2 72
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	531 197	560 418	586 571	595 026	595 102	592 132	640 55
Maastricht-Schuldenstand	1 384 000	1 454 000	1 524 000	1 572 000	1 579 000	1 649 000	1 769 00
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	59 53
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-		
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-		16 478	16983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds		-	-	-	-	-	7 49

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009				
			Anteil	an den Schulden	(in %)						
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2				
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5				
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6	3,7				
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1				
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7				
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0				
nachrichtlich:											
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8				
		Anteil der Schulden am BIP (in %)									
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71,4				
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,4				
Kernhaushalte	35,7	37,0	39,9	39,7	38,7	38,8	41,7				
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2,6				
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22,2				
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4,8				
Gesetziche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0				
nachrichtlich:											
Länder + Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27,0				
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,2	68,5	67,9	65,0	66,7	74,5				
			Schu	ılden insgesamt	(€)						
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698				
nachrichtlich:											
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 313,9	2 428,5	2 473,8	2 374,5				
Einwohner (30.06.)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862				

 $^{^1} Kredit markt schulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite. \\$

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt, eigene \ Berechnungen.$

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte¹ Neue Systematik

	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
		in Mio. €		in	% der Schuld insgesamt	en		in % des BIP	
Öffentlicher Gesamthaushalt ²		2 011 677	2 025 448					80,6	78,
Bund									
Kern- und Extrahaushalte		1 287 460	1 279 583		64,0	63,2		51,6	49,
Wertpapierschulden und Kredite	1 032 599	1 271 204	1 272 270		63,2	62,8	43,5	50,9	49,
Kassenkredite		16 256	7313		0,8	0,4		0,7	0,
Kernhaushalte		1 035 647	1 043 401		51,5	51,5		41,5	40,
Wertpapierschulden und Kredite	973 067	1 022 192	1 036 088		50,8	51,2	41,0	40,9	40,
Kassenkredite		13 454	7313		0,7	0,4		0,5	0,
Extrahaushalte		251 813	236 181		12,5	11,7		10,1	9
Wertpapierschulden und Kredite	59 532	249 012	236 181		12,4	11,7	2,5	10,0	9
Kassenkredite		2 802			0,1	0,0		0,1	0
im Einzelnen:									
SoFFin	36 540	28 552	17 292		1,4	0,9	1,5	1,1	0
Investitions- und Tilgungsfonds	7493	13 991	21232		0,7	1,0	0,3	0,6	0.
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation		17 302	11 000		0,9	0,5		0,7	0
Wertpapierschulden und Kredite	15 500	14500	11 000		0,7	0,5	0,7	0,6	0
Kassenkredite		2 802			0,1			0,1	
FMS Wertmanagement		191 968	186 480		9,5	9,2		7,7	7
Sonstige Extrahaushalte des Bundes			177		0,0	0,0			0
Länder									
Kern- und Extrahaushalte		600 110	615 399		29,8	30,6		24,0	23
Wertpapierschulden und Kredite	526 357	595 179	611 651		29,6	30,4		23,8	23
Kassenkredite		4930	3 748		0,2	0,2		0,2	0
Kernhaushalte		524 162	532 591		26,1	26,3		21,0	20
Wertpapierschulden und Kredite	498 655	519 327	529 371		25,8	26,1	21,0	20,8	20
Kassenkredite		4835	3 220		0,2	0,2		0,2	0
Extrahaushalte		75 947	82 808		3,8	4,1		3,0	3
Wertpapierschulden und Kredite	27 702	75 852	82 280		3,8	4,1	1,2	3,0	3
Kassenkredite		95	528		0,0	0,0		0,0	0

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte¹ Neue Systematik

	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
		in Mio. €		in	n % der Schuld insgesamt			in % des BIP	
Gemeinden									
Kernhaushalte, Zweckverbände und Extrahaushalte		123 569	129 643		6,1	6,4		5,0	5,
Wertpapierschulden und Kredite	82 787	84363	85 617		4,2	4,2		3,4	3,
Kassenkredite		39 206	44 026		1,9	2,2		1,6	1,
Kernhaushalte		115 253	121 095		5,7	6,0		4,6	4,
Wertpapierschulden und Kredite	75 037	76 326	77 280		3,8	3,8	3,2	3,1	3,
Kassenkredite		38 927	43 815		1,9	2,2		1,6	1,
Zweckverbände ³		1602	1675		0,1	0,1		0,1	0,
Wertpapierschulden und Kredite	1 428	1 551	1 626		0,1	0,1	0,1	0,1	0,
Kassenkredite		52	49		0,0	0,0		0,0	0,
Sonstige Extrahaushalte der Gemeinden		6713	6 873		0,3	0,3		0,3	0,
Wertpapierschulden und Kredite	6 3 2 2	6 486	6711		0,3	0,3	0,3	0,3	0
Kassenkredite		227	162		0,0	0,0		0,0	0
Gesetzliche Sozialversicherung									
Kern- und Extrahaushalte		539	823		0,0	0,0		0,0	0,
Wertpapierschulden und Kredite	567	539	765		0,0	0,0		0,0	0
Kassenkredite		0	58			0,0		0,0	0
Kernhaushalte		506	735		0,0	0,0		0,0	0
Wertpapierschulden und Kredite	531	506	735		0,0	0,0	0,0	0,0	0
Kassenkredite		0	0					0,0	0,
Extrahaushalte ⁴		32	88		0,0	0,0		0,0	0
Wertpapierschulden und Kredite	36	32	30		0,0	0,0	0,0	0,0	0
Kassenkredite		0	58			0,0		0,0	0
Schulden insgesamt (Euro)									
je Einwohner		24 607	24771						
Maastricht-Schuldenstand	1 768 585	2 058 955	2 087 998				74,5	82,5	80
nachrichtlich:									
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. Euro)	2 3 7 5	2 496	2 593						
Einwohner (30.06.)	81 861 862	81750716	81767982						

 $^{^{1}} Aufgrund\ method is cher\ \ddot{A}nderungen\ und\ Erweiterung\ des\ Berichtskreises\ nur\ eingeschränkt\ mit\ den\ Vorjahren\ vergleichbar.$

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $^{^2} Einschließlich aller \"{o}ffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.$

 $^{^3} Zweck verbände \ des \ Staatssektors \ unabhängig \ von \ der \ Art \ des \ Rechnungswesens.$

 $^{^4\,\}mathrm{Nur}\,\mathrm{Extra}\mathrm{hau}\mathrm{shalte}\,\mathrm{der}\,\mathrm{gesetzlichen}\,\mathrm{Sozial}\mathrm{versicherung}\,\mathrm{unter}\,\mathrm{Bundes}\mathrm{aufsicht.}$

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzun	g der Volkswirtsch	aftlichen Gesamt	crechungen ²		Abgrenzung de	er Finanzstatisti
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³
		in Mrd. €		ir	n Relation zum BIP i	n %	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3
1995 ⁴	-175,4	-167,9	0,0	-9,5	-9,1	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5
1998	-45,7	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3
2000 ⁵	-27,5	23,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0	-	-
2000	23,3	23,4	0,0	1,1	1,1	0,0	-34,0	-1,7
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-82,0	-76,0	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-56,8	-2,7
2003	-89,1	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,2
2004	-82,6	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0
2005	-74,1	-70,1	-4,0	-3,3	-3,2	-0,2	-52,5	-2,4
2006	-38,2	-43,2	5,0	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,8
2007	5,5	-5,3	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-1,8	-8,7	6,9	-0,1	-0,4	0,3	-10,4	-0,4
2009	-73,0	-58,8	-14,2	-3,1	-2,5	-0,6	-90,0	-3,8
2010	-103,6	-107,9	4,3	-4,1	-4,3	0,2	-78,7	-3,2
2011	-19,7	-35,6	15,9	-0,8	-1,4	0,6	-25,9	-1,0
2012	2,3	-15,9	18,3	0,1	-0,6	0,7	-26 1/2	-1

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2009 bis 2011: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012. 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2013.

 $^{^3\,}Ohne\,Sozial versicherungen, ab\,1997\,ohne\,Kranken h\"{a}user.\,Bis\,2010\,Rechnungsergebniss; 2011:\,Kassenergebnisse; 2012:\,Sch\"{a}tzung.$

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise gel. Vermögensübertragungen (Deutsche Kredit Bank).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land						in % de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-9,5	1,1	-3,3	-3,1	-4,1	-0,8	0,2	-0,2	0,0
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,5	-5,6	-3,8	-3,7	-3,9	-2,9	-3,1
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	-2,0	0,2	1,2	-0,3	-0,3	0,2
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-15,6	-10,7	-9,5	-10,0	-3,8	-2,6
Spanien	-	-	-	-7,2	-0,9	1,3	-11,2	-9,7	-9,4	-10,6	-6,5	-7,0
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-7,5	-7,1	-5,3	-4,8	-3,9	-4,2
Irland	-	-10,5	-2,7	-2,2	4,7	1,7	-13,9	-30,8	-13,4	-7,6	-7,5	-4,3
Italien	-6,9	-12,3	-11,4	-7,4	-0,8	-4,4	-5,5	-4,5	-3,8	-3,0	-2,9	-2,5
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	-6,1	-5,3	-6,3	-6,3	-6,5	-8,4
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	-0,8	-0,9	-0,2	-0,8	-0,2	-0,4
Malta	-	-	-	-3,7	-5,7	-2,9	-3,7	-3,6	-2,8	-3,3	-3,7	-3,6
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	2,0	-0,3	-5,6	-5,1	-4,5	-4,1	-3,6	-3,6
Österreich	-2,1	-3,1	-2,6	-5,8	-1,7	-1,7	-4,1	-4,5	-2,5	-2,5	-2,2	-1,8
Portugal	-6,9	-8,3	-6,1	-5,4	-3,3	-6,5	-10,2	-9,8	-4,4	-6,4	-5,5	-4,0
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-8,0	-7,7	-5,1	-4,3	-3,0	-3,1
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-6,2	-5,9	-6,4	-4,0	-5,3	-4,9
Finnland	3,8	3,4	5,4	-6,1	7,0	2,9	-2,5	-2,5	-0,8	-1,9	-1,8	-1,5
Euroraum	-	-	-	-7,2	-0,1	-2,5	-6,4	-6,2	-4,2	-3,7	-2,9	-2,8
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	-4,3	-3,1	-2,0	-0,8	-1,3	-1,3
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	-2,7	-2,5	-1,8	-4,0	-1,7	-2,7
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-9,8	-8,1	-3,6	-1,2	-1,2	-0,9
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-9,4	-7,2	-5,5	-3,2	-2,9	-2,4
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-7,4	-7,9	-5,0	-3,9	-3,9	-4,1
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-9,0	-6,8	-5,6	-2,9	-2,6	-2,4
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	-0,7	0,3	0,2	-0,5	-1,1	-0,4
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-5,8	-4,8	-3,3	-4,4	-2,9	-3,0
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-4,6	-4,3	4,3	-1,9	-3,0	-3,3
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,8	3,6	-3,4	-11,5	-10,2	-7,8	-6,3	-6,8	-6,3
EU	-	-	-	-6,9	0,6	-2,5	-6,9	-6,5	-4,4	-4,0	-3,4	-3,2
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,5	-4,8	-8,8	-8,3	-8,9	-9,9	-9,5	-7,6
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-11,9	-11,3	-10,1	-8,9	-6,9	-5,9

 $^{^{1}\,\}mathrm{F\ddot{u}r}\,\mathrm{EU\text{-}Mitglied}\mathrm{staaten}$ ab 1995 nach ESVG 95.

 $Quellen: \ EU-Kommission, \ Fr\"uhjahrsprognose\ und\ Statistischer\ Annex,\ Mai\ 2013.$

 $^{^{\}rm 2}$ Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP													
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014		
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,5	74,5	82,4	80,4	81,9	81,1	78,6		
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	95,7	95,5	97,8	99,6	101,4	102,1		
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	7,2	6,7	6,2	10,1	10,2	9,6		
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	101,2	129,7	148,3	170,3	156,9	175,2	175,0		
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,4	43,2	53,9	61,5	69,3	84,2	91,3	96,8		
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,4	57,4	66,7	79,2	82,4	85,8	90,2	94,0	96,2		
Irland	68,2	99,3	92,0	80,1	35,1	27,3	64,8	92,1	106,4	117,6	123,3	119,5		
Italien	56,6	80,2	94,3	120,9	108,5	105,7	116,4	119,3	120,8	127,0	131,4	132,2		
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	58,5	61,3	71,1	85,8	109,5	124,0		
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	15,3	19,2	18,3	20,8	23,4	25,2		
Malta	-	-	-	34,2	53,9	68,0	66,4	67,4	70,3	72,1	73,9	74,9		
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	60,8	63,1	65,5	71,2	74,6	75,8		
Österreich	35,4	48,0	56,2	68,2	66,2	64,2	69,2	72,0	72,5	73,4	73,8	73,7		
Portugal	29,5	56,5	53,3	59,2	50,7	67,7	83,7	94,0	108,3	123,6	123,0	124,3		
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	35,6	41,0	43,3	52,1	54,6	56,7		
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	35,0	38,6	46,9	54,1	61,0	66,5		
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	43,5	48,6	49,0	53,0	56,2	57,7		
Euroraum	-	-	-	72,0	69,2	70,3	80,0	85,6	88,0	92,7	95,5	96,0		
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	14,6	16,2	16,3	18,5	17,9	20,3		
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	40,7	42,7	46,4	45,8	45,0	46,4		
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	36,9	44,4	41,9	40,7	43,2	40,1		
Litauen	-	-	-	11,5	23,6	18,3	29,3	37,9	38,5	40,7	40,1	39,4		
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	50,9	54,8	56,2	55,6	57,5	58,9		
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	23,6	30,5	34,7	37,8	38,6	38,5		
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	42,6	39,4	38,4	38,2	40,7	39,0		
Tschechien	-	-	-	14,0	17,8	28,4	34,2	37,8	40,8	45,8	48,3	50,1		
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	79,8	81,8	81,4	79,2	79,7	78,9		
Vereinigtes Königreich	52,6	51,6	33,0	50,6	41,1	42,2	67,8	79,4	85,5	90,0	95,5	98,7		
EU	-	-	-	-	61,9	62,9	74,6	80,2	83,1	86,9	89,8	90,6		
Japan	50,7	66,7	67,0	91,2	140,1	186,4	210,2	215,0	232,0	237,5	243,6	242,9		
USA	42,6	56,2	64,4	71,6	55,1	67,7	89,5	98,7	103,1	107,6	110,6	111,3		

 $Quellen: \ EU-Kommission, Fr\"uhjahrsprognose\ und\ Statistischer\ Annex, Mai\ 2013.$

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

land	Steuern in % des BIP												
Land	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2007	2008	2009	2010	2011		
Deutschland ^{2,3}	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,8	22,9	23,1	22,9	22,0	22,8		
Belgien	21,3	27,5	30,3	28,0	29,2	30,8	30,0	30,1	28,7	29,4	29,8		
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	47,9	46,8	46,7	46,6	47,1		
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,1	30,9	30,1	29,8	30,9		
Frankreich	22,5	21,1	24,3	23,5	24,4	28,4	27,5	27,3	25,8	26,3	27,4		
Griechenland	12,3	13,8	16,6	18,4	19,7	23,8	21,3	21,0	20,0	20,0	20,9		
Irland	23,3	24,5	29,2	27,9	27,5	26,8	26,2	23,9	22,2	22,1	23,5		
Italien	16,8	13,7	22,0	25,3	27,4	30,0	30,3	29,6	29,4	29,5	29,5		
Japan	13,9	14,5	18,7	21,0	17,6	17,3	18,1	17,4	15,9	16,3	-		
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,3	27,6	27,1	26,3	26,2		
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	26,0	27,3	29,1	25,8	25,4	26,4	26,3	26,1		
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,3	24,7	24,4	24,7	-		
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,0	33,3	32,5	33,3	33,6		
Österreich	25,4	26,6	27,9	26,6	26,5	28,4	27,7	28,5	27,7	27,5	27,6		
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	22,8	22,9	20,4	20,6	-		
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,5	22,9	23,9	23,7	21,6	22,3	-		
Schweden	29,2	33,2	35,6	38,0	34,4	37,9	35,0	34,9	35,2	34,1	34,3		
Schweiz	14,9	18,6	19,5	19,0	19,6	22,1	21,2	21,6	21,9	21,4	21,5		
Slowakei	-	-	-	-	25,3	19,9	17,8	17,4	16,4	16,0	16,5		
Slowenien	-	-	-	-	22,3	23,1	24,0	23,1	22,2	22,4	21,8		
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,4	25,2	21,0	18,8	20,1	19,7		
Tschechien	-	-	-	-	21,0	18,9	20,2	19,5	19,0	18,9	19,8		
Ungarn	-	-	-	-	26,7	27,8	27,2	27,1	27,4	26,0	23,4		
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,2	29,0	27,4	28,2	28,8		
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	21,4	19,7	17,7	18,5	19,4		

 $^{^{1}}$ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2012.

Stand: Dezember 2012.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

land				Steuern und	Sozialabgabe	n in % des BIP			
Land	1970	1980	1990	2000	2005	2008	2009	2010	2011
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,5	35,0	36,5	37,3	36,1	37,1
Belgien	33,8	41,2	41,9	44,7	44,5	43,9	43,1	43,5	44,0
Dänemark	38,4	43,0	46,5	49,4	50,8	47,8	47,7	47,6	48,1
Finnland	31,6	35,8	43,7	47,2	43,9	42,9	42,8	42,5	43,4
Frankreich	34,2	40,2	42,0	44,4	44,1	43,5	42,5	42,9	44,2
Griechenland	20,2	21,8	26,4	34,3	32,1	32,1	30,4	30,9	31,2
Irland	28,2	30,7	32,8	31,0	30,1	29,1	27,7	27,6	28,2
Italien	25,7	29,7	37,6	42,0	40,6	43,0	43,0	42,9	42,9
Japan	19,2	24,8	28,6	26,6	27,3	28,5	27,0	27,6	-
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	33,2	32,3	32,1	31,0	31,0
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	39,1	37,6	35,5	37,7	37,1	37,1
Niederlande	35,6	42,9	42,9	39,6	38,4	39,3	38,2	38,7	-
Norwegen	34,5	42,4	41,0	42,6	43,2	42,1	42,4	42,9	43,2
Österreich	33,9	39,0	39,7	43,0	42,1	42,8	42,5	42,0	42,1
Polen	-	-	-	32,8	33,0	34,2	31,7	31,7	-
Portugal	17,8	22,2	26,8	30,9	31,1	32,5	30,7	31,3	-
Schweden	37,8	46,4	52,3	51,4	48,9	46,4	46,6	45,5	44,5
Schweiz	19,2	24,6	24,9	29,3	28,1	28,1	28,7	28,1	28,5
Slowakei	-	-	-	34,1	31,5	29,5	29,1	28,3	28,8
Slowenien	-	-	-	37,3	38,6	37,1	37,1	37,5	36,8
Spanien	15,9	22,6	32,5	34,3	36,0	33,1	30,9	32,3	31,6
Tschechien	-	-	-	34,0	36,1	35,0	33,9	34,2	35,3
Ungarn	-	-	-	39,3	37,3	40,1	39,9	37,9	35,7
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	36,4	35,4	35,8	34,2	34,9	35,5
USA	27,0	26,4	27,4	29,5	27,1	26,3	24,2	24,8	25,1

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2012.

Stand: Dezember 2012.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP												
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	
Deutschland ¹	45,2	43,6	54,9	45,1	46,9	44,1	48,2	47,7	45,3	45,0	45,4	45,1	
Belgien	58,4	52,2	52,1	49,0	51,7	49,7	53,6	52,4	53,2	54,7	54,1	54,2	
Estland	-	-	41,3	36,1	33,6	39,7	45,5	40,7	38,3	40,5	39,6	37,6	
Finnland	46,5	48,2	61,5	48,3	50,2	49,2	55,9	55,5	54,7	55,6	56,3	56,7	
Frankreich	51,9	49,6	54,4	51,7	53,5	53,3	56,8	56,5	55,9	56,6	57,2	57,1	
Griechenland	-	45,2	46,2	47,1	44,4	50,5	54,0	51,3	51,9	54,7	47,3	46,5	
Irland	52,5	42,3	41,0	31,2	33,9	43,1	48,6	66,1	48,2	42,2	42,3	39,4	
Italien	49,6	52,6	52,2	45,8	47,9	48,6	52,0	50,5	50,0	50,7	51,1	50,2	
Luxemburg	-	37,8	39,7	37,6	41,5	39,1	44,6	42,9	41,8	43,0	43,1	43,4	
Malta	-	-	38,5	39,5	43,6	43,2	42,4	42,0	42,1	43,9	44,6	44,7	
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	46,2	51,4	51,3	49,9	50,4	50,9	50,8	
Österreich	53,1	51,5	56,2	51,8	49,9	49,3	52,6	52,6	50,5	51,2	51,3	50,8	
Portugal	37,5	38,5	41,9	41,6	46,6	44,7	49,7	51,5	49,4	47,4	48,6	46,6	
Slowakei	-	-	48,6	52,1	38,0	34,9	41,6	40,0	38,3	37,4	36,9	36,3	
Slowenien	-	-	52,3	46,5	45,3	44,3	49,3	50,4	50,8	49,0	50,3	49,1	
Spanien	-	-	44,5	39,2	38,4	41,5	46,3	46,3	45,1	47,0	43,3	42,9	
Zypern	-	-	33,4	37,1	43,1	42,1	46,2	46,2	46,0	46,3	47,1	47,5	
Bulgarien	-	-	45,6	41,3	37,3	38,4	41,4	37,4	35,6	35,7	37,5	38,2	
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	51,6	58,0	57,5	57,5	59,5	57,8	56,8	
Lettland	-	31,5	38,4	37,6	35,8	39,1	43,8	43,4	38,4	36,4	35,5	34,7	
Litauen	-	-	34,4	38,9	33,2	37,2	44,9	42,4	38,8	36,1	35,6	34,8	
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	43,2	44,6	45,4	43,4	42,3	41,6	41,0	
Rumänien	_	_	34,1	38,6	33,6	39,3	41,1	40,1	39,4	36,4	36,6	36,8	
Schweden	-	-	65,0	55,1	53,6	51,7	54,7	52,0	51,0	51,8	52,2	51,5	
Tschechien	-	-	53,0	41,6	43,0	41,2	44,7	43,8	43,0	44,5	43,4	43,3	
Ungarn	-	-	55,8	47,7	50,1	49,3	51,5	49,7	49,5	48,4	49,6	50,3	
Vereinigtes Königreich	48,4	40,8	43,4	36,8	43,8	47,7	51,4	50,5	48,6	48,5	48,5	47,8	
Euroraum	-	-	52,8	46,2	47,3	47,1	51,2	51,0	49,5	49,9	49,7	49,3	
EU-27	-	_	51,9	44,8	46,7	47,1	51,1	50,6	49,1	49,4	49,2	48,8	
USA	36,8	37,2	37,1	33,9	36,3	39,1	42,8	42,7	41,7	40,3	39,6	39,1	
Japan	32,2	31,1	35,5	38,5	36,4	36,9	41,9	40,7	42,0	42,5	42,8	42,3	

¹1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

 $Quelle: \hbox{EU-Kommission\,,} \hbox{Statistischer\,Anhang\,der\,Europ\"{a}ischen\,Wirtschaft".}$

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

		Eu-Haush	nalt 2011 ¹			EU-Haus	shalt 2012 ²	
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	gen	Verpflicht	tungen	Zahlu	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	64 504,4	45,4	53 629,0	42,3	68 155,6	46,1	55 336,7	42,9
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	47,6	-	500,0	0,3	50,0	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	58 659,2	41,3	55 983,9	44,2	59 975,8	40,6	57 034,2	44,2
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 059,9	1,4	1 700,1	1,3	2 065,2	1,4	1 484,3	1,1
4. Die EU als globaler Akteur	8 759,3	6,2	7 242,5	5,7	9 405,9	6,4	6 955,1	5,4
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	253,9	0,2	100,0	0,1	258,9	0,2	110,0	0,1
5. Verwaltung	8 172,8	5,7	8 171,5	6,4	8 279,6	5,6	8 277,7	6,4
Gesamtbetrag	142 155,7	100,0	126 727,1	100,0	147 882,2	100,0	129 088,0	100,0

¹ EU-Haushalt 2011 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-6/2011).

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

	Differe	nz in %	Differen	z in Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	5,7	3,2	3 651,2	1 707,7
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	50,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	2,2	1,9	1 316,5	1 050,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	0,3	-12,7	5,4	- 215,8
4. Die EU als globaler Akteur	7,4	- 4,0	646,6	- 287,4
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	10,0	5,0	10,0
5. Verwaltung	1,3	1,3	106,8	106,2
Gesamtbetrag	4,0	1,9	5 726,5	2 360,9

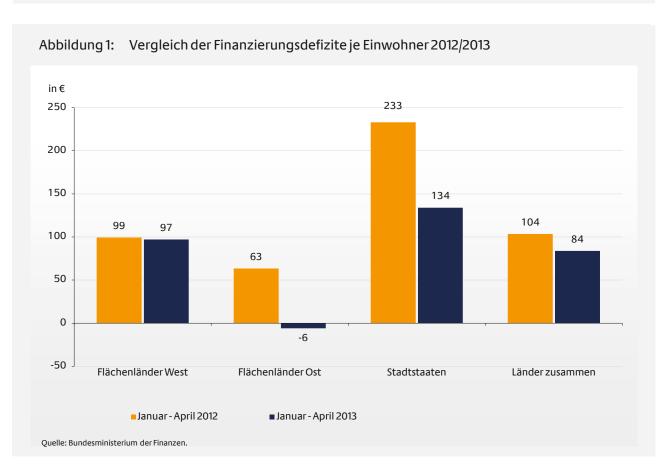
² EU-Haushalt 2012 (endgültig festgestellter Haushalt vom 1. Dezember 2011 einschl. Entwurf Berichtigungshaushaltsplan Nr. 1/2012).

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2013 im Vergleich zum Jahressoll 2013

	Flächenlän	der (West)	Flächenläi	nder (Ost)	Stadtsta	aaten	Länder zus	ammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	lio.€			
Bereinigte Einnahmen	213 579	67 973	52 488	16 518	36 915	12 038	296 362	94 15
darunter:								
Steuereinnahmen	167 466	52 886	30 145	9824	23 565	7 328	221 176	70 03
Übrige Einnahmen	46 114	15 087	22 343	6 695	13 350	4710	75 187	2411
Bereinigte Ausgaben	224 118	74 110	52 944	16 442	38 531	12 842	308 972	101 01
darunter:								
Personalausgaben	87 640	30 138	13 032	4 2 4 5	11 146	4122	111819	38 50
Lfd. Sachaufwand	14 449	4 4 2 5	3 808	1 122	8 3 3 4	3 052	26 591	8 59
Zinsausgaben	13 019	5 9 5 7	2 635	1 066	3 948	1 408	19 601	8 43
Sachinvestitionen	4 401	788	1 755	236	799	155	6 955	1 17
Zahlungen an Verwaltungen	65 235	19997	18 220	5 900	814	245	77 648	23 76
Übrige Ausgaben	39 375	12804	13 495	3 872	13 489	3 860	66 358	20 53
Finanzierungssaldo	-10 539	-6 137	- 456	76	-1 605	- 804	-12 599	-6 86



ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis April 2013

						in Mio. €					
			April 2012			März 2013		April 2013			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
	Seit dem 1. Januar gebuchte										
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	81 374	89 631	165 205	60 452	73 873	129 537	83 276	94 152	170 895	
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	80 100	86 055	166 156	59 108	71 248	130 356	81 196	90 034	171 230	
111	Steuereinnahmen	73 931	67 602	141 533	55 184	55 409	110 593	74 740	70 037	144 778	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	893	14 651	15 544	393	12 743	13 136	609	15 450	16 060	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	690	690	-	484	484	-	547	547	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-		
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 274	3 576	4 850	1 344	2 625	3 969	2 080	4117	6 198	
121	Veräußerungserlöse	685	447	1 132	845	70	915	1 456	137	1 592	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	625	352	977	798	11	809	1 391	69	1 460	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	177	2 081	2 258	277	1 605	1 882	287	2 408	2 695	
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	108 233	98 110	200 542	79 772	76 966	151 950	104 661	101 016	199 144	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	102 159	91 457	193 615	75 848	71 859	147 707	98 922	94357	193 280	
211	Personalausgaben	9 773	37 599	47 371	7 837	29 475	37312	10 149	38 505	48 654	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	2 888	10 907	13 795	2 351	8 781	11 132	3 014	11 423	14 437	
212	Laufender Sachaufwand	6 169	8 282	14451	4 159	6 408	10 568	6 0 7 8	8 599	14 677	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	3 213	5 298	8 510	2 623	4 129	6 752	3 672	5 486	9 158	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	16 614	9112	25 726	11 871	6 553	18 424	15 425	8 431	23 856	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	4728	19 841	24 569	4179	16 654	20 834	5 593	21 381	26 975	
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	41	41	-	-89	-89	-	38	38	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	4	18 473	18 476	2	15 656	15 657	2	19960	19 963	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	6 075	6 653	12 728	3 924	5 106	9 031	5 738	6 659	12 398	
221	Sachinvestitionen	1 179	1 167	2 345	710	796	1 506	1 063	1179	2 242	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 597	2 246	3 842	865	2 021	2 886	1 562	2 383	3 945	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	5 874	6 470	12 344	3 805	4 860	8 666	5 526	6397	11 923	

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis April 2013

		in Mio. €										
			April 2012		ı	März 2013		April 2013				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt		
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-24 040 ²	-4 686	-28 726	-23 786 ²	-4 938	-28 724	-19 306 ²	-3 093	-22 399		
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung											
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	62 769	18 410	81 179	30 734	16209	46 943	54 602	19 614	74216		
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	60 362	31 820	92 182	30 903	24295	55 198	59 382	33 677	93 058		
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	2 407	-13 410	-11 003	- 168	-8 087	-8 255	-4780	-14 062	-18 842		
	Zum Ende des Monats bestehende											
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände											
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	158	4316	4 475	-5 852	4244	-1 608	-4 483	5 888	1 405		
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	18 947	18 947	-	15 091	15 091	-	18 442	18 442		
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 156	-1 146	-1 302	5 853	-5450,7	401,8	4 484	-6 267	-1 783		

 $Abweichungen\,durch\,Rundung\,der\,Zahlen\,m\"{o}glich.$

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $^{{}^2\,}Einschließlich\,haushaltstechnische\,Verrechnungen.$

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2013

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	12 274	15 663 ª	3 271	6 650	2 162	8 496	16 901	4 098	929
11	Einnahmen der laufenden Rechung	11 858	15 184 a	3 101	6 473	1 951	8 205	16 227	3 886	90!
111	Steuereinnahmen	9 064	11 956	2 013	5 3 3 5	1 188	6 605 ⁴⁾	13 879	2886	75
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 991	1 351	831	746	656	953	1 618	674	110
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	53	-	42	63	- 154	22	,
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	125	-	152	113	- 93	50	18
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	416	479	170	176	211	292	674	212	24
121	Veräußerungserlöse	0	0	2	4	2	3	4	57	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	-	-	-	2	-	57	:
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	245	358	76	171	61	239	377	72	1
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende	13 262	15 075 b	3 247	7 386	2 258	8 745	19 966	5 104	1 35
21	Haushaltsjahr Ausgaben der laufenden	12.407	14022 h	2010	6.076	2.052	0.201	10.505	4.600	1.26
21	Rechnung	12 497	14 032 b	2 910	6 8 7 6	2 053	8 281	18 595	4688	1 26
211	Personalausgaben	5 848	7 133	858	2 723	561	3 3 3 1 ²	7 070 ²	2 140	53
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	1 886	2 126	78	907	40	1 099	2 439	689	21
212	Laufender Sachaufwand	578	1 063	172	564	149	600	1 084	326	5
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	538	857	149	459	132	434	812	280	4
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	953	548 b	178	752	143	743	1 777	549	28
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 369	3 835	1 171	1 816	733	2 282	4 679	1014	19
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	1 041	1 155	-	328	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2 285	2 651	995	1 460	626	2 175	4632	994	19
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	764	1 042	337	511	204	463	1 371	416	8
221	Sachinvestitionen	134	330	14	149	44	41	82	15	1
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	351	411	88	224	58	79	681	137	2
223	nachrichtlich:	700	1 014	337	496	204	463	1 289	390	7

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2013

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 987	588 ^c	24	- 737	- 96	- 248	-3 065	-1 006	- 425
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	2 726	1011 ^d	1 300	2 203	680	110	5 801	2 734	708
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	6 077	2 649 e	2 510	4411	653	1918	7 282	4 528	74
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-3 351	-1 638 ^f	-1 210	-2 208	27	-1 809	-1 481	-1 793	- 4
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	2 655	-	-	586	1 230	4
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 106	3 450	66	1 173	439	2 279	1 926	3	44
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-1 808	-	- 498	-1 771	578	- 269	- 994	-1 230	- 1

 $^{^1} In\, der\, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$

²Ohne Mai-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 451,2 Mio. €, b 197,6 Mio. €, c 253,6 Mio. €, d 81,0 Mio. €, e 125,0 Mio. €, f -44,0 Mio. €.

⁴NI - Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,1 Mio. €.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
ı	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	5 432	2 793	3 071	2 861	7 666	1 097	3 292	94 152
11	Einnahmen der laufenden Rechung	4808	2 652	2 964	2 708	7 309	1 069	3 2 3 8	90 034
111	Steuereinnahmen	3 275	1 604	2 406	1 744	4 0 6 1	650	2 617	70 037
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 296	900	361	797	2 613	274	280	15 450
1121	darunter: Allgemeine BEZ	86	51	7	50	261	41	15	547
1122	Länderfinanzausgleich ¹	219	177	19	176	1 430	116	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	624	141	106	153	357	28	54	4117
121	Veräußerungserlöse	0	1	1	2	52	0	5	137
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	0	0	1	0	5	69
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	419	73	58	88	96	19	39	2 408
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	4 815	3 167	3 328	2 955	7 388	1 606	3 865	101 016
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	4395	2 999	3 230	2 808	7 074	1 526	3 629	94357
211	Personalausgaben	1 286	778	1 353	763	2 527	473	1122	38 505
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	81	67	483	57	681	159	421	11 423
212	Laufender Sachaufwand	271	352	157	179	1 696	261	1 095	8 599
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	204	111	133	122	712	113	384	5 486
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	160	319	348	266	792	273	344	8 431
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 586	937	981	1 092	99	36	55	21 381
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	17	38
2142	Zuweisungen an Gemeinden	1 328	764	886	952	3	4	8	19 960
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	420	169	98	147	313	80	236	6 659
221	Sachinvestitionen	99	40	25	40	46	9	100	1 179
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	141	62	23	32	26	19	27	2 383
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	420	169	97	147	279	78	236	6 397

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	617	- 374	- 257	- 95	279	- 510	- 573	-6 865
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	2 756	831	1 057	1 702	4 2 6 7	1 888	29 774
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	561	1 406	1 566	947	2 791	3 794	2 114	43 955
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 561	1 350	- 736	111	-1 089	474	- 226	-14 182
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	2 605	-	-	28	369	470	7 983
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	3 3 2 1	94	-	-	449	421	1 376	16 551
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-2 634	- 990	333	- 18	- 228	- 798	-10343

¹In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

²Ohne Mai-Bezüge.

 $^{^3}$ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 451,2 Mio. €, b 197,6 Mio. €, c 253,6 Mio. €, d 81,0 Mio. €, e 125,0 Mio. €, f-44,0 Mio. €.

⁴ NI - Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,1 Mio. €.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
			Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	.a.	in%
1991	38,7		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	+2,5	+2,5	+2,7	22,5
1995	37,8	+0,4	50,2	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	+0,8	+0,9	+2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	+1,7	+1,9	+2,3	21,0
1998	38,1	+1,1	50,9	3,7	8,9	+1,9	+0,7	+1,1	21,1
1999	38,7	+1,5	51,2	3,4	8,1	+1,9	+0,4	+0,9	21,3
2000	39,4	+1,7	51,6	3,1	7,4	+3,1	+1,3	+2,7	21,5
2001	39,5	+0,3	51,7	3,2	7,5	+1,5	+1,2	+2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	+0,0	+0,6	+1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	+0,5	+0,9	17,8
2004	39,0	+0,3	52,2	4,2	9,7	+1,2	+0,9	+0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	+0,7	+0,8	+1,2	17,3
2006	39,2	+0,6	52,6	4,2	9,8	+3,7	+3,1	+3,6	18,1
2007	39,9	+1,7	52,7	3,6	8,3	+3,3	+1,5	+1,7	18,4
2008	40,3	+1,2	52,9	3,1	7,2	+1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	+0,1	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	+0,6	53,2	2,9	6,8	+4,2	+3,6	+1,8	17,4
2011	41,2	+1,4	53,3	2,5	5,7	+3,0	+1,6	+1,6	18,1
2012	41,6	+1,0	53,6	2,3	5,3	+0,7	-0,4	+0,2	17,6
2007/02	39,2	+0,3	52,3	4,0	9,3	+1,7	+1,4	+1,6	17,9
2012/07	40,7	+0,9	53,2	3,0	6,8	+0,7	-0,2	+0,2	17,9

 $^{^{1}}$ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose\,[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $^{^4\,} Anteil\, der\, Bruttoanlage investitionen\, am\, Bruttoinlandsprodukt\, (nominal).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	eränderung in % p.a	ı .		
1991							
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,5	+4,1
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,6	+0,5
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+2,0	-1,0
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+1,0	+0,4
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,4	+0,5
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+2,0	+0,3
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,1	+0,9
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,6	-0,4
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,6	+2,6	+2,3
2009	-4,0	+1,2	+3,8	-0,2	+0,0	+0,3	+6,2
2010	+5,1	+0,9	-2,1	+1,7	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+3,9	+0,8	-2,2	+1,8	+2,1	+2,1	+1,2
2012	+2,0	+1,3	-0,7	+1,7	+1,7	+2,0	+2,8
2007/02	+2,6	+0,9	-0,3	+1,1	+1,4	+1,6	-0,8
2012/07	+1,7	+1,0	-0,6	+1,3	+1,5	+1,6	+2,1

 $^{^{1}} Einschließlich \ private \ Organisationen \ ohne \ Erwerbszweck.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2} Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mı	rd.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5
1992	+0,4	+0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9
1994	+9,1	+8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5
1995	+7,8	+6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3
1996	+6,0	+4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7
1997	+12,7	+11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5
1998	+6,9	+6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7
1999	+5,0	+7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3
2000	+16,2	+18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4
2001	+7,0	+1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2
2002	+4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0
2003	+0,9	+2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9
2004	+10,3	+7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7
2005	+8,6	+9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1
2006	+14,6	+14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5
2007	+8,8	+5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5
2008	+4,0	+6,1	155,8	150,5	48,2	41,9	6,3	6,1
2009	-15,5	-14,1	116,9	143,2	42,4	37,5	4,9	6,0
2010	+16,6	+16,3	138,9	153,4	47,0	41,4	5,6	6,1
2011	+10,9	+13,0	131,7	144,9	50,2	45,1	5,1	5,6
2012	+4,9	+3,9	149,3	177,5	51,6	46,0	5,6	6,7
2007/02	+8,5	+8,0	117,8	105,0	40,7	35,4	5,2	4,6
2012/07	+3,6	+4,5	143,8	158,7	47,8	42,0	5,8	6,3

¹ In jeweiligen Preisen.

 $\label{thm:Quellen:Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.}$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohn	quote	Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³	
				unbereinigt ¹	bereinigt ²			
Jahr	V	eränderung in % p.a	a.	ir	1%	Veränderu	ng in % p.a.	
1991				70,8	70,8			
1992	+6,7	+2,6	+8,4	71,9	72,1	+10,2	+4,0	
1993	+1,4	-0,8	+2,3	72,5	72,9	+4,3	+0,9	
1994	+4,1	+8,2	+2,5	71,4	72,0	+1,9	-2,3	
1995	+3,9	+4,9	+3,5	71,1	71,8	+2,9	-0,9	
1996	+1,5	+3,1	+0,8	70,7	71,5	+1,2	+0,4	
1997	+1,5	+4,2	+0,3	69,9	70,8	+0,0	-2,5	
1998	+1,8	+1,3	+2,0	70,0	71,0	+0,8	+0,4	
1999	+1,0	-2,4	+2,5	71,1	72,0	+1,3	+1,3	
2000	+2,2	-1,5	+3,7	72,1	72,9	+1,3	+1,7	
2001	+2,3	+3,6	+1,9	71,8	72,6	+2,0	+1,3	
2002	+0,9	+1,7	+0,6	71,6	72,5	+1,4	+0,1	
2003	+1,1	+3,2	+0,2	71,0	72,1	+1,1	-1,3	
2004	+4,9	+16,0	+0,3	67,9	69,2	+0,5	+0,9	
2005	+1,6	+6,4	-0,7	66,4	68,0	+0,3	-1,4	
2006	+5,5	+13,3	+1,6	63,9	65,5	+0,8	-1,2	
2007	+3,8	+5,8	+2,7	63,2	64,7	+1,5	-0,4	
2008	+0,7	-4,2	+3,6	65,0	66,5	+2,3	-0,4	
2009	-4,1	-12,4	+0,3	68,1	69,5	+0,0	+0,5	
2010	+5,9	+12,0	+3,0	66,2	67,6	+2,4	+1,7	
2011	+3,4	+1,3	+4,5	66,9	68,3	+3,4	+0,5	
2012	+2,5	+0,1	+3,7	68,1	69,0	+2,7	+0,6	
2007/02	+3,4	+8,8	+0,8	67,3	68,7	+0,8	-0,7	
2012/07	+1,6	-1,0	+3,0	66,3	67,6	+2,1	+0,6	

 $^{^1} Arbeit nehmer ent gelte in \% \, des \, Volksein kommens.$

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

 $^{^2\,\}mathrm{Korrigiert}$ um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 25. April 2013

Erläuterungen zu den Tabellen 5 bis 12

- 1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite https://circabc.europa.eu/. Die Budgetsemielastizität basiert auf den von der OECD geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke (siehe Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries", OECD Economics Department Working Papers 434) sowie methodischer Erweiterungen und Aktualisierung des für Einnahmenund Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission (s. Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): "The cyclicallyadjusted budget balance used in the EU fiscal framework: an update", Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478).
- Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die

- gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), die an aktuelle Entwicklungen angepasst wird (z. B. Zuwanderung). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.
- 3. Die Bundesregierung verwendet seit der Herbstprojektion 2012 für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die Altersgruppe der 15-Jährigen bis einschließlich 74-Jährigen anstatt wie vorher die der 15-Jährigen bis einschließlich 64-Jährigen. Die Europäische Kommission hat diese neue Definition erstmalig in der Winterprojektion 2013 verwendet.
- 4. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Frühjahrsprojektion 2013 der Bundesregierung.
- 6. Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.
 - Die **Produktionslücke** kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unter-beziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsemielastizität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und
Hintergrundinformationen sind im
Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die
Ermittlung der Konjunkturkomponente
des Bundes im Rahmen der neuen
Schuldenregel" zu finden. (http://www.
bundesfinanzministerium.de/nn_123210/DE/
BMF__Startseite/Aktuelles/Monatsbericht__
des__BMF/2011/02/analysen-und-berichte/
b03-konjunkturkomponente-des-bundes/
node.html?__nnn=true).

Tabelle 5: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsemieslastizität	Konjunkturkomponente ¹
		in Mrd. € (nominal)		Budgetsermeslastizität	in Mrd. € (nominal)
2014	2 813,7	2 791,4	-22,3	0,210	-4,7
2015	2 890,7	2 875,0	-15,7	0,210	-3,3
2016	2 968,3	2 961,1	-7,2	0,210	-1,5
2017	3 049,8	3 049,8	0,0	0,210	0,0

¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

Tabelle 6: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial		Produktionslücken				
	preisbo	ereinigt	nom	ninal	preisber	einigt	nom	ninal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd.€	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP	
1980	1 383,5		835,2		32,3	2,3	19,5	2,3	
1981	1 413,9	+2,2	889,2	+6,5	9,4	0,7	5,9	0,7	
1982	1 442,2	+2,0	948,5	+6,7	-24,5	-1,7	-16,1	-1,7	
1983	1 470,7	+2,0	994,5	+4,8	-30,8	-2,1	-20,8	-2,1	
1984	1 500,7	+2,0	1 034,9	+4,1	-20,1	-1,3	-13,9	-1,3	
1985	1 531,7	+2,1	1 078,8	+4,2	-16,7	-1,1	-11,8	-1,1	
1986	1 566,6	+2,3	1 136,4	+5,3	-16,9	-1,1	-12,3	-1,1	
1987	1 603,4	+2,4	1 178,0	+3,7	-32,0	-2,0	-23,5	-2,0	
1988	1 643,4	+2,5	1 227,9	+4,2	-13,8	-0,8	-10,3	-0,8	
1989	1 689,4	+2,8	1 298,5	+5,8	3,8	0,2	2,9	0,2	
1990	1 739,8	+3,0	1 382,6	+6,5	42,4	2,4	33,7	2,4	
1991	1 793,2	+3,1	1 469,1	+6,3	80,0	4,5	65,5	4,5	
1992	1 847,7	+3,0	1 595,5	+8,6	61,3	3,3	52,9	3,3	
1993	1 896,3	+2,6	1 702,7	+6,7	-6,4	-0,3	-5,8	-0,3	
1994	1 936,2	+2,1	1 781,8	+4,6	0,4	0,0	0,4	0,0	
1995	1 970,8	+1,8	1 850,2	+3,8	-1,8	-0,1	-1,7	-0,1	
1996	2 002,2	+1,6	1 891,7	+2,2	-17,6	-0,9	-16,7	-0,9	
1997	2 031,8	+1,5	1 924,6	+1,7	-12,7	-0,6	-12,0	-0,6	
1998	2 061,3	+1,5	1 964,1	+2,1	-4,7	-0,2	-4,4	-0,2	
1999	2 093,3	+1,5	1 998,4	+1,7	1,9	0,1	1,8	0,1	
2000	2 126,7	+1,6	2 016,6	+0,9	32,5	1,5	30,9	1,5	
2001	2 159,6	+1,5	2 070,9	+2,7	32,3	1,5	31,0	1,5	
2002	2 190,7	+1,4	2 130,8	+2,9	1,5	0,1	1,4	0,1	
2003	2 219,1	+1,3	2 182,1	+2,4	-35,2	-1,6	-34,6	-1,6	
2004	2 247,2	+1,3	2 233,3	+2,3	-37,9	-1,7	-37,6	-1,7	
2005	2 274,6	+1,2	2 274,6	+1,8	-50,2	-2,2	-50,2	-2,2	
2006	2 304,2	+1,3	2 311,4	+1,6	2,5	0,1	2,5	0,1	
2007	2 334,2	+1,3	2 379,6	+3,0	47,9	2,1	48,9	2,1	
2008	2 362,4	+1,2	2 427,1	+2,0	45,5	1,9	46,7	1,9	
2009	2 384,0	+0,9	2 478,0	+2,1	-99,5	-4,2	-103,5	-4,2	
2010	2 408,3	+1,0	2 526,5	+2,0	-28,9	-1,2	-30,3	-1,2	
2011	2 438,1	+1,2	2 578,4	+2,1	13,4	0,6	14,2	0,6	
2012	2 472,4	+1,4	2 648,8	+2,7	-4,6	-0,2	-4,9	-0,2	
2013	2 506,4	+1,4	2 731,5	+3,1	-27,4	-1,1	-29,9	-1,1	
2014	2 539,8	+1,3	2 813,7	+3,0	-20,2	-0,8	-22,3	-0,8	
2015	2 568,9	+1,1	2 890,7	+2,7	-14,0	-0,5	-15,7	-0,5	
2016	2 597,1	+1,1	2 968,3	+2,7	-6,3	-0,2	-7,2	-0,2	
2017	2 627,1	+1,2	3 049,8	+2,7	0,0	0,0	0,0	0,0	

Tabelle 7: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,2	1,0	0,1	1,1
1982	+2,0	1,0	0,0	1,0
1983	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1984	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,3	1,4	0,0	0,8
1987	+2,4	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,6	0,0	0,8
1989	+2,8	1,7	0,2	0,9
1990	+3,0	1,8	0,2	0,9
1991	+3,1	1,8	0,2	1,0
1992	+3,0	1,6	0,2	1,1
1993	+2,6	1,4	0,1	1,1
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,6	1,0	-0,3	0,9
1997	+1,5	0,9	-0,4	0,9
1998	+1,5	0,9	-0,3	0,9
1999	+1,5	0,9	-0,3	0,9
2000	+1,6	1,0	-0,3	0,9
2001	+1,5	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,4	0,9	-0,2	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,3	0,8	0,0	0,5
2005	+1,2	0,7	0,0	0,5
2006	+1,3	0,7	0,0	0,5
2007	+1,3	0,7	0,1	0,5
2008	+1,2	0,5	0,1	0,5
2009	+0,9	0,4	0,0	0,4
2010	+1,0	0,5	0,2	0,4
2011	+1,2	0,4	0,4	0,4
2012	+1,4	0,4	0,6	0,4
2013	+1,4	0,5	0,5	0,4
2014	+1,3	0,5	0,4	0,4
2015	+1,1	0,6	0,2	0,4
2016	+1,1	0,6	0,0	0,4
2017	+1,2	0,7	0,0	0,4

 $^{^1} Abweichungen \, des \, ausgewiesen en Potenzial wachstums \, von \, der Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungsbedingt.$

Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	nigt ¹	nomin	al
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	689,7		166,7	
1961	721,6	+4,6	186,4	+11,8
1962	755,3	+4,7	207,0	+11,1
1963	776,5	+2,8	219,3	+5,9
1964	828,3	+6,7	243,2	+10,9
1965	872,6	+5,4	266,9	+9,7
1966	896,9	+2,8	276,9	+3,7
1967	894,2	-0,3	271,9	-1,8
1968	942,9	+5,5	298,5	+9,8
1969	1013,3	+7,5	340,5	+14,1
1970	1 064,3	+5,0	390,9	+14,8
1971	1 097,7	+3,1	433,8	+11,0
1972	1 144,9	+4,3	473,0	+9,0
1973	1 199,6	+4,8	526,8	+11,4
1974	1 210,3	+0,9	570,2	+8,2
1975	1 199,8	-0,9	597,2	+4,8
1976	1 259,1	+4,9	647,5	+8,4
1977	1 301,3	+3,3	690,0	+6,6
1978	1 340,4	+3,0	735,9	+6,7
1979	1 396,1	+4,2	799,2	+8,6
1980	1 415,7	+1,4	854,7	+6,9
1981	1 423,2	+0,5	895,1	+4,7
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,2
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,4
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,9
1985	1 515,0	+2,3	1 067,0	+4,5
1986	1 549,7	+2,3	1 124,2	+5,4
1987	1 571,4	+1,4	1 154,5	+2,7
1988	1 629,7	+3,7	1 217,5	+5,5
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,9
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,8
1991	1 873,2	+5,1	1 534,6	+8,4
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,4
1993	1 889,9	-1,0	1 696,9	+2,9
1994	1 936,6	+2,5	1782,2	+5,0
1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,7
1996	1 984,6	+0,8	1 875,0	+1,4
1997	2 019,1	+1,7	1912,6	+2,0
1998	2 056,7	+1,9	1 959,7	+2,5
1999	2 095,2	+1,9	2 000,2	+2,1

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisbere	inigt ¹	nomina	al
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	2 159,2	+3,1	2 047,5	+2,4
2001	2 191,9	+1,5	2 101,9	+2,7
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,4
2003	2 183,9	-0,4	2 147,5	+0,7
2004	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,2
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,3
2006	2 306,7	+3,7	2 313,9	+4,0
2007	2 382,1	+3,3	2 428,5	+5,0
2008	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,9
2009	2 284,5	-5,1	2 374,5	-4,0
2010	2 379,4	+4,2	2 496,2	+5,1
2011	2 451,5	+3,0	2 592,6	+3,9
2012	2 467,7	+0,7	2 643,9	+2,0
2013	2 478,9	+0,5	2 701,6	+2,2
2014	2 519,6	+1,6	2 791,4	+3,3
2015	2 555,0	+1,4	2 875,0	+3,0
2016	2 590,8	+1,4	2 961,1	+3,0
2017	2 627,1	+1,4	3 049,8	+3,0

 $^{^{1}}$ Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2005 = 100).

Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten		
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
960	54 632			59,9	32 275	
1961	54 667	+0,1		60,4	32 725	+1,4
1962	54803	+0,2		60,4	32 839	+0,3
1963	55 035	+0,4		60,4	32 917	+0,2
1964	55 219	+0,3		60,2	32 945	+0,1
1965	55 499	+0,5	59,8	60,2	33 132	+0,6
1966	55 793	+0,5	59,4	59,7	33 030	-0,3
1967	55 845	+0,1	59,0	58,6	31 954	-3,3
1968	55 951	+0,2	58,7	58,1	31 982	+0,1
1969	56 377	+0,8	58,5	58,2	32 479	+1,6
1970	56 586	+0,4	58,5	58,5	32 926	+1,4
1971	56 729	+0,3	58,5	58,7	33 076	+0,5
1972	57 126	+0,7	58,5	58,7	33 258	+0,6
1973	57 519	+0,7	58,5	59,1	33 660	+1,2
1974	57 776	+0,4	58,3	58,7	33 341	-0,9
1975	57 814	+0,1	58,1	58,0	32 504	-2,5
1976	57 871	+0,1	58,0	57,8	32 369	-0,4
1977	58 057	+0,3	58,0	57,6	32 442	+0,2
1978	58 348	+0,5	58,1	57,8	32 763	+1,0
1979	58 738	+0,7	58,4		33 396	
				58,3		+1,9
1980	59 196	+0,8	58,8	58,8	33 956	+1,7
1981	59 595	+0,7	59,4	59,3	33 996	+0,1
1982	59 823	+0,4	60,1	60,1	33 734	-0,8
1983	59 931	+0,2	60,9	61,0	33 427	-0,9
1984	59 957	+0,0	61,7	61,7	33 715	+0,9
1985	59 980	+0,0	62,4	62,6	34 188	+1,4
1986	60 095	+0,2	63,2	63,1	34 845	+1,9
1987	60 194	+0,2	63,8	63,7	35 331	+1,4
1988	60 300	+0,2	64,4	64,4	35 834	+1,4
1989	60 567	+0,4	64,9	64,8	36 507	+1,9
1990	60 955	+0,6	65,3	65,8	37 657	+3,2
1991	61 427	+0,8	65,5	66,5	38 712	+2,8
1992	62 068	+1,0	65,5	65,6	38 183	-1,4
1993	62 679	+1,0	65,4	65,0	37 695	-1,3
1994	63 022	+0,5	65,3	65,0	37 667	-0,1
1995	63 211	+0,3	65,3	64,9	37 802	+0,4
1996	63 340	+0,2	65,5	65,2	37 772	-0,1
1997	63 383	+0,1	65,7	65,5	37 716	-0,1
1998	63 381	-0,0	66,0	66,1	38 148	+1,1
1999	63 431	+0,1	66,3	66,4	38 721	+1,5

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipat	tionsraten		
Jahr	Erwerbsbe	völkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
2000	63 515	+0,1	66,6	66,9	39 382	+1,7
2001	63 643	+0,2	66,9	67,1	39 485	+0,3
2002	63 819	+0,3	67,1	67,0	39 257	-0,6
2003	63 942	+0,2	67,3	67,0	38 918	-0,9
2004	63 998	+0,1	67,5	67,5	39 034	+0,3
2005	64032	+0,1	67,7	68,0	38 976	-0,1
2006	64 029	-0,0	67,9	67,8	39 192	+0,6
2007	63 983	-0,1	68,0	67,9	39 857	+1,7
2008	63 881	-0,2	68,2	68,1	40 348	+1,2
2009	63 650	-0,4	68,5	68,5	40 370	+0,1
2010	63 381	-0,4	68,8	68,7	40 603	+0,6
2011	63 218	-0,3	69,1	69,1	41 164	+1,4
2012	63 205	-0,0	69,4	69,5	41 613	+1,1
2013	63 108	-0,2	69,7	69,8	41 813	+0,5
2014	62 884	-0,4	70,0	70,0	41 933	+0,3
2015	62 587	-0,5	70,3	70,3	42 016	+0,2
2016	62 250	-0,5	70,6	70,6	42 100	+0,2
2017	61 957	-0,5	70,9	70,9	42 184	+0,2
2018	61 734	-0,4	71,1	71,1		
2019	61 507	-0,4	71,4	71,3		
2020	61 381	-0,2	71,6	71,6		

¹12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbs	tätigem, Arbeitsst	Arbeitnehr	mer, Inland	Erwerbslose, Inländer		
Jahr	Tre	Trend		. prognostiziert			in % der Erwerbs-	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	
960			2 165	,	25 095		1,4	
961			2 138	-1,2	25 710	+2,5	0,9	
962			2 102	-1,7	26 079	+1,4	0,8	
1963			2 071	-1,4	26 377	+1,1	1,0	
1964			2 083	+0,6	26 673	+1,1	0,9	
1965	2 065		2 069	-0,7	27 035	+1,4	0,8	
1966	2 041	-1,2	2 043	-1,3	27 050	+0,1	0,8	
1967	2 017	-1,2	2 005	-1,8	26 139	-3,4	2,4	1,0
968	1 994	-1,1	1 993	-0,6	26 305	+0,6	1,7	1,
969	1 971	-1,2	1 973	-1,0	27 034	+2,8	0,9	1,
1970	1 948	-1,2	1 958	-0,8	27814	+2,9	0,5	1,
1971	1 923	-1,3	1 926	-1,6	28 276	+1,7	0,7	1,
972	1 897	-1,4	1 903	-1,2	28 616	+1,2	0,9	1,
973	1 870	-1,4	1 875	-1,5	29 133	+1,8	1,0	1,
974	1 845	-1,3	1 835	-2,1	28 983	-0,5	1,7	1,
975	1 823	-1,2	1 798	-2,0	28 319	-2,3	3,1	1,
976	1 805	-1,0	1811	+0,7	28 397	+0,3	3,2	2,
977	1 788	-0,9	1 793	-1,0	28 632	+0,8	3,1	2,
978	1 773	-0,9	1 775	-1,1	29 025	+1,4	2,9	3,
979	1 758	-0,9	1 763	-0,7	29 755	+2,5	2,4	3,
980	1 742	-0,9	1 743	-1,1	30 337	+2,0	2,4	4,
981	1 727	-0,9	1 722	-1,2	30 416	+0,3	3,8	4,
982	1 712	-0,9	1 711	-0,6	30 192	-0,7	6,2	5,
983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,
984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,
985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	7,
1986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,
1987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,
988	1 610	-1,0	1 617	-0,3	32 356	+1,6	7,7	7,
989	1 594	-1,0	1 594	-1,4	33 004	+2,0	6,9	7,
990	1 579	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,
991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,
992	1 556	-0,7	1 564	+0,8	34567	-1,7	6,2	7,
993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34020	-1,6	7,5	7,
994	1 537	-0,6	1 545	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,
995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,
996	1 516	-0,7	1 5 1 1	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,
997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,
998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34 189	+1,1	8,9	8,
1999	1 483	-0,8	1 491	-0,5	34 735	+1,6	8,1	8,

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbst	ätigem, Arbeitsst	unden	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslos	e, Inländer
Jahr	Tre	end	Tatsächlich bzw	. prognostiziert			in % der Erwerbs-	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	NAVVKU
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,9	7,4	8,4
2001	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,5	8,5
2002	1 449	-0,7	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,6
2003	1 441	-0,6	1 436	-0,4	34 800	-1,1	9,1	8,7
2004	1 434	-0,5	1 436	+0,0	34 777	-0,1	9,6	8,7
2005	1 428	-0,4	1 431	-0,4	34 559	-0,6	10,5	8,7
2006	1 423	-0,4	1 424	-0,5	34 736	+0,5	9,8	8,5
2007	1 417	-0,4	1 422	-0,1	35 359	+1,8	8,3	8,2
2008	1 411	-0,4	1 422	-0,0	35 868	+1,4	7,2	7,8
2009	1 406	-0,4	1 383	-2,7	35 900	+0,1	7,4	7,4
2010	1 402	-0,3	1 407	+1,7	36 110	+0,6	6,8	6,8
2011	1 399	-0,2	1 406	-0,0	36 625	+1,4	5,7	6,3
2012	1 396	-0,2	1 397	-0,7	37 067	+1,2	5,3	5,7
2013	1 395	-0,1	1 389	-0,6	37 287	+0,6	5,1	5,1
2014	1 394	-0,0	1 393	+0,3	37375	+0,2	4,8	4,5
2015	1 394	+0,0	1 394	+0,1	37 450	+0,2	4,5	4,2
2016	1 395	+0,1	1 396	+0,1	37 524	+0,2	4,2	4,1
2017	1 396	+0,1	1 397	+0,1	37 599	+0,2	4,0	4,0
2018	1 398	+0,1	1 399	+0,1				
2019	1 399	+0,1	1 400	+0,1				
2020	1 401	+0,1	1 400	+0,1				

 $^{^{1} 12.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvoraus berechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1,\ angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$

 $^{^{\}rm 2}$ NAWRU - Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.

Tabelle 10: Kapital stock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	ereinigt	preisbe	ereinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1980	6 110,9	+3,5	286,6	+2,3	1,4
1981	6 3 0 7, 7	+3,2	273,2	-4,7	1,2
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,3
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,5
1984	6 823,4	+2,5	269,0	+0,2	1,5
1985	6 985,8	+2,4	270,8	+0,7	1,6
1986	7 149,0	+2,3	279,4	+3,2	1,7
1987	7 3 1 5, 5	+2,3	285,2	+2,1	1,7
1988	7 487,8	+2,4	299,6	+5,0	1,7
1989	7 672,9	+2,5	321,3	+7,2	1,8
1990	7 876,2	+2,7	346,9	+8,0	1,9
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,6
1992	8 378,1	+3,3	382,2	+4,6	1,4
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,3
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,5
1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,4
 1996	9 384,7	+2,7	378,6	-0,6	1,5
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,5
1998	9 862,1	+2,5	397,4	+4,0	1,6
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,7
2000	10 361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,7
2001	10 601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,7
2002	10 807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,7
2003	10 984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,9
2004	11 148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,0
2005	11 304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,1
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,2
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,2
2008	11 830,9	+1,6	441,4	+1,3	2,2
2009	11 983,4	+1,3	390,3	-11,6	2,0
2010	12 113,7	+1,1	413,3	+5,9	2,4
2011	12 253,1	+1,2	438,8	+6,2	2,5
2012	12 392,5	+1,1	427,8	-2,5	2,4
2013	12 528,5	+1,1	426,9	-0,2	2,3
2014	12 661,0	+1,1	444,3	+4,1	2,5
2015	12 798,6	+1,1	456,7	+2,8	2,5
2016	12 947,8	+1,2	469,4	+2,8	2,5
2017	13 106,0	+1,2	482,5	+2,8	2,5

Tabelle 11: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4285	-7,4395
1981	-7,4270	-7,4295
1982	-7,4314	-7,4191
1983	-7,4141	-7,4076
1984	-7,3961	-7,3952
1985	-7,3814	-7,3820
1986	-7,3718	-7,3679
1987	-7,3662	-7,3529
1988	-7,3450	-7,3365
1989	-7,3180	-7,3192
1990	-7,2866	-7,3014
1991	-7,2573	-7,2838
1992	-7,2459	-7,2676
1993	-7,2510	-7,2533
1994	-7,2351	-7,2406
1995	-7,2238	-7,2295
1996	-7,2171	-7,2195
1997	-7,2052	-7,2101
1998	-7,2001	-7,2010
1999	-7,1966	-7,1917
2000	-7,1770	-7,1819
2001	-7,1639	-7,1722
2002	-7,1615	-7,1631
2003	-7,1628	-7,1547
2004	-7,1585	-7,1469
2005	-7,1532	-7,1395
2006	-7,1223	-7,1321
2007	-7,1056	-7,1256
2008	-7,1081	-7,1201
2009	-7,1476	-7,1159
2010	-7,1254	-7,1114
2011	-7,1084	-7,1070
2012	-7,1083	-7,1026
2013	-7,1071	-7,0978
2014	-7,0982	-7,0924
2015	-7,0900	-7,0865
2016	-7,0822	-7,0801
2017	-7,0745	-7,0734

Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjah
1960	24,2		27,7		83,9	
1961	25,8	+6,8	28,6	+3,3	94,7	+12,9
1962	27,4	+6,1	29,5	+2,9	104,8	+10,6
1963	28,2	+3,0	30,3	+3,0	112,4	+7,3
1964	29,4	+4,0	31,0	+2,2	123,0	+9,4
1965	30,6	+4,2	32,0	+3,2	136,5	+11,0
1966	30,9	+0,9	33,2	+3,6	147,0	+7,7
1967	30,4	-1,5	33,7	+1,6	146,7	-0,2
1968	31,7	+4,1	34,2	+1,6	157,6	+7,4
1969	33,6	+6,2	34,9	+1,9	177,3	+12,6
1970	36,7	+9,3	36,1	+3,5	210,6	+18,7
1971	39,5	+7,6	38,1	+5,6	238,7	+13,3
1972	41,3	+4,5	39,9	+4,7	264,6	+10,9
1973	43,9	+6,3	42,9	+7,4	301,2	+13,8
1974	47,1	+7,3	46,3	+8,0	333,1	+10,6
1975	49,8	+5,7	48,8	+5,5	348,1	+4,5
1976	51,4	+3,3	50,7	+3,8	376,2	+8,1
1977	53,0	+3,1	52,0	+2,7	403,9	+7,4
1978	54,9	+3,5	53,0	+1,9	431,2	+6,8
1979	57,2	+4,3	56,1	+5,7	466,9	+8,3
1980	60,4	+5,5	59,9	+6,7	507,6	+8,7
1981	62,9	+4,2	63,5	+6,1	532,3	+4,9
1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0
1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3
1987	73,5	+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5
1988	74,7	+1,7	72,1	+1,9	695,8	+4,2
1989	76,9	+2,9	74,9	+3,9	728,0	+4,6
1990	79,5	+3,4	77,1	+3,0	787,6	+8,2
1991	81,9	+3,1	79,4	+2,9	858,8	+9,0
1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5
1993	89,8	+4,0	85,9	+3,6	954,0	+2,4
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7
1996	94,5	+0,6	90,1	+1,0	1 022,9	+0,8
1997	94,7	+0,3	91,3	+1,3	1 026,2	+0,3
1998	95,3	+0,6	91,7	+0,5	1 047,2	+2,0
1999	95,5	+0,0	92,1	+0,4	1 047,2	+2,5

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Bruti	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmerentgelte, Inland		
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjah	
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1 114,1	+3,8	
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9	
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6	
2003	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,2	
2004	99,4	+1,1	98,4	+1,2	1 147,5	+0,3	
2005	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7	
2006	100,3	+0,3	101,0	+1,0	1 157,0	+1,5	
2007	101,9	+1,6	102,5	+1,5	1 187,0	+2,6	
2008	102,7	+0,8	104,2	+1,6	1 229,4	+3,6	
2009	103,9	+1,2	104,2	-0,0	1 232,4	+0,2	
2010	104,9	+0,9	106,3	+2,0	1 269,3	+3,0	
2011	105,8	+0,8	108,5	+2,1	1 326,3	+4,5	
2012	107,1	+1,3	110,2	+1,6	1 375,5	+3,7	
2013	109,0	+1,7	112,1	+1,7	1 416,3	+3,0	
2014	110,8	+1,7	114,2	+1,9	1 459,7	+3,1	
2015	112,5	+1,6	116,2	+1,7	1 499,4	+2,7	
2016	114,3	+1,6	118,2	+1,7	1 539,8	+2,7	
2017	116,1	+1,6	120,2	+1,7	1 581,3	+2,7	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

land					jährliche\	/eränderun	gen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	+2,6	+5,1	+1,7	+3,1	+0,7	-5,1	+4,2	+3,0	+0,7	+0,4	+1,8
Belgien	+1,7	+3,1	+22,9	+3,7	+1,8	-2,8	+2,4	+1,8	-0,3	+0,0	+1,2
Estland	-	-	+4,5	+9,7	+8,9	-14,1	+3,3	+8,3	+3,2	+3,0	+4,0
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+3,5	+2,3	-3,1	-4,9	-7,1	-6,4	-4,2	+0,6
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	-3,7	-0,3	+0,4	-1,4	-1,5	+0,9
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	-3,1	+1,7	+2,0	+0,0	-0,1	+1,1
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+10,7	+5,9	-5,5	-0,8	+1,4	+0,9	+1,1	+2,2
Italien	+2,8	+2,1	+2,9	+3,7	+0,9	-5,5	+1,7	+0,4	-2,4	-1,3	+0,7
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	-1,9	+1,3	+0,5	-2,4	-8,7	-3,9
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,3	-4,1	+2,9	+1,7	+0,3	+0,8	+1,6
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,6	-2,6	+2,9	+1,7	+0,8	+1,4	+1,8
Niederlande	+2,5	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	-3,7	+1,6	+1,0	-1,0	-0,8	+0,9
Österreich	+2,5	+4,3	+2,7	+3,7	+2,4	-3,8	+2,1	+2,7	+0,8	+0,6	+1,8
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	-2,9	+1,9	-1,6	-3,2	-2,3	+0,6
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	-4,9	+4,4	+3,2	+2,0	+1,0	+2,8
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	-7,8	+1,2	+0,6	-2,3	-2,0	-0,1
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	-8,5	+3,3	+2,8	-0,2	+0,3	+1,0
Euroraum	-	-	+2,3	+3,8	+1,7	-4,4	+2,0	+1,4	-0,6	-0,4	+1,2
Bulgarien	-	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+0,4	+1,8	+0,8	+0,9	+1,7
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	-5,7	+1,6	+1,1	-0,5	+0,7	+1,7
Lettland	-	-	-0,9	+5,7	+10,1	-17,7	-0,9	+5,5	+5,6	+3,8	+4,1
Litauen	-	-	+3,3	+3,6	+7,8	-14,8	+1,5	+5,9	+3,7	+3,1	+3,6
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+1,6	+3,9	+4,5	+1,9	+1,1	+2,2
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	-6,6	-1,1	+2,2	+0,7	+1,6	+2,2
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	-5,0	+6,6	+3,7	+0,8	+1,5	+2,5
Tschechien	-	-	+6,2	+4,2	+6,8	-4,5	+2,5	+1,9	-1,3	-0,4	+1,6
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	-6,8	+1,3	+1,6	-1,7	+0,2	+1,4
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,2	+2,8	-4,0	+1,8	+1,0	+0,3	+0,6	+1,7
EU	-	-	+2,6	+3,9	+2,1	-4,3	+2,1	+1,6	-0,3	-0,1	+1,4
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,3	+1,3	-5,5	+4,7	-0,6	+2,0	+1,4	+1,6
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	-3,1	+2,4	+1,8	+2,2	+1,9	+2,6

 $Quellen: \ EU-Kommission, Fr\"{u}hjahrsprognose\ und\ Statistischer\ Annex,\ Mai\ 2013.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

			jährlich	ne Veränderungei	n in %		
Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	+2,8	+0,2	+1,2	+2,5	+2,1	+1,8	+1,6
Belgien	+4,5	+0,0	+2,3	+3,4	+2,6	+1,3	+1,6
Estland	+10,6	+0,2	+2,7	+5,1	+4,2	+3,6	+3,1
Griechenland	+4,2	+1,3	+4,7	+3,1	+1,0	-0,8	-0,4
Spanien	+4,1	-0,2	+2,0	+3,1	+2,4	+1,5	+0,8
Frankreich	+3,2	+0,1	+1,7	+2,3	+2,2	+1,2	+1,7
Irland	+3,1	-1,7	-1,6	+1,2	+1,9	+1,3	+1,3
Italien	+3,5	+0,8	+1,6	+2,9	+3,3	+1,6	+1,5
Zypern	+4,4	+0,2	+2,6	+3,5	+3,1	+1,0	+1,2
Luxemburg	+4,1	+0,0	+2,8	+3,7	+2,9	+1,9	+1,7
Malta	+4,7	+1,8	+2,0	+2,5	+3,2	+1,9	+1,9
Niederlande	+2,2	+1,0	+0,9	+2,5	+2,8	+2,8	+1,5
Österreich	+3,2	+0,4	+1,7	+3,6	+2,6	+2,0	+1,8
Portugal	+2,7	-0,9	+1,4	+3,6	+2,8	+0,7	+1,0
Slowakei	+3,9	+0,9	+0,7	+4,1	+3,7	+1,9	+2,0
Slowenien	+5,5	+0,9	+2,1	+2,1	+2,8	+2,2	+1,4
Finnland	+3,9	+1,6	+1,7	+3,3	+3,2	+2,4	+2,2
Euroraum	+3,3	+0,3	+1,6	+2,7	+2,5	+1,6	+1,5
Bulgarien	+12,0	+2,5	+3,0	+3,4	+2,4	+2,0	+2,6
Dänemark	+3,6	+1,1	+2,2	+2,7	+2,4	+1,1	+1,6
Lettland	+15,3	+3,3	-1,2	+4,2	+2,3	+1,4	+2,1
Litauen	+11,1	+4,2	+1,2	+4,1	+3,2	+2,1	+2,7
Polen	+4,2	+4,0	+2,7	+3,9	+3,7	+1,4	+2,0
Rumänien	+7,9	+5,6	+6,1	+5,8	+3,4	+4,3	+3,1
Schweden	+3,3	+1,9	+1,9	+1,4	+0,9	+0,9	+1,4
Tschechien	+6,3	+0,6	+1,2	+2,1	+3,5	+1,9	+1,2
Ungarn	+6,0	+4,0	+4,7	+3,9	+5,7	+2,6	+3,1
Vereinigtes Königreich	+3,6	+2,2	+3,3	+4,5	+2,8	+2,8	+2,5
EU	+3,7	+1,0	+2,1	+3,1	+2,6	+1,8	+1,7
Japan	+1,4	-1,4	-0,7	-0,3	+0,0	+0,2	+1,8
USA	+3,8	-0,4	+1,6	+3,2	+2,1	+1,8	+2,1

Quelle: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

				ir	n% der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	7,2	4,8	8,3	8,0	11,3	7,8	7,1	5,9	5,5	5,4	5,3
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,9	8,3	7,2	7,6	8,0	8,0
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	13,8	16,9	12,5	10,2	9,7	9,0
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	9,5	12,6	17,7	24,3	27,0	26,0
Spanien	17,8	14,4	20,0	11,7	9,2	18,0	20,1	21,7	25,0	27,0	26,4
Frankreich	8,9	8,0	10,5	9,0	9,3	9,5	9,7	9,6	10,2	10,6	10,9
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	12,0	13,9	14,7	14,7	14,2	13,7
Italien	8,2	8,9	11,2	10,0	7,7	7,8	8,4	8,4	10,7	11,8	12,2
Zypern	-	-	2,6	4,8	5,3	5,4	6,3	7,9	11,9	15,5	16,9
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	5,1	4,6	4,8	5,1	5,5	5,8
Malta	-	4,9	5,0	6,7	7,3	6,9	6,9	6,5	6,4	6,3	6,1
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,7	4,5	4,4	5,3	6,9	7,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,8	4,4	4,2	4,3	4,7	4,7
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	10,6	12,0	12,9	15,9	18,2	18,5
Slowakei	-	-	13,3	18,9	16,4	12,1	14,5	13,6	14,0	14,5	14,1
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	5,9	7,3	8,2	8,9	10,0	10,3
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	8,2	8,4	7,8	7,7	8,1	8,0
Euroraum	-	-	10,7	8,7	9,2	9,6	10,1	10,2	11,4	12,2	12,1
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	6,8	10,3	11,3	12,3	12,5	12,4
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	6,0	7,5	7,6	7,5	7,7	7,6
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	9,6	18,2	19,8	16,2	14,9	13,7	12,2
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,0	13,6	18,0	15,3	13,3	11,8	10,5
Polen	-	-	13,2	16,1	17,9	8,1	9,7	9,7	10,1	10,9	11,4
Rumänien	-	-	-	6,8	7,2	6,9	7,3	7,4	7,0	6,9	6,8
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	8,3	8,6	7,8	8,0	8,3	8,1
Tschechien	-	-	3,8	8,8	7,9	6,7	7,3	6,7	7,0	7,5	7,4
Ungarn	-	-	10,1	6,3	7,2	10,0	11,2	10,9	10,9	11,4	11,5
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	7,6	7,8	8,0	7,9	8,0	7,9
EU	-	-	-	8,8	9,0	9,0	9,7	9,7	10,5	11,1	11,1
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	5,1	5,1	4,6	4,3	4,3	4,2
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	9,3	9,6	8,9	8,1	7,7	7,2

 $Quellen: \ EU-Kommission, Fr\"uhjahrsprognose\ und\ Statistischer\ Annex,\ Mai\ 2013.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reale	es Bruttoii	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	ısbilanz	
			Verände	rung gege	ng gegenüber Vorjahr in %				В	in % des no ruttoinlan		i
	2011	2012	2013 ¹	2014 ¹	2011	2012	2013 ¹	2014 ¹	2011	2012	2013 ¹	2014 1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+4,8	+3,4	+3,4	+4,0	+10,1	+6,5	+6,8	+6,5	4,5	3,2	1,9	0,9
darunter												
Russische Föderation	+4,3	+3,4	+3,4	+3,8	+8,4	+5,1	+6,9	+6,2	5,2	4,0	2,5	1,6
Ukraine	+5,2	+0,2	+0,0	+2,8	+8,0	+0,6	+0,5	+4,7	-6,3	-8,2	-7,9	-7,8
Asien	+8,1	+6,6	+7,1	+7,3	+6,4	+4,5	+5,0	+5,0	1,6	1,1	1,1	1,3
darunter												
China	+9,3	+7,8	+8,0	+8,2	+5,4	+2,6	+3,0	+3,0	2,8	2,6	2,6	2,9
Indien	+7,7	+4,0	+5,7	+6,2	+8,9	+9,3	+10,8	+10,7	-3,4	-5,1	-4,9	-4,0
Indonesien	+6,5	+6,2	+6,3	+6,4	+5,4	+4,3	+5,6	+5,6	0,2	-2,8	-3,3	-3,3
Malaysia	+5,1	+5,6	+5,1	+5,2	+3,2	+1,7	+2,2	+2,4	11,0	6,4	6,0	5,
Thailand	+0,1	+6,4	+5,9	+4,2	+3,8	+3,0	+3,0	+3,4	1,7	0,7	1,0	1,
Lateinamerika	+4,6	+3,0	+3,4	+3,9	+6,6	+6,0	+6,1	+5,7	-1,3	-1,7	-1,7	-2,0
darunter												
Argentinien	+8,9	+1,9	+2,8	+3,5	+9,8	+10,0	+9,8	+10,1	-0,4	0,1	-0,1	-0,
Brasilien	+2,7	+0,9	+3,0	+4,0	+6,6	+5,4	+6,1	+4,7	-2,1	-2,3	-2,4	-3,
Chile	+5,9	+5,5	+4,9	+4,6	+3,3	+3,0	+2,1	+3,0	-1,3	-3,5	-4,0	-3,
Mexiko	+3,9	+3,9	+3,4	+3,4	+3,4	+4,1	+3,7	+3,2	-0,8	-0,8	-1,0	-1,0
Sonstige												
Türkei	+8,5	+2,6	+3,4	+3,7	+6,5	+8,9	+6,6	+5,3	-9,7	-5,9	-6,8	-7,
Südafrika	+3,5	+2,5	+2,8	+3,3	+5,0	+5,7	+5,8	+5,5	-3,4	-6,3	-6,4	-6,

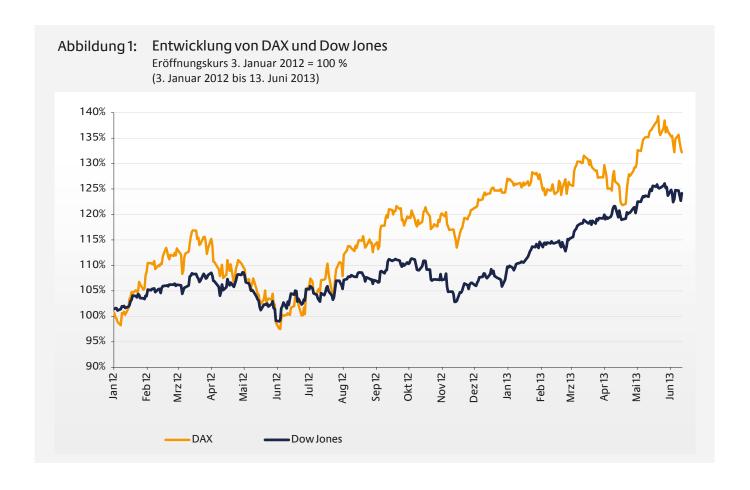
¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2013.

 $Kennzahlen\ zur\ gesamtwirtschaftlichen\ Entwicklung$

	••	
T 47	_	" - 1
	LINATSICHT WALTTINAN	7m2rvta
Tabelle IA	Übersicht Weltfinan	ZIIIaikte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13.06.2013	2012	zu Ende 2012	2012/2013	2012/2013
Dow Jones	15 176	13 104	+15,8	12 101	15 409
Euro Stoxx 50	2 662	2 636	+1,0	2 069	2 836
Dax	8 095	7 612	+6,4	5 9 6 9	8 531
CAC 40	3 798	3 641	+4,3	2 950	4051
Nikkei	12 445	10 395	+19,7	8 296	15 627
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	13.06.2013	2012	US-Bond	2012/2013	2012/2013
USA	2,16	1,77	-	1,39	2,39
Deutschland	1,56	1,32	-0,6	1,14	2,05
Japan	0,86	0,79	-1,3	0,45	1,05
Vereinigtes Königreich	2,14	1,83	-0,0	1,42	2,44
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13.06.2013	2012	zu Ende 2012	2012/2013	2012/2013
US-Dollar/Euro	1,33	1,32	+0,9	1,21	1,36
Yen/US-Dollar	95,36	86,74	+9,9	76,18	103,18
Yen/Euro	125,36	113,61	+10,3	94,63	133,26
Pfund/Euro	0,85	0,82	+3,6	0,78	0,88



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	
Deutschland													
EU-KOM	+3,0	+0,7	+0,4	+1,8	+2,5	+2,1	+1,8	+1,6	5,9	5,5	5,4	5,3	
OECD	+3,1	+0,9	+0,6	+1,9	+1,1	+1,1	+1,2	+1,2	5,8	5,3	5,5	5,6	
IWF	+3,1	+0,9	+0,6	+1,5	+2,5	+2,1	+1,6	+1,7	6,0	5,5	5,7	5,6	
USA													
EU-KOM	+1,8	+2,2	+1,9	+2,6	+3,2	+2,1	+1,8	+2,1	8,9	8,1	7,7	7,2	
OECD	+1,8	+2,2	+2,0	+2,8	+3,1	+2,1	+1,8	+2,0	8,9	8,1	7,8	7,5	
IWF	+1,8	+2,2	+1,9	+3,0	+3,1	+2,1	+1,8	+1,7	8,9	8,1	7,7	7,5	
Japan													
EU-KOM	-0,6	+2,0	+1,4	+1,6	-0,3	+0,0	+0,2	+1,8	4,6	4,3	4,3	4,2	
OECD	-0,7	+1,6	+0,7	+0,8	-0,3	+0,0	-0,5	+1,3	4,6	4,4	4,4	4,3	
IWF	-0,6	+2,0	+1,6	+1,4	-0,3	-0,0	+0,1	+3,0	4,6	4,4	4,1	4,1	
Frankreich													
EU-KOM	+1,7	+0,0	-0,1	+1,1	+2,3	+2,2	+1,2	+1,7	9,6	10,2	10,6	10,9	
OECD	+1,7	+0,2	+0,3	+1,3	+1,1	+1,1	+1,2	+1,2	9,2	9,9	10,7	10,9	
IWF	+1,7	+0,0	-0,1	+0,9	+2,1	+2,0	+1,6	+1,5	9,6	10,2	11,2	11,6	
Italien													
EU-KOM	+0,4	-2,4	-1,3	+0,7	+2,9	+3,3	+1,6	+1,5	8,4	10,7	11,8	12,2	
OECD	+0,6	-2,2	-1,0	+0,6	+1,1	+1,2	+1,2	+1,2	8,4	10,6	11,4	11,8	
IWF	+0,4	-2,4	-1,5	+0,5	+2,9	+3,3	+2,0	+1,4	8,4	10,6	12,0	12,4	
Vereinigtes Königreich													
EU-KOM	+1,0	+0,3	+0,6	+1,7	+4,5	+2,8	+2,8	+2,5	8,0	7,9	8,0	7,9	
OECD	+0,9	-0,1	+0,9	+1,6	+1,1	+1,1	+1,1	+1,1	8,1	8,0	8,3	8,0	
IWF	+0,9	+0,2	+0,7	+1,5	+4,5	+2,8	+2,7	+2,5	8,0	8,0	7,8	7,8	
Kanada													
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	+2,6	+2,0	+1,8	+2,4	+2,9	+1,6	+1,4	+1,8	7,5	7,3	7,2	6,9	
IWF	+2,6	+1,8	+1,5	+2,4	+2,9	+1,5	+1,5	+1,8	7,5	7,3	7,3	7,2	
Euroraum													
EU-KOM	+1,4	-0,6	-0,4	+1,2	+2,7	+2,5	+1,6	+1,5	10,2	11,4	12,2	12,1	
OECD	+1,5	-0,4	-0,1	+1,3	+1,0	+1,1	+1,1	+1,1	10,0	11,1	11,9	12,0	
IWF	+1,4	-0,6	-0,3	+1,1	+2,7	+2,5	+1,7	+1,5	10,2	11,4	12,3	12,3	
EZB	+1,5	+0,5	-0,3	+1,2	+2,7	+2,5	+1,6	+1,4	-	-	-	-	
EU-27													
EU-KOM	+1,6	-0,3	-0,1	+1,4	+3,1	+2,6	+1,8	+1,7	9,7	10,5	11,1	11,1	
IWF	+1,6	-0,2	+0,0	+1,3	+3,1	+2,6	+1,9	+1,8	_	-	_	-	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2013.

EZB: Eurosystem Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area, Dezember 2012 (BIP-Wachstum und Verbraucherpreise für den Euroraum; für 2012 und 2013 Mittelwertberechnung).

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	
Belgien													
EU-KOM	+1,8	-0,2	+0,0	+1,2	+3,4	+2,6	+1,3	+1,6	7,2	7,6	8,0	8,0	
OECD	+1,8	-0,1	+0,5	+1,6	+1,0	+1,1	+1,1	+1,1	7,2	7,4	7,7	7,7	
IWF	+1,8	-0,2	+0,2	+1,2	+3,4	+2,6	+1,7	+1,4	7,2	7,3	8,0	8,1	
Estland													
EU-KOM	+8,3	+3,2	+3,0	+4,0	+5,1	+4,2	+3,6	+3,1	12,5	10,2	9,7	9,0	
OECD	+8,3	+3,1	+3,7	+3,4	+1,3	+1,4	+1,4	+1,5	12,5	9,9	9,1	8,7	
IWF	+8,3	+3,2	+3,0	+3,2	+5,1	+4,2	+3,2	+2,8	11,7	9,8	7,8	6,2	
Finnland													
EU-KOM	+2,8	-0,2	+0,3	+1,0	+3,3	+3,2	+2,4	+2,2	7,8	7,7	8,1	8,0	
OECD	+2,7	+0,7	+1,1	+2,2	+1,2	+1,3	+1,3	+1,3	7,8	7,7	8,0	7,8	
IWF	+2,8	-0,2	+0,5	+1,2	+3,3	+3,2	+2,9	+2,5	7,8	7,7	8,1	8,1	
Griechenland													
EU-KOM	-7,1	-6,4	-4,2	+0,6	+3,1	+1,0	-0,8	-0,4	17,7	24,3	27,0	26,0	
OECD	-7,1	-6,3	-4,5	-1,3	+1,2	+1,2	+1,2	+1,2	17,7	23,6	26,7	27,2	
IWF	-7,1	-6,4	-4,2	+0,6	+3,1	+1,0	-0,8	-0,4	17,5	24,2	27,0	26,0	
Irland													
EU-KOM	+1,4	+0,9	+1,1	+2,2	+1,2	+1,9	+1,3	+1,3	14,7	14,7	14,2	13,7	
OECD	+1,4	+0,5	+1,3	+2,2	+1,0	+1,0	+1,0	+1,1	14,5	14,8	14,7	14,6	
IWF	+1,4	+0,9	+1,1	+2,2	+1,2	+1,9	+1,3	+1,3	14,6	14,7	14,2	13,7	
Luxemburg													
EU-KOM	+1,7	+0,3	+0,8	+1,6	+3,7	+2,9	+1,9	+1,7	4,8	5,1	5,5	5,8	
OECD	+1,7	+0,6	+1,2	+2,0	+1,2	+1,2	+1,2	+1,3	5,6	6,1	6,6	6,7	
IWF	+1,7	+0,1	+0,1	+1,3	+3,7	+2,9	+1,9	+1,9	5,7	6,0	6,3	6,4	
Malta													
EU-KOM	+1,7	+0,8	+1,4	+1,8	+2,5	+3,2	+1,9	+1,9	6,5	6,4	6,3	6,1	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+1,7	+0,8	+1,3	+1,8	+2,5	+3,2	+2,4	+2,0	6,5	6,3	6,4	6,3	
Niederlande													
EU-KOM	+1,0	-1,0	-0,8	+0,9	+2,5	+2,8	+2,8	+1,5	4,4	5,3	6,9	7,2	
OECD	+1,1	-0,9	+0,2	+1,5	+1,1	+1,1	+1,2	+1,2	4,3	5,2	5,8	6,1	
IWF	+1,0	-0,9	-0,5	+1,1	+2,5	+2,8	+2,8	+1,7	4,4	5,3	6,3	6,5	
Österreich													
EU-KOM	+2,7	+0,8	+0,6	+1,8	+3,6	+2,6	+2,0	+1,8	4,2	4,3	4,7	4,7	
OECD	+2,7	+0,6	+0,8	+1,8	+1,1	+1,2	+1,2	+1,2	4,1	4,4	4,7	4,7	
IWF	+2,7	+0,8	+0,8	+1,6	+3,6	+2,6	+2,2	+1,9	4,2	4,4	4,6	4,5	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	
Portugal													
EU-KOM	-1,6	-3,2	-2,3	+0,6	+3,6	+2,8	+0,7	+1,0	12,9	15,9	18,2	18,5	
OECD	-1,7	-3,1	-1,8	+0,9	+1,1	+1,1	+1,1	+1,1	12,7	15,5	16,9	16,6	
IWF	-1,6	-3,2	-2,3	+0,6	+3,6	+2,8	+0,7	+1,0	12,7	15,7	18,3	18,5	
Slowakei													
EU-KOM	+3,2	+2,0	+1,0	+2,8	+4,1	+3,7	+1,9	+2,0	13,6	14,0	14,5	14,1	
OECD	+3,2	+2,6	+2,0	+3,4	+1,2	+1,2	+1,2	+1,3	13,5	13,7	13,6	13,0	
IWF	+3,2	+2,0	+1,4	+2,7	+4,1	+3,7	+1,9	+2,0	13,6	14,0	14,3	14,3	
Slowenien													
EU-KOM	+0,6	-2,3	-2,0	-0,1	+2,1	+2,8	+2,2	+1,4	8,2	8,9	10,0	10,3	
OECD	+0,6	-2,4	-2,1	+1,1	+1,5	+1,6	+1,6	+1,7	8,2	8,5	9,7	9,8	
IWF	+0,6	-2,3	-2,0	+1,5	+1,8	+2,6	+1,8	+1,9	8,2	9,0	9,8	9,4	
Spanien													
EU-KOM	+0,4	-1,4	-1,5	+0,9	+3,1	+2,4	+1,5	+0,8	21,7	25,0	27,0	26,4	
OECD	+0,4	-1,3	-1,4	+0,5	+1,0	+1,1	+1,1	+1,1	21,6	25,0	26,9	26,8	
IWF	+0,4	-1,4	-1,6	+0,7	+3,1	+2,4	+1,9	+1,5	21,7	25,0	27,0	26,5	
Zypern													
EU-KOM	+0,5	-2,4	-8,7	-3,9	+3,5	+3,1	+1,0	+1,2	7,9	11,9	15,5	16,9	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+0,5	-2,4	-	-	+3,5	+3,1	-	-	7,9	12,1	-	-	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	
Bulgarien													
EU-KOM	+1,8	+0,8	+0,9	+1,7	+3,4	+2,4	+2,0	+2,6	11,3	12,3	12,5	12,4	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+1,8	+0,8	+1,2	+2,3	+3,4	+2,4	+2,1	+1,9	11,4	12,4	12,4	11,4	
Dänemark													
EU-KOM	+1,1	-0,5	+0,7	+1,7	+2,7	+2,4	+1,1	+1,6	7,6	7,5	7,7	7,6	
OECD	+1,1	+0,2	+1,4	+1,7	+2,8	+2,4	+1,8	+2,0	7,3	7,5	7,4	7,3	
IWF	+1,1	-0,6	+0,8	+1,3	+2,8	+2,4	+2,0	+2,0	7,6	7,6	7,6	7,2	
Lettland													
EU-KOM	+5,5	+5,6	+3,8	+4,1	+4,2	+2,3	+1,4	+2,1	16,2	14,9	13,7	12,2	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+5,5	+5,6	+4,2	+4,2	+4,2	+2,3	+1,8	+2,1	16,2	14,9	13,3	12,0	
Litauen													
EU-KOM	+5,9	+3,6	+3,1	+3,6	+4,1	+3,2	+2,1	+2,7	15,3	13,3	11,8	10,5	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+5,9	+3,6	+3,0	+3,3	+4,1	+3,2	+2,1	+2,5	15,2	13,2	12,0	11,0	
Polen													
EU-KOM	+4,5	+1,9	+1,1	+2,2	+3,9	+3,7	+1,4	+2,0	9,7	10,1	10,9	11,4	
OECD	+4,3	+2,5	+1,6	+2,5	+4,2	+3,6	+2,1	+2,1	9,6	10,1	10,5	10,7	
IWF	+4,3	+2,0	+1,3	+2,2	+4,3	+3,7	+1,9	+2,0	9,6	10,3	11,0	11,0	
Rumänien													
EU-KOM	+2,2	+0,7	+1,6	+2,2	+5,8	+3,4	+4,3	+3,1	7,4	7,0	6,9	6,8	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+2,2	+0,3	+1,6	+2,0	+5,8	+3,3	+4,6	+2,9	7,4	7,0	7,0	6,9	
Schweden													
EU-KOM	+3,7	+0,8	+1,5	+2,5	+1,4	+0,9	+0,9	+1,4	7,8	8,0	8,3	8,1	
OECD	+3,9	+1,2	+1,9	+3,0	+3,0	+1,0	+0,9	+1,7	7,5	7,7	7,9	7,6	
IWF	+3,8	+1,2	+1,0	+2,2	+3,0	+0,9	+0,3	+2,3	7,8	7,9	8,1	7,8	
Tschechien													
EU-KOM	+1,9	-1,3	-0,4	+1,6	+2,1	+3,5	+1,9	+1,2	6,7	7,0	7,5	7,4	
OECD	+1,9	-0,9	+0,8	+2,4	+1,9	+3,2	+2,0	+2,1	6,7	6,9	7,2	7,1	
IWF	+1,9	-1,2	+0,3	+1,6	+1,9	+3,3	+2,3	+1,9	6,7	7,0	8,1	8,4	
Ungarn													
EU-KOM	+1,6	-1,7	+0,2	+1,4	+3,9	+5,7	+2,6	+3,1	10,9	10,9	11,4	11,5	
OECD	+1,6	-1,6	-0,1	+1,2	+3,9	+5,8	+4,8	+3,9	10,9	11,1	11,1	10,8	
IWF	+1,7	-1,7	-0,0	+1,2	+3,9	+5,7	+3,2	+3,5	11,0	11,0	10,5	10,9	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	ıldenquote Leistungsbilanzsaldo					
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	
Deutschland													
EU-KOM	-0,8	0,2	-0,2	0,0	80,4	81,9	81,1	78,6	5,6	6,4	6,3	6,1	
OECD	-0,8	-0,2	-0,4	-0,7	80,6	81,8	80,4	79,3	5,7	6,4	5,9	5,3	
IWF	-0,8	0,2	-0,3	-0,1	80,5	82,0	80,4	78,3	6,2	7,0	6,1	5,7	
USA													
EU-KOM	-10,1	-8,9	-6,9	-5,9					-3,3	-3,0	-2,8	-3,0	
OECD	-10,2	-8,5	-6,8	-5,2	102,2	109,8	113,0	114,1	-3,1	-3,0	-3,0	-3,2	
IWF	-10,0	-8,5	-6,5	-5,4	102,5	106,5	108,1	109,2	-3,1	-3,0	-2,9	-3,0	
Japan													
EU-KOM	-8,9	-9,9	-9,5	-7,6					2,0	1,1	1,8	2,5	
OECD	-9,3	-9,9	-10,1	-7,9	205,3	214,3	224,3	230,0	2,1	1,1	1,2	1,5	
IWF	-9,9	-10,2	-9,8	-7,0	230,3	237,9	245,4	244,6	2,0	1,0	1,2	1,9	
Frankreich													
EU-KOM	-5,3	-4,8	-3,9	-4,2	85,8	90,2	94,0	96,2	-2,6	-1,8	-1,6	-1,7	
OECD	-5,2	-4,5	-3,4	-2,9	86,0	91,2	94,2	95,8	-2,0	-2,1	-2,0	-1,9	
IWF	-5,2	-4,6	-3,7	-3,5	86,0	90,3	92,7	94,0	-2,0	-2,4	-1,3	-1,4	
Italien													
EU-KOM	-3,8	-3,0	-2,9	-2,5	120,8	127,0	131,4	132,2	-3,1	-0,5	1,0	1,1	
OECD	-3,8	-3,0	-2,9	-3,4	120,6	127,8	130,4	132,2	-3,2	-0,9	0,3	0,7	
IWF	-3,7	-3,0	-2,6	-2,3	120,8	127,0	130,6	130,8	-3,1	-0,5	0,3	0,3	
Vereinigtes Königreich													
EU-KOM	-7,8	-6,3	-6,8	-6,3	85,5	90,0	95,5	98,7	-1,3	-3,7	-2,7	-2,0	
OECD	-8,3	-6,6	-6,9	-6,0	85,0	89,5	93,7	96,7	-1,9	-3,3	-3,5	-3,1	
IWF	-7,9	-8,3	-7,0	-6,4	85,4	90,3	93,6	97,1	-1,3	-3,5	-4,4	-4,3	
Kanada													
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	-4,3	-3,5	-3,0	-2,5	83,4	85,8	85,5	86,0	-2,7	-3,6	-4,0	-3,5	
IWF	-4,0	-3,2	-2,8	-2,3	83,4	85,6	87,0	84,6	-3,0	-3,7	-3,5	-3,4	
Euroraum													
EU-KOM	-4,2	-3,7	-2,9	-2,8	88,0	92,7	95,5	96,0	0,3	1,8	2,5	2,7	
OECD	-4,1	-3,3	-2,8	-2,6	88,1	93,6	95,4	96,3	0,5	1,4	1,9	2,2	
IWF	-4,1	-3,6	-2,9	-2,6	88,1	92,9	95,0	95,3	0,6	1,8	2,3	2,3	
EU-27													
EU-KOM	-4,4	-4,0	-3,4	-3,2	83,1	86,9	89,8	90,6	0,1	0,9	1,6	1,9	
IWF	-4,4	-4,1	-3,4	-3,0	82,8	87,0	89,0	89,6	0,4	1,0	1,2	1,2	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2013.

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	
Belgien													
EU-KOM	-3,7	-3,9	-2,9	-3,1	97,8	99,6	101,4	102,1	1,0	0,9	1,4	1,4	
OECD	-3,9	-2,8	-2,3	-1,7	97,8	99,0	98,7	97,7	-1,4	-1,3	-1,4	-1,3	
IWF	-3,9	-4,0	-2,6	-2,1	97,8	99,6	100,3	99,8	-1,4	-0,5	-0,1	0,2	
Estland													
EU-KOM	1,2	-0,3	-0,3	0,2	6,2	10,1	10,2	9,6	0,6	-3,1	-2,2	-2,0	
OECD	1,2	-1,0	-0,3	0,2	6,1	10,8	12,3	12,0	2,0	-0,3	0,2	0,2	
IWF	1,7	-0,2	0,4	0,4	6,1	8,5	9,7	9,1	2,1	-1,2	0,0	0,1	
Finnland													
EU-KOM	-0,8	-1,9	-1,8	-1,5	49,0	53,0	56,2	57,7	-1,3	-1,6	-1,7	-1,8	
OECD	-0,9	-1,4	-1,0	-0,4	49,1	53,4	56,6	58,8	-1,3	-1,0	-1,2	-0,7	
IWF	-0,9	-1,7	-2,0	-1,3	49,0	53,3	56,9	58,4	-1,6	-1,7	-1,7	-1,8	
Griechenland													
EU-KOM	-9,5	-10,0	-3,8	-2,6	170,3	156,9	175,2	175,0	-11,7	-5,3	-2,8	-1,7	
OECD	-9,5	-6,9	-5,6	-4,6	170,5	176,7	188,6	195,2	-9,9	-5,5	-4,6	-2,3	
IWF	-9,4	-6,4	-4,6	-3,4	170,6	158,5	179,5	175,6	-9,9	-2,9	-0,3	0,4	
Irland													
EU-KOM	-13,4	-7,6	-7,5	-4,3	106,4	117,6	123,3	119,5	1,1	5,0	3,1	4,0	
OECD	-13,3	-8,1	-7,5	-5,3	106,4	117,3	121,9	122,0	1,1	4,0	5,2	6,4	
IWF	-13,4	-7,7	-7,5	-4,5	106,5	117,1	122,0	120,2	1,1	4,9	3,4	3,9	
Luxemburg													
EU-KOM	-0,2	-0,8	-0,2	-0,4	18,3	20,8	23,4	25,2	7,1	5,6	6,3	6,4	
OECD	-0,3	-2,0	-1,7	-0,9	18,3	22,3	25,1	26,9	7,1	5,8	7,8	9,3	
IWF	-0,3	-1,9	-1,0	-1,3	18,3	21,1	23,3	25,7	7,1	6,0	6,6	6,8	
Malta													
EU-KOM	-2,8	-3,3	-3,7	-3,6	70,3	72,1	73,9	74,9	-0,5	-0,8	0,0	0,0	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,7	-3,0	-2,9	-2,9	70,3	72,5	73,3	73,0	-0,5	0,3	0,5	0,8	
Niederlande													
EU-KOM	-4,5	-4,1	-3,6	-3,6	65,5	71,2	74,6	75,8	8,3	8,2	8,6	8,9	
OECD	-4,4	-3,8	-3,0	-2,5	65,4	72,1	73,1	73,5	9,7	8,4	8,4	9,0	
IWF	-4,5	-4,1	-3,4	-3,7	65,5	71,7	74,5	75,9	9,7	8,3	8,7	9,0	
Österreich													
EU-KOM	-2,5	-2,5	-2,2	-1,8	72,5	73,4	73,8	73,7	2,1	3,0	3,1	3,2	
OECD	-2,5	-3,1	-2,7	-2,1	72,2	75,6	77,6	78,5	1,9	1,8	2,0	2,5	
IWF	-2,5	-2,5	-2,2	-1,5	72,4	73,7	74,2	73,7	0,6	2,0	2,2	2,3	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatsscl	huldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	
Portugal													
EU-KOM	-4,4	-6,4	-5,5	-4,0	108,3	123,6	123,0	124,3	-7,2	-1,9	0,1	0,1	
OECD	-4,4	-5,2	-4,9	-2,9	108,1	115,5	123,0	124,5	-6,5	-2,9	-1,5	-0,6	
IWF	-4,4	-4,9	-5,5	-4,0	108,0	123,0	122,3	123,7	-7,0	-1,5	0,1	-0,1	
Slowakei													
EU-KOM	-5,1	-4,3	-3,0	-3,1	43,3	52,1	54,6	56,7	-2,5	2,0	2,5	3,3	
OECD	-4,9	-4,6	-2,9	-2,4	43,3	52,2	54,9	56,2	-2,1	1,7	1,8	3,1	
IWF	-4,9	-4,9	-3,2	-3,0	43,3	52,3	55,3	56,4	-2,1	2,3	2,2	2,7	
Slowenien													
EU-KOM	-6,4	-4,0	-5,3	-4,9	46,9	54,1	61,0	66,5	0,1	2,7	4,8	4,7	
OECD	-6,4	-4,3	-3,6	-3,0	46,9	53,9	58,5	61,0	0,0	2,5	5,1	6,4	
IWF	-5,6	-3,2	-6,9	-4,3	46,9	52,6	68,8	71,7	0,0	2,3	2,7	2,5	
Spanien													
EU-KOM	-9,4	-10,6	-6,5	-7,0	69,3	84,2	91,3	96,8	-3,7	-0,9	1,6	2,9	
OECD	-9,4	-8,1	-6,3	-5,9	69,3	86,1	92,6	97,6	-3,5	-2,0	0,5	1,8	
IWF	-9,4	-10,3	-6,6	-6,9	69,1	84,1	91,8	97,6	-3,7	-1,1	1,1	2,2	
Zypern													
EU-KOM	-6,3	-6,3	-6,5	-8,4	71,1	85,8	109,5	124,0	-4,8	-4,8	-1,9	-0,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-6,3	-5,6	-	-	71,1	86,2	-	-	-4,7	-4,9	-	-	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2012.

IWF: Weltwirts chafts ausblick (WEO), April 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	е	Leistungsbilanzsaldo				
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	
Bulgarien													
EU-KOM	-2,0	-0,8	-1,3	-1,3	16,3	18,5	17,9	20,3	0,1	-1,1	-2,6	-3,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,0	-0,5	-1,4	-0,6	15,4	18,5	17,8	20,2	0,3	-0,7	-1,9	-2,1	
Dänemark													
EU-KOM	-1,8	-4,0	-1,7	-2,7	46,4	45,8	45,0	46,4	5,6	5,2	4,5	5,0	
OECD	-2,0	-4,1	-2,1	-1,7	46,4	45,9	45,8	45,5	5,6	5,6	5,3	4,9	
IWF	-2,0	-4,4	-2,8	-2,3	46,4	50,1	51,8	52,4	5,6	5,3	4,7	4,7	
Lettland													
EU-KOM	-3,6	-1,2	-1,2	-0,9	41,9	40,7	43,2	40,1	-2,4	-1,7	-2,1	-2,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-3,2	0,1	-1,3	-0,8	37,5	36,4	41,0	36,7	-2,1	-1,7	-1,8	-1,9	
Litauen													
EU-KOM	-5,5	-3,2	-2,9	-2,4	38,5	40,7	40,1	39,4	-3,7	-0,5	-1,0	-1,5	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-5,5	-3,0	-2,6	-2,3	38,5	39,6	40,0	39,8	-3,7	-0,9	-1,3	-1,7	
Polen													
EU-KOM	-5,0	-3,9	-3,9	-4,1	56,2	55,6	57,5	58,9	-4,5	-3,3	-2,5	-2,4	
OECD	-5,0	-3,5	-2,9	-2,3	56,5	57,3	58,4	58,5	-4,8	-3,5	-3,0	-2,8	
IWF	-5,0	-3,5	-3,4	-2,9	56,4	55,2	56,8	56,2	-4,9	-3,6	-3,6	-3,5	
Rumänien													
EU-KOM	-5,6	-2,9	-2,6	-2,4	34,7	37,8	38,6	38,5	-4,5	-4,0	-3,9	-3,8	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-4,3	-2,5	-2,1	-1,7	34,2	37,0	36,9	36,6	-4,5	-3,8	-4,2	-4,5	
Schweden													
EU-KOM	0,2	-0,5	-1,1	-0,4	38,4	38,2	40,7	39,0	7,3	7,0	7,0	7,2	
OECD	0,2	-0,3	-0,8	-0,2	38,4	37,7	37,1	36,4	6,5	6,2	6,0	5,9	
IWF	0,1	-0,4	-0,8	-0,5	38,3	38,0	37,7	36,5	7,0	7,1	6,0	6,8	
Tschechien													
EU-KOM	-3,3	-4,4	-2,9	-3,0	40,8	45,8	48,3	50,1	-3,9	-2,6	-2,4	-2,5	
OECD	-3,2	-3,3	-3,3	-2,7	40,8	44,1	47,3	49,7	-2,7	-0,1	-0,5	-1,9	
IWF	-3,2	-5,0	-2,9	-2,8	40,8	43,1	44,8	46,1	-2,9	-2,7	-2,1	-1,8	
Ungarn													
EU-KOM	4,3	-1,9	-3,0	-3,3	81,4	79,2	79,7	78,9	1,0	1,9	2,5	2,6	
OECD	4,3	-3,0	-2,7	-2,7	81,4	78,9	77,8	77,1	0,9	1,7	3,4	4,4	
IWF	4,3	-2,5	-3,2	-3,4	81,4	79,0	79,9	80,3	0,9	1,7	2,1	1,8	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2013.

Die vor Ihnen liegende gedruckte Fassung des Monatsberichts ist unter
www.bundesfinanzminsterium.de verfügbar. Neben den vorliegenden Inhalten enthält die Online-Version auch den Teil "Statistiken und Dokumentationen". Darüber hinaus stehen Ihnen mit der elektronischen Fassung viele komfortable Funktionen zum Umgang mit dem Monatsbericht zur Verfügung.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, Juni 2013

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung: heimbüchel pr Köln kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X